blätter des iz3w



Liebe Abonnentin,
liebe Abonnent,
enthält Eure/Ihre Adresse (Straßen oder Ortsname) einen Rechtschreibefehler? Bitte schickt/schicken Sie uns eine Postkarte mit der korrekten Anschrift, damit bei der Umstellung auf das neue Postleitzahlensystem nicht zu viel Chaos entsteht. Vielen Dank für die Mühe!

Inhaltsverzeichnis:

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-7800 (79020) Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr
NEU: Fax: 0761/709866

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Uwe Göde, Stephan Günther, Daniela Heuberger, Hilmar Höhn, Uwe Jungfer, Sebastian Kasack, Michael Knüfer, Dirk Kohn, Georg Lutz, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Jörg Späfer, Ulrike Steckkönig, Frank Sträter, Regine Wlassitschau, Udo Wolter.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 6301 Fernwald (Annerod)
Telefon: (06 41) 4 30 71

Redaktionsschluß für Nr. 191:
27.8.1993

Anzeigenschluß für Nr. 191:
(Druckfertige Vorlagen) 7.9. 1993

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland:
DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Dieser Ausgabe der blätter ist die neunte gemeinsame Beilage der Dritte-Welt-Zeitschriften zum Thema: Militarismus beigeheftet.

Dieser Ausgabe der blätter des iz3w liegt ein Verlagsprospet des Flensburger Hefte Verlags bei.

Schwerpunkt 191
Flucht - Migration - Asyl

Bei der letzten Vorankündigung hatten wir es schon angedeutet. Der Themenschwerpunkt stand auf wackligen Beinen. Deshalb können wir heute das gleiche Thema nochmals ankündigen. Es wurde uns bisher ein Überblick über die Ursachen weltweiter Migrationsströme (und eine 'Detailstudie' zur BRD) zugesagt. Außerdem werden Flüchtlinge ihre Sicht von Flucht/Exil und ihre Lebenssituation schildern. Des weiteren ist ein Bericht über die Situation illegaler Flüchtlinge in der Bundesrepublik geplant. In einem dritten Teil wird einerseits die Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik analysiert, andererseits werden wir unsere Forderungen nach Fluchtursachenbekämpfung und nach politischer und rechtlicher Gleichstellung von Flüchtlingen/MigrantInnen mit Deutschen begründen. Ergänzt wird das Ganze durch eine grundsätzliche Kritik an den Vorschlägen für ein Einwanderungsgesetz.
Wer Interessantes - Konstruktives - Kritisches - Provokatives - zum Thema zu sagen hat, der/die schicke bitte seinen/ihren Text an:
'blätter des iz3w'
Postfach 5328
7800 Freiburg

Der türkische und der iranische Fuß in der kurdischen Tür

Die territoriale Integrität des Irak, die mit dem Golfkrieg in Frage gestellt schien, gilt derzeit als gesichert. Weder in den angrenzenden Staaten wie der Türkei, Syrien und dem Iran, denen gesicherte Grenzen in der Region schon immer wichtig waren, noch in den USA wird derzeit über eine Grenzänderung nachgedacht. Gerade in dem Maße allerdings, wie Iraks Nachbarn den territorialen Status Quo anerkennen, setzen sie ihren Fuß in den Norden des Irak, die autonome kurdische Region.



Anschlag auf ein Hotel, mit hoher Wahrscheinlichkeit von iranischen Agenten verübt. Bild: R.Maro

Die Staatsgrenzen zwischen Iran, Irak, Türkei und Syrien, die das kurdische Siedlungsgebiet aufteilen, haben in den vergangenen zwei Jahren oft Schlagzeilen gemacht. Seit ein Teil Irakisch Kurdistans nach dem Volksaufstand vom März 1991 der Kontrolle Saddam Husseins entzogen ist, häuften sich Spekulationen über eine Grenzänderung. Nahrung dafür gab es genug. Im Norden des Irak war eine Schutzzone unter alliierter Aufsicht eingerichtet worden und in der Türkei begannen bestimmte politische Kreise wieder über die historischen Anrechte auf Mosul und Kirkuk zu spekulieren. Im Sommer 1992 wurde von kurdischer Seite ein Föderationsvorschlag an die Türkei herangetragen, während sich in Genf eine Forschergruppe mit der völkerrechtlichen Lage des ehemaligen Vilayet Mosul[1] befasste. Und schließlich beschäftigte die Frage, ob die Kurden ihre Selbstverwaltung bis hin zu einem eigenen Staat ausdehnen würden, alle Beteiligten zwei Jahre lang.

Derzeit, im Frühjahr 1993, wird über Grenzen nicht mehr diskutiert. Die territoriale Integrität des Irak steht schon seit einiger Zeit nicht mehr zur Debatte. Ein deutlicher Hinweis darauf ist die Diskussion in den amerikanischen Medien. In einem Kommentar in der New York Times greift William Safire die Regierung Clinton scharf an, weil sie aus den Fehlern des Herrn Bush nichts gelernt hat. Der Autor gehört zu denen, die sich schon seit 1991 von der Regierung betrogen fühlen. Er rechnet damit, daß die jetzige Regierung in absehbarer Zeit ihre Beziehungen zum irakischen Regime normalisieren und eine proirakische Haltung einnehmen wird - "weil der Iran die größere Gefahr darstellt". Er findet das sehr kurzsichtig.[2]

In die gleiche Kerbe schlug übrigens James Wyllie in der 'Jane's Intellegence Review' schon im Mai 1992, der in einem Artikel über Zentralasien schreibt: "Die Wiedererstarkung der iranischen Bedrohung der Golfregion ist ein Alptraum für die US-Außenpolitik. In der Tat könnte eine ironische Konsequenz dieser Entwicklung ein erneuertes westliches Interesse an einem starken und in seinen Grenzen gesicherten Irak sein, um der iranischen Herausforderung begegnen zu können". [3]

In 'The Middle East', einer Wochenzeitschrift, die in London herausgegeben wird und sich an die Banker und Unternehmer richtet, werden die Angriffe vom Januar mehr oder weniger so dargestellt [4], als hätten die USA Saddam damit einen Gefallen getan. Als wichtigsten Grund für die äußerst limitierten US- Schläge gegen den Irak im Januar 1993 wird angegeben, daß man die Tür für möglicherweise noch 1993 beginnende Verhandlungen nicht zuschlagen wollte. Die einzige Option, die überhaupt etwas mit dem Sturz Saddam Husseins zu tun hatte (zitiert nach Robert Gates), sei die Ermutigung zu einem Militärschlag gewesen. Nachdem das bis heute nicht geklappt

hätte, wird sich jetzt auch Clinton mit einer Regierung Saddam zufriedengeben, heißt es in dem Artikel.

Vervollständigt man das Bild, das sich aus dieser Diskussion ergibt, um die Haltung der direkten Nachbarstaaten Syrien, Türkei und Iran, die sich schon immer gegen eine Grenzänderung ausgesprochen haben, so ergibt sich eine ziemlich eindeutige Situation, was die Wahrung der territorialen Integrität des Irak angeht. Interessant ist nun allerdings, daß gerade die Anerkennung dieses territorialen Status quo den verschiedenartigsten Hegemoniebestrebungen Tür und Tor öffnet. Um die Grenzen in dieser Region faktisch mißachten zu dürfen, erscheint es notwendig, sie zuvor völkerrechtlich anzuerkennen. Besonders deutlich wird das am Beispiel der Türkei, die ja am 4. März 1993 ihre offizielle Vertretung in Bagdad wieder eröffnet hat.

Der türkische Fuß ...

Mehrere türkische 'Vertretungen' existieren nun auch im Norden der selbstverwalteten Region, also im unmittelbaren Grenzgebiet. Eine der beiden imponierenden Ritterburgen in dieser Region, die Saddam Hussein als 'Quartiere' für seine Geheimdienste genutzt hatte und die während des Volksaufstandes gestürmt wurden, ist seit einigen Wochen nicht mehr öffentlich zugänglich. Die Bewohner der umliegenden Dörfer wissen, warum: "Da sind seit einiger Zeit Türken drin, wir wissen auch nicht, was die da machen." Die Burg ist so gut wie uneinnehmbar und liegt auf der Luftlinie keine 30 Kilometer von der türkischen Grenze entfernt. Andere türkische Büros gibt es in der Grenzstadt Zaxo und der Provinzhauptstadt Duhok. Bekannt ist, wo sie sich befinden, weniger bekannt, was ihre "Angestellten" eigentlich machen. Fest steht nur, daß hier im Norden die Festnahmen angeblicher oder wirklicher PKK Sympathisanten weitergehen, während das Verhältnis zwischen PKK und kurdischer Regierung in der Hauptstadt Arbil sich sehr entspannt darstellt. "Wir wissen nicht, inwieweit da die Türken mitarbeiten", sagt ein junger Mann aus Duhok, der seinen Namen lieber nicht nennen möchte. "Aber es ist schon sehr naheliegend. Jetzt nach dem Waffenstillstand und vor allem nach der gemeinsamen Initiative von Abdullah Öcalan und Celal Talabani müßte sich die Situation doch geändert haben. Aber während die PKK ein Büro in Arbil betreiben kann, darf man hier ihren Namen noch immer nicht laut nennen".

Ganz offiziell zeigt das türkische Kontingent der alliierten "Poise Hammer"-Truppe in der kurdischen Region Flagge. Mit fünf Mitgliedern stellen die Türken mittlerweile die größte Gruppe und den stellvertretenden Kommandanten im alliierten Koordinationsbüro in Zaxo. Nachdem die Alliierten im vergangenen Januar Lebensmittellieferungen per Hubschrauber über völlig eingeschneiten Bergdörfern im irakischen Grenzgebiet aufgrund türkischer Proteste einstellen mußten, können bezüglich des türkischen Einflusses in der Truppe keine Zweifel mehr bestehen. Der Vorwurf, die "Poised Hammer" unterstütze die PKK, der auch im genannten Fall geltend gemacht wurde, war ein Jahr lang hartnäckig wiederholt worden, um für die türkischen Militärs enorme Kontrollmöglichkeiten innerhalb der Truppe zu erstreiten. Gerüchte, die türkischen Militärs bereiteten sich vor, das Mandat der Schutztruppe nach Auslaufen des momentanen sechs- monatigen Vertrages zu übernehmen, werden in und um Zaxo immer lauter.

Auch etwa 200 Kilometer von der türkischen Grenze entfernt, in der Hauptstadt Arbil, lassen sich Spuren des türkischen Fußes in der kurdischen Tür finden. Im Rahmen einer Kabinettsumbildung der kurdischen Regionalregierung hat auch die „Nationale Türkmenenpartei" einen Ministerposten angeboten bekommen. Diese Partei wurde in Ankara gegründet und konnte überhaupt erst nach der Vereinigung mit der "Türkmenischen Brüderlichkeitspartei" im Dezember 1992 über eine Basis im Irak verfügen. "Gegen Türkmenen in der Regierung haben wir nichts, im Gegenteil, wir wollen, daß alle Minderheiten im Regionalparlament vertreten sind. Aber das sind eher Vertreter der Türkei als der Türkmenen im Irak". Unumstritten war die Entscheidung des Kabinetts auch im kurdischen Regionalparlament nicht.

Auch der Iran dreht nicht Däumchen...

Was dem nördlichen Nachbarn recht ist, kann dem östlichen nur billig sein - nach dieser recht plausiblen Logik scheint der Iran momentan seine Politik in Bezug auf die kurdische Region zu entwickeln. Zum zweiten Mal innerhalb von zwei Monaten bombardierten Einheiten der iranischen Luftwaffe Ende April kurdisch irakisches Territorium. Beide Male war das Hauptquartier der "Demokratischen Partei Kurdistan Iran", das sich in dem Dorf Bole innerhalb der selbstverwalteten Region befindet, das Hauptziel der Angriffe. Autobomben gegen iranische Kurden in der kurdischen Region des Irak stehen schon seit mindestens einem Jahr auf der Tagesordnung, doch die Luftangriffe der vergangenen Wochen stellen eine neue Qualität dar. Sie gefährden nicht nur das Hauptquartier, sondern beeinträchtigen auch wichtige Schmuggelwege, auf denen Lebensmittel in die kurdische Region kommen. "Wir sind nicht glücklich darüber", kommentiert man im alliierten Büro in Zaxo die iranischen Angriffe. Das bombardierte Gebiet liegt noch unmittelbar nördlich des 36. Breitengrades, also in der Schutzzone. Die Alliierten reagieren in diesem Fall genauso wie sie seit zwei Jahren auf die türkischen Bombardements reagieren: Sie runzeln die Stirn, sehen sich aber nicht in der Lage, etwas zu unternehmen. Es ist ja nicht Saddam, der da angreift.

Parallel zu den Angriffen haben sich auch die Stützpunkte der "Islamischen Bewegung Kurdistans" (IBK) in der Grenzregion zum Iran vermehrt. Die IBK hatte bei den kurdischen Parlamentswahlen im vergangenen Jahr 5% der Stimmen erhalten und war nicht im Parlament vertreten. In der Grenzregion hatte sie jedoch Ergebnisse bis zu 15% erreicht. Die kleine Partei ist hervorragend ausgestattet und verfügt offensichtlich über erhebliche finanzielle Mittel. Daß sich Agenten der Islamischen Republik in ihren Lagern aufhalten, ist ein genauso offenes Geheimnis wie die türkische Präsenz in der nördlichen Grenzregion. Im neuen Kabinett verfügt auch die IBK über einen Ministerposten.

Auch der Iran hat jedoch mit seinen Bombardements erst angefangen, nachdem er im März die Embargobestimmungen brach und der irakischen Regierung Öl abkaufte. Während nun die Türkei über den Ausbau des kurdischen Strom- und Telefonnetzes verhandelt, versucht der Iran seinen Einfluß eher mit 'Unruhe stiften' zu sichern. Im März war es mehrere Male zu Provokationen durch die IBK gekommen, die von der kurdischen Polizei nur mit Mühe eingedämmt werden konnten.

Die Tatsache, daß beide Nachbarländer der kurdischen Region auch noch auf anderen Gebieten miteinander konkurrieren, läßt sich in diesem Zusammenhang kaum übersehen. "Einfluß im Nordirak" scheint für beide nicht nur Selbstzweck zu sein. Zum einen schaffen sich beide Staaten damit eine gute Ausgangsposition für Beziehungen mit der irakischen Regierung, die wohl in diesem Jahr - mit oder ohne Saddam - international rehabilitiert werden wird. Zum anderen bedeutet jeder Machtzuwachs einen Bonus für die Staaten, die ja schon seit einigen Jahren um die Hegemonie in Zentralasien kämpfen. Ob sie mittelfristig auch in der kurdischen Region miteinander konkurrieren werden oder eher versuchen, nebeneinander zu existieren, wird die nahe Zukunft zeigen. Schon heute scheint festzustehen, daß diese Konkurrenz nicht zum Vorteil der kurdischen Bevölkerung ist.

Sait Derelok

Anmerkungen:

1) Die CORUM-Gruppe, eine Gruppe internationaler Juristen, hatte im Auftrag des kurdischen Unternehmers Serdar Pishderi Forschungen angestellt, inwieweit das alte Vilayet Mosul des osmanischen Reiches wirklich der irakischen Autorität unterstellt ist. Sie grub ein Dokument von 1932 aus, in dem der frischgegründete Irak sich gegenüber der Liga der Nationen verpflichtet hatte, die Minderheitenrechte in der Provinz Mosul zu achten, ansonsten würde das Gebiet der Liga unterstellt.

2) Zitiert nach "International Herald Tribune" vom 3/4/93

3) JIR 5/92

4) Middle East 2/1993

Aufklärung allein genügt nicht

Kampf gegen Aids in Ostafrika

In Ostafrika entstehen neue Ansätze im Umgang mit Aids, die Mut machen: es wird offen über alle Aspekte der Krankheit gesprochen und Infizierte werden zu einem Leben mit dem Virus ermutigt. Die Probleme in diesen Ländern sind materieller Natur: Im Gesundheitswesen ist die Lage so kritisch, daß an eine Behandlung der Aidskranken nicht mehr zu denken ist. Tausende von Kindern sind gezwungen, sich der Pflege ihrer kranken Familienmitglieder anzunehmen.

John ist Kleinunternehmer, Alter: 13 Jahre. Er lebt in der Kagera-Region westlich vom Viktoria-See in Tansania. Die erste Einkaufsreise hat er bereits vor zwei Jahren unternommen.

Damals waren seine Eltern an AIDS erkrankt, und jemand mußte für die Familie sorgen. John macht sich seither mehrmals in der Woche auf den Weg zum 10 Kilometer entfernten See und kauft dort für etwa einen Dollar Fisch ein. Schwer beladen macht er sich auf den Rückweg, reinigt und röstet die Fische und verkauft sie dann im eigenen Dorf. Zwei Tage braucht er für die Reise und Verarbeitung, eine Mark Gewinn bleibt übrig, gerade genug, um etwas Mais zu kaufen. John ist seit dem Tod der Eltern der Ernährer seiner vier kleineren Geschwister, und so muß er hart arbeiten, um ein Überleben der Familie zu ermöglichen. An den Besuch der Schule ist für John nicht mehr zu denken. Staatliche Unterstützung erhält er auch nicht, denn es gibt zu viele Familien wie die seine, und die staatlichen Gesundheits- und Sozialprogramme werden infolge sinkender Rohstoffpreise, wachsender Staatsschulden und des Drucks der Weltbank reduziert. Mehr als 10 Millionen Menschen in aller Welt tragen den tödlichen HI-Virus in sich. Die meisten von ihnen leben in der Dritten Welt, und davon wiederum mindestens zwei Drittel in Afrika. Es wird befürchtet, daß die Zahl der Menschen, die jedes Jahr an AIDS sterben, allein in Afrika um die Jahrtausendwende die Millionengrenze überschritten haben wird. Fatal wirkt sich aus, daß besonders wirtschaftlich aktive und gut ausgebildete jüngere Leute Opfer der Krankheit werden, denn sie sind durch den relativ freizügigen Lebenstil der städtischen Mittelklasse besonderen Risiken ausgesetzt. In Ruanda ist jeder dritte HIV-positive junge Mensch Absolvent einer Sekundarschule, obwohl nur ein kleiner Anteil aller Jugendlichen die Sekundarschule besucht hat. Das hat gravierende Auswirkungen auf die Wirtschaftsperspektiven der afrikanischen Länder.

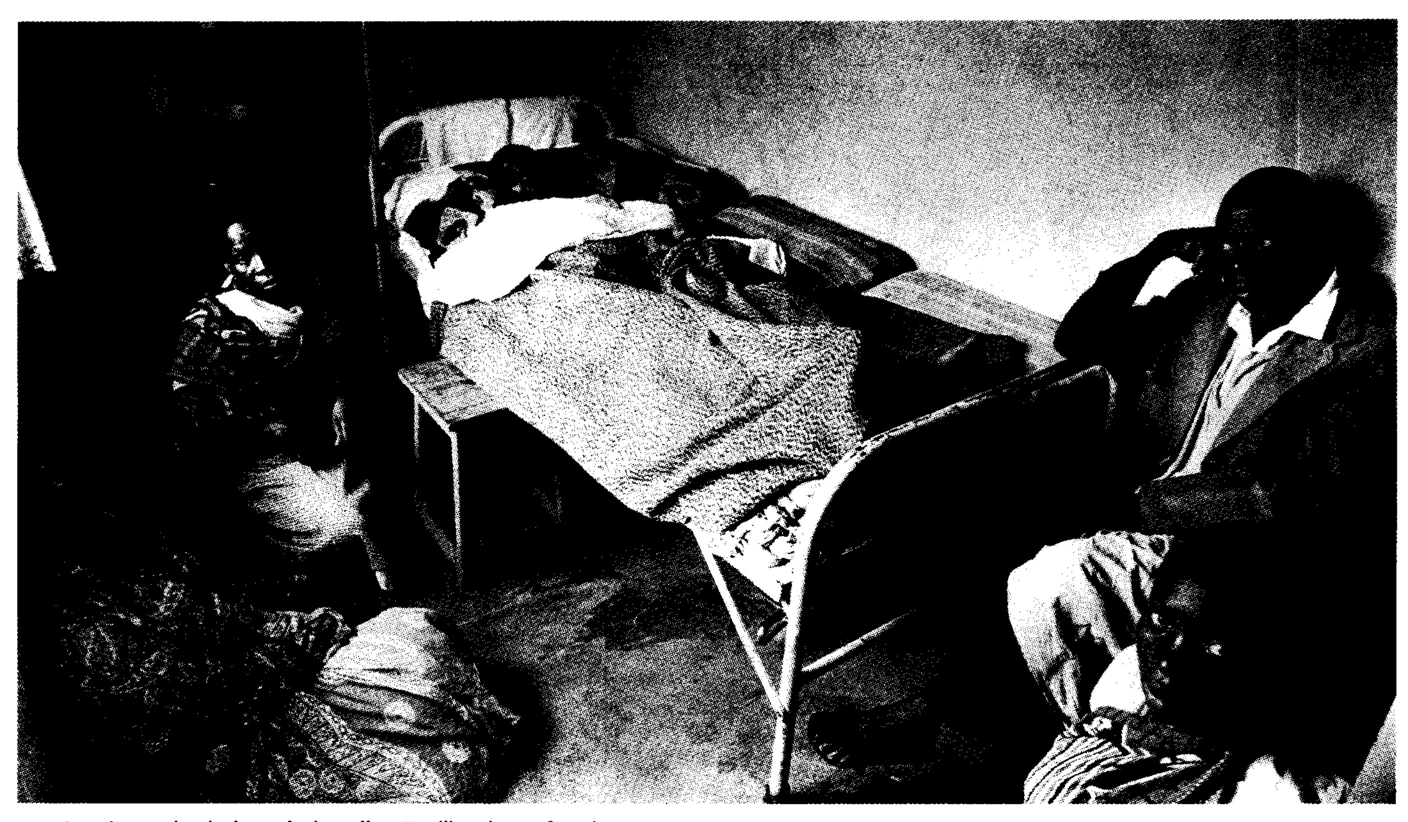
Nicht alle Trends sind negativ

Die Infektionsrate ist so hoch, daß manche Ärzte und Gesundheitsexperten schon resigniert haben. Dazu besteht kein Anlaß, denn es gibt bei allen Schreckensmeldungen auch positive Entwicklungen. Zunächst einmal ist in den ostafrikanischen Ländern AIDS nicht länger ein Tabu-Thema. Den Regierungen bleibt angesichts der Zahl der Erkrankten gar nichts anderes übrig, als offensiv gegen die Krankheit vorzugehen. Vorbei die Zeit, wo prominente Politiker offensiv gegen die Kranken vorgehen und sie z.B. in Lager stecken wollten. Die Krankheit wird von den Regierungen auch nicht länger als ein Problem der Prostituierten und Fernfahrer angesehen. Spät, und hoffentlich nicht zu spät, handeln Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und Kirchen. Uganda gehörte zu den ersten Ländern, die den Kampf gegen die Krankheit aufgenommen haben. Präsident Museveni verkündete: "Meine Strategie ist, über das Problem offen zu reden, weil das Leben unseres Volkes in Gefahr ist und das hat Vorrang, egal was passiert." Er selbst stellte sich an die Spitze einer Kampagne zum Kampf gegen die Krankheit. "AIDS kills" - AIDS ist eine tödliche Krankheit, diese Information stand im Mittelpunkt erster Aufklärungs-Aktionen.

Aber die AIDS-Aufklärung bleibt nicht bei dieser negativen Aussage stehen, sondern stellt heraus, daß der Ausbruch der Krankheit und die Dauer des Lebens mit der Krankheit beeinflußt werden können. Die AIDS-Selbsthilfe-Initiative TASO in Uganda propagiert einen positiven Umgang mit der Krankheit. Viele der TASO-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen den tödlichen Virus in sich, aber das bringt sie nicht zur Resignation. Einer der TASO-Aktivisten, Eddie, erinnert sich: "Als ich einige Zeit nach dem AIDS-Test zum Arzt kam, sagte er mir: 'Nun, ich muß dir sagen, daß du positiv bist. Du hast AIDS, es gibt nichts mehr, was ich noch für dich tun könnte. Es ist wirklich bedauerlich.' Ich überlegte zunächst, ob ich mir das Leben nehmen sollte." Eddie fand schließlich Kontakt zu TASO: "OK, ich trage die Krankheit in mir. Aber ich werde meine Fähigkeiten und Erfahrungen nutzen, um anderen Menschen zu helfen, bevor die Krankheit mich ereilt." Gilbert ergänzt:

"Ich muß akzeptieren, daß es keine Behandlung gibt, um die Krankheit zu überwinden. Sie ist irgendwann tödlich, aber in der Zwischenzeit kann ich viele Dinge ganz normal tun. HIV-positiv zu sein ist wie zum Tode verurteilt zu sein. Einige Leute bleiben in ihrer Zelle und sehen keinen Weg, sie zu verlassen. Aber wir sind frei, die Zelle zu verlassen und ein gutes Leben zu leben, bis es zu Ende geht."

Überall in Ostafrika werden Plakatwände, Radioprogramme, Theaterstücke und viele andere Kommunikationsinstrumente eingesetzt, um vor AIDS zu warnen. Das Wissen über AIDS ist dadurch gewachsen, aber das führt noch nicht automatisch zu Verhaltensänderungen. Aufklärungsprogramme müssen auf die jeweilige Kultur ausgerichtet sein und sind dann besonders glaubwürdig, wenn sie Betroffene mit einbeziehen und selbst zu Wort kommen lassen. Eng verbunden sein muß damit die Hilfe für diejenigen Menschen, die HIV-positiv sind oder bei denen die Krankheit bereits ausgebrochen ist. Sie und ihre Familien brauchen materielle Hilfe, aber auch eine intensive Begleitung. Während dieser Begleitung kann die lokale Gemeinschaft über tatsächliche Zusammenhänge der Verbreitung und des Umgangs mit der Krankheit informiert



Die Pflege der Kranken bedeutet für betroffene Familien eine große Belastung

werden. In Uganda sind dank solcher gezielten Kampagnen in den letzten Jahren deutlich Veränderungen des Sexualverhaltens festgestellt worden. Im Rahmen dieser Programme haben auch Kondome einen Sinn, vor allem, um den eventuell noch nicht infizierten Ehepartner beim Geschlechtsverkehr zu schützen. Den Erfolg einer AIDS-Aufklärungs-Kampagne aber an der Zahl der verteilten Kondome zu messen, wie dies einige US-amerikanische Organisationen tun, ist unsinnig. Es wird in Regionen wie Ostafrika nie genug Kondome für alle geben, und es wird abgelenkt von den komplexen Ursachen und Wirkungszusammenhängen der AIDS-Verbreitung und Bekämpfung (Sexualität, religiöse Vorstellungen, Kultur etc.). Wenn in Anzeigen in Uganda geworben wurde: "The Bible can care for your soul, but the condom can save your life", dann ist das nicht nur grob vereinfachend, sondern entfacht neue Auseinandersetzungen mit kirchlichen Kreisen über die Kondom-Frage. Dabei ist diese Frage längst ausdiskutiert. Kondome können helfen, die Ausbreitung der Krankheit einzuschränken, sie wirken aber konterproduktiv, wenn sie eine falsche Sicherheit vorgaukeln und wenn sie nicht eingebettet sind in ein langfristiges Konzept der Aufklärung und Verhaltensänderung. Aufklärung allein reicht nicht aus. Was soll eine alleinstehende Frau in Kigali oder Nairobi tun, um ihre drei Kinder und sich selbst zu ernähren, wenn die einzige Einkommensquelle die Prostitution ist? Das Infektionsrisiko wird durch den Gebrauch von Kondomen vermindert, aber zum einen lehnen viele Kunden Kondome ab und zum zweiten sind sie nicht absolut sicher. Was bleibt, sind gezielte Programme, um den Frauen alternative Beschäftigungsprogramme anzubieten. Da die meisten Männer inzwischen von der AIDS-Gefahr wissen, suchen sie immer jüngere Sexualpartnerinnen, denn sie glauben, hier sei das Risiko einer Infektion geringer. Die Regierung Ugandas sah sich inzwischen zur drastischen Verschärfung der Gesetze gegen Kinderprostitution gezwungen.

Kürzungen der Gesundheitsetats haben verheerende Folgen

Auch die größten Optimisten können nicht erwarten, daß AIDS-Aufklärungsprogramme kurzfristig die Zahl der Infizierten und Erkrankten drastisch vermindern werden. Deshalb ist es unumgänglich, das Gesundheitswesen auf eine rasch wachsende Zahl von AIDS-Patienten vorzubereiten. In Ostafrika besteht aber gegenwärtig die Gefahr einer weiteren Erosion des Gesundheitswesens, weil die staatlichen Etats stagnieren oder sinken. Als Konsequenz werden Gesundheitsangebote reduziert und die Patientengebühren drastisch erhöht. Pro Einwohner stehen in manchen afrikanischen Regionen nur noch DM 2,- für die Gesundheitsversorgung in einem ganzen Jahr zur Verfügung. Das muß dramatische Auswirkungen auf die Situation von Krankenhäusern in einigen Gebieten Ostafrikas haben, wo bereits ein Drittel oder die Hälfte der Patienten AIDS hat. Immer mehr dieser Patienten werden nach Hause entlassen, weil nichts mehr für sie getan werden kann. Wenn es selbst an schmerzstillenden Medikamenten fehlt und wenn Patienten mit heilbaren Krankheiten auf eines der wenigen Krankenhausbetten warten, ist die Entscheidung der Ärzte verständlich, AIDS-Patienten nach Hause zu schicken. Nicht eine Stigmatisierung der AIDS-Patienten durch Regierung oder Gesundheitspersonal ist das Problem, sondern das Fehlen von Mitteln. Es wurde berechnet, daß für die Behandlung eines AIDS-Patienten in den USA 31. 995 Dollar verwendet werden, in Afrika pro Patient dagegen nur 93 Dollar zur Verfügung stehen. Diese 93 Dollar, so muß hinzu gefügt werden, beziehen sich auf die kleine Minderheit der Patienten, die längere Zeit in einem Krankenhaus behandelt werden. Der oder die Kranke soll sein Leben im Kreise der Familie beschließen, heißt es. Das klingt gut und entspricht auch der Tradition in vielen Gesellschaften der Dritten Welt. Allerdings muß man sich klar machen, was die Pflege der Kranken für die Familien bedeutet. Es gibt schon viele Tausend Familien, wo der Vater oder die Mutter gepflegt werden müssen, und der andere Elternteil (meist die Frau) kaum noch Zeit findet, auf dem Feld zu arbeiten oder einem Handwerk nachzugehen. Die Feminisierung der Armut schreitet so weiter voran. Die angesichts von Dürren ohnehin schon magere Ernährungsbasis vieler Familien wird weiter gefährdet. Oft bleibt nur der Verkauf des letzten Viehs, so daß die wirtschaftliche Existenzgrundlage der Familie noch stärker schrumpft. Noch dramatischer wird die Situation, wenn beide Elternteile erkrankt sind oder der überlebende Elternteil erkrankt. Dann sind es die Kinder, die sich um die Pflege kümmern müssen. Das ist nicht nur eine traumatische Erfahrung, sondern zehrt auch an den Kräften der

Kinder, von ihren Bildungschancen einmal ganz zu schweigen. Kranke einfach nach Haus zu schicken, ist manchmal die einzige Lösung für die Krankenhäuser, aber es ist eine ungeheure Last für die Familien. Es ist letztlich eine tödliche Konsequenz einer Sparpolitik im Gesundheitswesen. Das bedeutet nun nicht, daß alle AIDS-Patienten im Krankenhaus bleiben sollten. Im Gegenteil, es gibt sehr erfolgreiche Beispiele für die Verwirklichung eines "home care"-Konzepts. Nur kosten solche Konzepte viel Geld, und das fehlt in den meisten Gesundheitsetats. Zunächst einmal ist die Ausstattung der Familie mit ausreichend Nahrung, Kleidung, Reinigungsmitteln und Medikamenten erforderlich, damit die äußeren Voraussetzungen für eine gute Pflege gegeben sind. Dann muß die Familie bei der Pflege sowie bei der landwirtschaftlichen Arbeit entlastet werden. Denn nicht nur hat sie ein erwachsenes Familienmitglied voraussichtlich auf Dauer verloren, sondern für die Pflege ist weitere Arbeitszeit erforderlich. Hinzu kommt die Notwendigkeit einer regelmäßigen medizinischen Betreuung des oder der Kranken durch eine fachlich dafür ausgebildete Person. Wenn es kein ausgebautes System ländlicher Basisgesundheitsdienste gibt, hat man gute Erfahrungen damit gemacht, daß ein kleines Team durch die Dörfer reist und regelmäßig die Kranken und ihre Familien besucht. Das auf diesem Gebiet vorbildliche Chikankuta Hospital in Sambia entsendet jeweils eine Krankenschwester, einen Sozialarbeiter, einen Pädagogen und einen Fahrer zu den AIDS-Patienten im Umkreis von 80 Kilometern. Jeweils acht Patientinnen und Patienten können am Tag besucht werden. Rechnet man alle Kosten einer angemessenen "home care" zusammen, bleibt kaum noch eine Einsparung gegenüber einer Krankenhausbetreuung - auch wenn es viele positive Effekte gibt.

Düstere Perspektiven für die vielen Waisenkinder

Viele Krankenhäuser können sich diesen "Luxus" unter dem Druck der Einsparungen im Gesundheitswesen nicht leisten. Also bleibt ihnen keine Wahl, als die AIDS-Patienten auch ohne eine solche Betreuung nach Hause zu entlassen. Angesichts der unzureichenden Zahl von Gesundheitseinrichtungen in vielen ländlichen Gebieten der Dritten Welt kommen die meisten AIDS-Patienten ohnehin nie in ein Krankenhaus. Es ist zu weit entfernt oder die Gebühren sind zu hoch. Was hier noch helfen kann, ist eine Stärkung oder Wiederbelebung der traditionellen Nachbarschaftshilfe. Gegenseitige Hilfe ermöglicht es, mit den psychischen und materiellen Konsequenzen der Krankheit besser fertig zu werden. In den Städten besteht ein besonders großer Bedarf, diese nachbarschaftlichen Bindungen zu stärken, wozu mancherorts die Kirchen einen wichtigen Beitrag leisten. Es muß aber vor zu großen Hoffnungen gewarnt werden. John, von dem am Anfang dieses Beitrages die Rede war, hat bisher nicht einmal von seinen Verwandten Hilfe erfahren, weder bei der Reparatur des Hauses noch beim Bestellen des Feldes. John und seine Geschwister sind kein Einzelfall, und es geht ihnen sogar noch besser als vielen anderen Waisenkindern, weil John alt genug ist, etwas Geld zu verdienen. Wenn die Eltern an AIDS gestorben sind, sehen in Ostafrika Hunderttausende von Waisenkinder einer unsicheren Zukunft entgegen. Es wird befürchtet, daß bald jedes zehnte afrikanische Kind als Waisenkind aufwachsen wird, in einigen besonders betroffenen Gebieten sind es schon heute mehr. In Afrika gab es früher keine Straßenkinder, weil sich immer Verwandte fanden, die Waisenkinder aufnahmen. Aber wenn ganze Altersgruppen in einigen besonders betroffenen Gebieten an der Krankheit sterben, vor allem Leute zwischen Zwanzig und Vierzig, dann bricht das traditionelle soziale Netz zusammen. Und wenn die Großeltern dann ein Dutzend oder mehr Kinder aufnehmen müssen, von denen viele schon unterernährt zu ihnen kommen, weil die Eltern in der letzten Lebensphase kaum noch für sie sorgen konnten, dann sind sie hoffnungslos überfordert. Das steigende Schulgeld, das inzwischen überall gefordert wird, aufzubringen, ist für sie völlig undenkbar. So müssen die Kinder aus der Schule genommen werden, die Mädchen meist zuerst. Da Gesundheitsversorgung Geld kostet, steht sie auch nicht mehr zur Verfügung, und da staatliche soziale Hilfe, immer eine unzureichende Unterstützung in den armen Ländern der Welt, noch rarer wird, ist die Lebenserwartung der Waisenkinder gering. Und wer trotzdem groß wird, dem bleiben dann ohne Bildung nur Beschäftigungsmöglichkeiten in Bereichen wie Wanderarbeit oder Prostitution. Und solche Tätigkeiten führen dann wieder zu einem erhöhten AIDS-Risiko. Die Ausbreitung der Krankheit AIDS erfordert auch ein Überdenken der entwicklungspolitischen Strategien. Es wäre verfehlt, in Gebieten mit einer hohen Ausbreitungsrate der Krankheit große Erwartungen in einkommenschaffende Maßnahmenzu setzen. Die Familien, und in aller erster Linie die Frauen, sind infolge der AIDS-Ausbreitung überlastet, und können überhaupt nur noch zurecht kommen, weil sie einen Teil der Haus- und Gartenarbeit an ihre Kinder übertragen. Von diesen Frauen zu erwarten, nun auch noch den Anbau von Exportprodukten zu steigern oder ein Gewerbe auszuüben, geht an der Realität vorbei. Einkommenschaffende Maßnahmen im landwirtschaftlichen Bereich haben zudem den Nebeneffekt, daß die Fläche verkleinert wird, die für den Nahrungsmittelanbau für die Familie zur Verfügung steht. Erwähnt werden muß auch, daß die mit der Kommerzialisierung der Landwirtschaft verbundene Verdrängung kleiner Produzenten von ihrem Land besonders AIDS-Waisenkinder trifft. Die werden häufig von skrupellosen Nachbarn von ihrem Land vertrieben. Die Entwicklung der Krankheit AIDS ist ein geeigneter Anlaß, um über vorherrschende Entwicklungskonzepte nachzudenken. Nicht die kurzfristige Produktionssteigerung kann im Mittelpunkt der Überlegungen stehen oder die rasche Erhöhung der Exporterlöse, sondern es muß um die langfristigen Grundlagen für eine eigenständige Entwicklung gehen. Dazu gehören dann massive Investitionen in ein gut funktionierendes Bildungs- und Gesundheitswesen sowie die Stärkung der Fähigkeit der Familien, sich selbst zu versorgen und den Kindern ein gesundes Heranwachsen in einer sozial stabilen Umgebung zu ermöglichen. Eine solche Strategie mag den kurzfristigen Interessen jener Kreditgeber zuwiderlaufen, die um jeden Preis ihre Zinsen und Tilgungsraten aus der Dritten Welt herauspressen wollen, aber sie ist die einzige Strategie, die überhaupt eine Zukunft eröffnet. Auch wenn es noch keine erfolgreiche Behandlung der Krankheit AIDS gibt, so existieren doch Strategien, um die Ausbreitung der Krankheit einzudämmen und den Betroffenen eine menschenwürdige letzte Phase ihres Lebens zu ermöglichen. Die Grundfrage von Solidarität und Gerechtigkeit, sie stellt sich angesichts von AIDS noch dramatischer. Die Zeit läuft gegen das Leben - aber sie ist noch nicht abgelaufen.

Frank Kürschner-Pelkmann

Kinder von an Aids gestorbenen Eltern sehen einer unsicheren Zukunft entgegen



"Sag stolz, daß Du ein Hindu bist"

Vom Wirken einer faschistoiden Hindu-Bewegung

Als im Dezember 1992 im nordindischen Städtchen Ayodhya fanatische Hindus eine Moschee zerstörten, stand der vermeintliche "Religionsstreit" zwischen Hindus und Moslems im Zentrum bundesdeutscher Berichterstattung. Diese Betrachtungsweise des Konflikts verstellt den Blick auf die Realität. Die Auseinandersetzungen verlaufen nur oberflächlich betrachtet zwischen den Religionsgemeinschaften der Hindus und Moslems. In Wahrheit verfolgen Anhänger der gewalttätigen, faschistoiden Hindu-Bewegung Angehörige der unterprivilegierten Minderheit der indischen Moslems. Die im folgenden Beitrag analysierte militante Hindu-Bewegung Shiv Sena ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie eng mit der Bharatiya Janata Party (BJP), der zweitstärksten Partei im indischen Parlament zusammenarbeitet.



Wie alle politischen Bewegungen auf dem Subkontinent arbeitet Shiv Sena mit Symbolen. Es beginnt beim Namen, der an einen hinduistischen Kriegsherren erinnert, Shiwaji, den Sena-Führer Thackeray als Retter des hinduistischen Indien vor den moslemischen Mogul-Herrschern im 17.Jahrhundert sieht. Als Partei-Emblem dient ein Tiger, der "voller Aggressivität seine Stellung gegenüber anderen Tieren verteidigt", wie mir ein Mitarbeiter Thackerays diese südasiatische Variante der biologistischen, faschistoiden Rassenlehre erläuterte. Shiv Sena steht für "Shiwajis Armee", die gewissermaßen mit scharfen Krallen moslemische "Invasoren" aus Bombay vertreibt. Nur daß dort - neben einigen erfolgreichen Geschäftsleuten - viele Moslems heute bitterarme MigrantInnen aus den ländlichen Regionen sind, die auf dem Subkontinent zur unterprivilegierten Minderheit zählen.

Der "Führer" der Shiv Sena, Balasaheb Thackeray, verleugnet seine Vorbilder im historischen Faschismus keineswegs. "Ich mag den Hitler, der Deutschland liebte," sagt er mir 1991 in einem Interview. "Nicht die Massaker und die Art, wie er die Juden umbrachte. Aber Hitler hat sein Land wirklich geliebt. Er wollte, daß Deutschland aus der Korruption herauskam, wofür die Juden in jener Zeit verantwortlich waren. Und er dachte, bevor die Juden das Land nicht verlassen hätten, wäre es schwierig, irgendein nationales Programm durchzuführen. Er hat also etwas für Ihr Land getan. Die Methoden mögen vielleicht nicht richtig gewesen sein, aber auch die Kirche hat ihre Fehler, sogar Mahatma Gandhi hatte seine Fehler." Thackeray ist ein Demagoge von Hitlerschem Zuschnitt - modernisiert versteht sich. Wie dieser posaunt er seine Ziele offen aus. „Ich werde den Moslems in den Hintern treten - im Interesse meines Landes. Ich werde sie ziehen lassen, wenn sie so viel Liebe für Pakistan verspüren. Da bin ich sehr direkt, keine mediengerechte Haltung, das ist meine Politik". Über 1.000 Tote, unzählige Verletzte und über 100.000 Flüchtlinge, ganz überwiegend Moslems, waren im Januar 1993 nach 'Unruhen' in Bombay zu beklagen. Shiv Sena gilt als Drahtzieher der 'Ausschreitungen'. Opfer waren ganz überwiegend Moslems, selbst bei Polizeieinsätzen, die eigentlich ihrem Schutz dienen sollten.

Thackerays Propaganda zielte zunächst auf südindische Zuwanderer, dann auf Moslems, die er allesamt als pakistantreue Vaterlandsverräter abstempelte. Mit seiner ethnisch-religiös verbrämten Ideologie gelang es ihm, die sozialen Konflikte in der größten Wirtschaftsmetropole Indiens zu überlagern. Der strukturelle Umbruch in Bombays Gewerbe, speziell in der Textilindustrie, führte zum Verlust von zehntausenden von Arbeitsplätzen. Thackeray konnte aber immer noch auf Moslems verweisen, die über einen Job verfügten.

Neben seiner Propagandatätigkeit stellte er für die hinduistische Bevölkerungsmehrheit verschiedene Dienstleistungsjobs in

Slums, Betrieben und in der Verwaltung bereit, wovon Hunderttausende profitierten. Es handelte sich allerdings nicht um die Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern um die Umverteilung bereits existierender Arbeitsmöglichkeiten an Anhänger Thackerays; Shiv Sena verfügt wie die BJP über keinerlei kohärentes Wirtschaftsprogramm.

Thackeray allein bestimmt die inhaltlichen und personellen Entscheidungen der Shiv Sena, versteht sich als "wohlwollender Diktator". Er kandidierte nie für ein öffentliches Amt, etwa für den Bürgermeisterposten von Bombay, den die Sena jahrelang besetzte, da er Wahlen für Geldverschwendung hält, sich selbst rein halten will, so rein wie das leuchtend weiße Gewand, das er meist trägt. Thackeray ist ein gesellschaftlich akzeptierter Mann in Bombay, die Kongreßpartei hat ihn lange als Werkzeug gegen die Linke gefördert.

Shiv Sena hat Zuspruch in allen gesellschaftlichen Kreisen, wobei Soziologen auf die besondere Verankerung in der Mittelschicht verweisen, die an der Ausschaltung moslemischer Konkurrenten sowie an "Ruhe und Ordnung" stark interessiert ist. Für Ruhe und Ordnung sorgt Thackeray mit Hilfe seiner straff geführten Organisation, in die er die lokale Unterwelt und rabiate, orientierungslose junge Männer aus den Slums integrierte und die er zu einer Art Schutztruppe ausbaute.

"Der Erfolg Thackerays basiert in erster Linie auf der Schwäche der demokratischen Kräfte. Er hat den arbeits- und orientierungslosen Jugendlichen in Bombay als einziger eine Perspektive geboten, da er ihre Sprache spricht, ihren Haß auf das Establishment kanalisierte und ihnen verschiedene Dienstleistungsjobs angeboten hat", kommentiert Nikhil Wagle, Chefredakteur der Abendzeitung "Mahanagar" und schärfster Kritiker Thackerays. Gegen Kritiker geht Shiv Sena mit großer Brutaltität vor, wovon ein zertrümmertes Mahanagar-Büro oder Übergriffe gegen progressive Selbsthilfegruppen in den Slums zeugen.

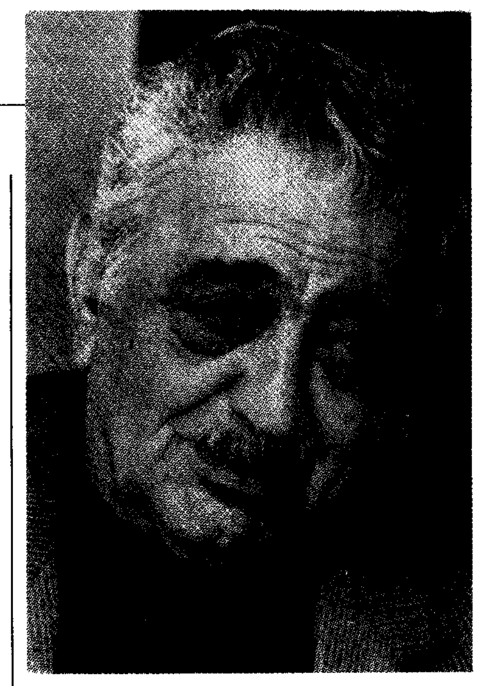
Ein wichtiger Faktor für den Erfolg der Shiv Sena liegt in der Dynamik Bombays begründet. In die Metropole, in der 25 Prozent der industriellen Produktion Indiens gefertigt werden, ziehen täglich hunderte von Menschen, um an dem Reichtum zu partizipieren. Das gelingt allerdings nur wenigen. Die Hälfte, der auf 12 Millionen geschätzten EinwohnerInnen lebt auf der Straße oder in Slums. Der Konkurrenzkampf ist groß, nur die Starken können sich behaupten. Shiv Sena paßt genau in dieses sozialdarwinistische Konzept, das sie mit Gewalt, sozialen Diensten und religiös verkleideter faschistoider Ideologie ausnutzt. Den Verlierern und auch anderen Orientierung-Suchenden in der "westlichsten" Metropole Indiens wird eine Identifikation geboten - "Sag stolz, daß du ein Hindu bist", lautet einer der Sena-Slogans - und ein Sündenbock wird gleich mitgeliefert: die Moslems.

Shiv Sena ist Teil einer Entwicklung, die der in Princeton lehrende indische Politikwissenschaftler Atul Kohli als "wachsende Krise der Regierungsfähigkeit" Indiens bezeichnet. Strukturen einer politischen Mafia haben die Ansätze einer "Zivilgesellschaft" überlagert. Als Ersatz für politische Ideen dient der Hindu-Bewegung die völkische oder religiöse "fundamentalistische" Botschaft. Bombay ist ein Mikrokosmos für die gesamtindische Entwicklung, Shiv Sena folglich eine Art Avantgarde für die faschistoide Hindu-Bewegung, die mit dem Sturm auf die Moschee in Ayodhya einen weiteren Schritt zur Machtergreifung auf die labile und politisch perspektivlose Zentralregierung in Neu Delhi unternahm. Der Bombenterror von Bombay zeigt, welche Katastrophen-Potentiale die indische Krise noch in sich birgt.

Frank Braßel



Die besondere Interessenlage der israelischen Palästinenser



Fotos: Silvia Luckmann

Die rund 800.000 palästinensischen Staatsbürger Israels leben weitgehend im Schatten der Aufmerksamkeit, die ihren Brüdern und Schwestern in den von Israel besetzten Gebieten zuteil wird. Denen ist es mit der Intifada gelungen, die Welt für ihre bedrängte Lage und für eine politische Lösung zu sensibilisieren. Die meisten ihrer Politiker und Aktivisten setzen sich inzwischen für die Bildung eines unabhängigen Palästinensischen Nationalstaates an der Seite Israels ein.

Für die Palästinenser in Israel ist die Situation um einiges komplizierter. Ein unabhängiger palästinensischer Staat würde sie nur mittelbar betreffen. Kaum jemand von ihnen wäre bereit, den angestammten Wohnsitz in Israel einfach aufzugeben und in einem neuen Staat ganz von vorne anzufangen.

Die israelischen Palästinenser, die in Israel als 'Minderheitenangehörige' gelten, die aber im negativen Sinne, nämlich wenn es um die Vergabe wichtiger politischer Ämter geht, durchaus als Zugehörige der palästinensischen Nationalität und damit als Sicherheitsrisiko behandelt werden, kämpfen seit Jahren dafür, daß ihnen innerhalb der israelischen Gesellschaft Gerechtigkeit widerfährt. Strittig sind allerdings die Wege, auf denen eine solche Gleichstellung erreicht werden kann.

Etliche haben es mit individuellem beruflichem Aufstieg und mit einer möglichst weitgehenden Integration in die jüdisch-israelische Gesellschaft versucht. Ihre politischen Forderungen zielen auf eine Chancengleichheit im jüdischen Staat.

Für andere besteht kein Zweifel daran, daß Israels Araber nur im Maße ihrer Bewußtwerdung als eigene Nation und im Maße eines selbstbewußten Auftretens als Palästinenser diese Gleichstellung erreichen könne.

Das ist etwa auch die Position des hierzulande durch seine politischen Publikationen bekannt gewordenen Philosophieprofessors und israelischen Staatsbürgers Asmi Bishara. In einer Rede, die Bishara anläßlich einer Arbeitstagung des 'Convenant of Equality' (zu dessen Gründungsmitgliedern er gehört) Anfang Februar in Jerusalem gehalten hat, spricht er sich vehement gegen eine Integration der israelischen Araber in den israelischen Staat, gegen ihre Israelisierung aus. Eine solche Integration würde Bishara zufolge auf eine Marginalisierung der Palästinenser hinauslaufen, solange der Israelische Staat in seiner Substanz nichts anderes ist als ein 'jüdischer Staat' (dessen jüdischer Charakter im Rückkehrergesetz von 1948, das explizit nur für Juden gilt, am augenfälligsten materialisiert ist).

Erst in dem Maße, in dem sich Israel von einem 'jüdischen Staat' in einen 'Staat seiner Staatsbürger' transformiert, ist eine solche Integration für Bishara denkbar. Ein solches Israel seiner Staatsbürger wäre zwangsläufig ein binationaler Staat: eine jüdische Nation und eine palästinensische Nation würden sich gegenseitig in ihrer Eigenheit und kulturellen Eigenart anerkennen und tolerieren und sich auf dieser Basis als Zugehörige zu einem politischen Gemeinwesen, zu einer Staatsbürgernation definieren.

Bishara ist sich im klaren darüber, daß es politisch unklug wäre, zum jetzigen Zeitpunkt einen binationalen Staat zu fordern. Das hieße nämlich, der palästinensischen Nationalbewegung, die sich für einen unabhängigen Staat in Westbank und Gaza ausspricht, in den Rücken zu fallen. Denn ein binationaler Staat würde Westbank und Gaza einschließen - er ist ein Alternativkonzept zu einem palästinensichen Nationalstaat. Man kann - so Bishara - von den Juden nicht verlangen, daß sie erst der Gründung eines palästinensischen Nationalstaates an ihrer Seite zustimmen und sich dann auch noch bereit erklären, ihren jetzigen Staat zu einem binationalen Staat umzuformen.

Daher ist für Bishara der binationale Staat zum jetzigen Zeitpunk weniger ein politisches Lösungskonzept, sondern eine Idee, die langfristig das politische Denken leiten soll.

isar

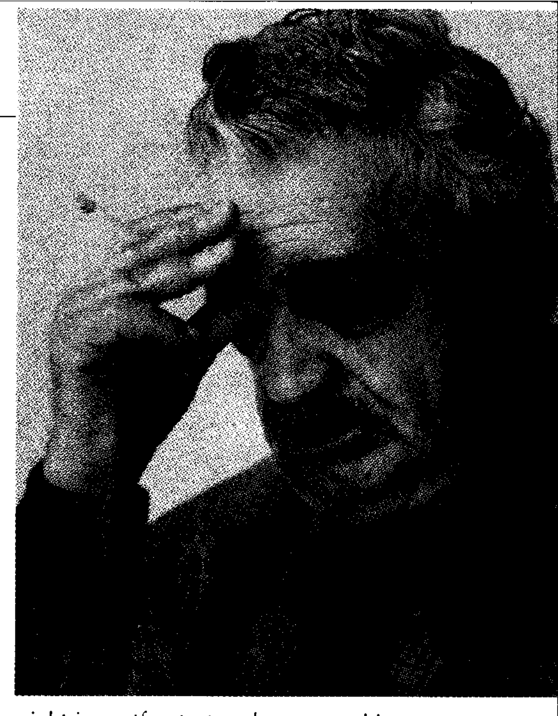
Die Rede Asmi Bisharas ist abgedruckt in den 'News from Within' (herausgegeben vom Alternative Information Center in Jerusalem), April 1993

Spätestens seit Frühjahr 1992 hat Emil Habibi, der große Meister des palästinensischen Romans, auch hierzulande einen gewissen Bekanntheitsgrad erlangt: In diesem Jahr nämlich erhielt er als erster arabischer Schriftsteller den israelischen Staatspreis für Literatur.

Die Preisverleihung an Habibi löste sowohl bei Palästinensern als auch bei Israelis heftigen Protest aus: einige der 'Seinen' bezichtigten ihn des Verrats, jüdische Hardliner erblickten in Habibis Ehrung ein gefährliches Zugeständnis an den Feind. Es gab aber auch genügend Stimmen aus beiden Lagern, die die Auszeichnug Habibis begrüßten.

Für Habibi selbst war weniger die Auswahl seines Werkes für den israelischen Staatspreis das Problem. Denn die Entscheidung wurde von einer unabhängigen Kommission von Literaturwissenschaftlern getroffen, deren Mitglieder sich der israelischen Friedensbewegung zurechnen und von denen immerhin drei zusammen mit Habibi und Yoram Kaniuk im 'Committee of Israeli and Palestinian Writers, Artists and Academics Against Occupation and for Peace and the Freedom to Create' sitzen. Das Procedere der Preisverleihung allerdings brachte Habibi in große Verlegenheit - mußte er doch den Preis aus der Hand des noch amtierenden Ministerpräsidenten Schamir in Empfang nehmen.

Wir nutzten die Gelegenheit eines Schweiz/BRD-Aufenthalts Habibis für ein Interview. Wir wollten von ihm, der sich dazu bekennt, Israeli und Palästinenser zugleich zu sein und dessen Romane vermutlich prägnanter als jeder Sachtext die Absurditäten palästinensischen Lebens in Israel auf den Punkt bringen, wissen, welche Erwartungen er an den Friedensprozess richtet. Uns war bekannt, daß Habibi anders als Asmi Bishara, auf dessen Position wir in den Interviewfragen Bezug nehmen, bereit ist, über mittelfristig realisierbare politische Lösungen des 'Palästinaproblems' nachzudenken.



„Mit einem Palästinenserstaat würde auch unser Status in Israel aufgewertet“

Interview mit dem Schriftsteller Emil Habibi

Frage: Sie verstehen sich sowohl als Palästinenser als auch als Israeli. Wie stellen sich aus Ihrer Perspektive die Gespräche dar, die im Rahmen des Friedensprozesses zwischen Palästinensern und Israel begonnen haben?

Zunächst möchte ich deutlich machen, daß ich den begonnenen Friedensprozeß aus vollem Herzen unterstütze. Ich stimme mit der Position der PLO und mit der Führung der Verhandlungsfraktion in jedem Punkt überein. Sorgen macht mir allein die israelische Haltung, die ich für obsolet halte... Ich bin der Meinung, daß die Palästinenser bei den Gesprächen über eine Autonomielösung nicht jedes Angebot bedingungslos akzeptieren dürfen. Autonomie darf nicht weniger sein als territoriale Autonomie, mit wirklichen Hoheitsrechten für die Palästinenser. Zum zweiten darf eine einmal zustandegekommene Autonomielösung nicht weitere Schritte blockieren. Das Ziel muß ein unabhängiger palästinensischer Staat an der Seite Israels sein.

Was halten Sie denn von der Position Asmi Bisharas, für den ein binationaler Staat die einzige richtige Lösung ist?

Selbstverständlich sind Hoffnungen, die auf den binationalen Staat gerichtet sind, gerechtfertigt. Aber ich gehe von den derzeitigen Realitäten des Lebens aus und neige daher zu verantwortbaren politischen Vorschlägen. Bishara denkt an eine ultimative Gerechtigkeit. Ich hingegen möchte so schnell wie möglich die Tragödie meines Volkes beendet sehen. Selbst der unabhängige Palästinenserstaat an der Seite Israels wird nicht schon morgen existieren. Es wird noch viel Wasser den Jordan hinabfließen...

Aber sehen Sie denn nicht die Gefahr, daß Israel nach der Gründung eines palästinensischen Staates seinen arabischen Staatsbürgern einen besseren Status verweigern könnte ? Daß Israel auf jede Forderung antworten könnte: Ihr habt doch euren Staat, geht doch rüber!?

Natürlich müssen wir uns mit allen Kräften gegen solche Vertreibungsabsichten stemmen. Wir denken nicht daran unser Heimatland zu verlassen. Kräfte, die uns hinausdrängen wollen, gab es schon immer. Ich denke nun gerade, daß die Errichtung eines unabhängigen Palästinenserstaates auch unseren Status hier in Israel aufwerten und eine Normalisierung des palästinensisch-jüdischen Verhältnisses nach sich ziehen würde. Das Problem unserer Diskriminierung würde deutlicher hervortreten...

Sie sagen also, daß in dem Maße, in dem die Palästinenser als eigene Nation akzeptiert werden und nicht mehr wie eine beliebige Minderheit behandelt werden, sich in Israel einiges verbessern würde?

Natürlich. Schon jetzt hat sich einiges verändert. Mit dem Beginn des Friedensprozesses hat man auch einige positive Schritte in unsere Richtung getan...

Sie stimmen also mit Asmi Bishara darin überein, daß die Palästinenser ihre palästinensiche Identität stärken müssen statt den Weg einer totalen Israelisierung zu gehen und...

....Ich will hier einmal klarstellen, daß ich mit Asmi Bishara nicht im geringsten übereinstimme. Er betrachtet unseren Kampf für eine gesicherte Existenz in Israel, für eine Anerkennung als Teil Israels als Selbstaufgabe. Er befürchtet, daß wir unsere nationale - ich weiß nicht was - unsere Nationalität aufgeben. Genau so denkt er! Er ist gegen den Friedensprozeß und ich bin für den Friedensprozeß! Ich will kein Glücksspiel mit dem Schicksal meines Volkes anfangen. Bishara will keine Lösung. Er sitzt in seinem Elfenbeinturm und träumt...

Dennoch möchte ich noch einmal an einem Punkt nachhaken: Viele Araber in Israel gehen den Weg des individuellen beruflichen Aufstiegs, sie versuchen sich zu integrieren, während Bishara mehr Bewußtsein....

.....das stimmt überhaupt nicht. Die Masse der Leute, gerade die einfachen Leute sind cleverer als er (Bishara) und als ich. Sie kämpfen für eine gesicherte und gleichberechtigte Existenz in Israel. Sie wissen genau, daß nicht einmal ihre dauerhafte Existenz hier sichergestellt ist. Immer noch wird ihnen Land weggenommen. Sie denken nicht im entferntesten daran, von hier wegzugehen. Und Bishara sitzt da und denkt über die 'Gefahr der Israelisierung' nach. Wir kämpfen für Israelisierung! Wir sind ein Teil Israels und wir wollen nicht länger behandelt werden, als wären wir Fremde. Wir wollen nicht mehr diskriminiert werden. Daß auf unserem Territorium der Staat Israel errichtet wurde, ist ein historisches Faktum, das wir nicht rückgängig machen können. Aber nun müssen wir für Frieden, Sicherheit und für eine wirkliche Gleichberechtigung kämpfen.

Nun zu Ihren eigenen Aktivitäten als Politiker. Sie saßen 20 Jahre als Abgeordneter der Kommunistischen Partei Israels in der Knesset. 1991 kehrten Sie der Kommunistischen Partei den Rücken. Versagte Ihrer Meinung nach die Partei bei der Vertretung der Interessen ihrer arabischen Wähler?

Meine Entscheidung hatte damit gar nichts zu tun. Es war eine Frage der Ideologie. Ich war der Überzeugung, daß unsere Bewegung ohne eine innere Demokratisierung keine Zukunft haben würde. Ich unterstützte die Reformideen Gorbatschows. Aber meine Genossen in der Parteiführung waren dagegen....

Welche Partei in Israel vertritt ihrer Meinung nach gegenwärtig die Interessen der arabischen Staatsbürger am besten? Was halten Sie von der 1988 gegründeten ersten ausschließlich arabischen Partei von Abu Darausche, der 'Arabischen Demokratischen Partei'?

Ich denke, es gibt nicht die Interessenvertretung der palästinensischen Wähler in Israel, weil es auch ganz unterschiedliche Interessenlagen gibt. Ich persönlich bin nicht für eine vereinte Arabische Partei. Je mehr wir eine gemeinsame Basis mit den demokratischen jüdischen Kräften in Israel finden können, desto besser.

Das Interview führte isar am 14.5. in Tübingen

Fünfundvierzig Jahre lang im Wartestand

Zur Situation der palästinensischen Flüchtlinge im Libanon

Im Libanon wurden die palästinensischen Flüchtlinge und die von ihnen getragenen Befreiungsorganisationen stets als Störfaktoren angesehen und immer wieder bekämpft. Eine Ansiedlung oder Einbürgerung wurde bislang von allen Parteien des Libanon abgelehnt. Aber auch die Palästinenser selbst stellen sich gegen eine Einbürgerung und verweisen dabei auf das in der UNO- Resolution 194 von 1948 verbriefte Recht der Rückkehr nach Israel. Neuerdings, im Zuge der Nahost-Friedensverhandlungen, ist etwas Bewegung in die Fronten gekommen. Parallel dazu findet derzeit eine Neuregistrierung der Palästinenser im Libanon durch die UNRWA statt. Viele Palästinenser fürchten dadurch um ihren Flüchtlingsstatus gebracht zu werden.



Palästinensische Vertriebene im Ghazs-Building in Beirut, April 1992. Foto: H. Rimscha Medico Bilderdienst

Von der Öffentlichkeit kaum beachtet, ging am 13. Mai 1993 die dritte Runde des bilateralen Teils der Nahostverhandlungen zum Thema der palästinensischen Flüchtlinge in Oslo zu Ende. Wie schon bei den vorangegangenen Gesprächen ist man über Formfragen wie die der Teilnahme von PLO-Vertretern an der palästinensischen Delegation nicht hinausgekommen.[1] Die PLO legt in diesen Verhandlungen das in der Resolution 194 der UN-Generalversammlung von 1948 verbriefte Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr nach Palästina und Entschädigung zugrunde.[2] Israel lehnt das Rückkehrrecht seit jeher ab und fordert die Integration der Flüchtlinge in die arabischen Gastländer.

Durch die Aufteilung der Verhandlungen in bilaterale, voneinander getrennte Gespräche mit den arabischen Staaten und den Palästinensern und mulitlaterale Verhandlungen zu übergreifenden Themen ist Israel seiner Zielsetzung ein Stück näher gekommen, das Flüchtlingsproblem, die Frage der besetzten Gebiete und die Lage der Palästinenser in Israel voneinander zu trennen und unabhängig von einer Lösung der Palästina-Frage, bilaterale Abkommen mit den arabischen Staaten zu schließen.

Den Ergebnissen der Verhandlungen über die Flüchtlinge wird bereits vorgegriffen. Im Kontext der weltweiten Politik der Abschottung, Eindämmung von Flüchtlingsbewegungen und Rückführung von Flüchtlingen bereiten europäische Staaten, die USA, die Vereinten Nationen und die arabischen Länder die Erfassung und Umverteilung der palästinensischen Flüchtlinge vor. Am deutlichsten wird dies im Libanon, wo die palästinensischen Flüchtlinge und die von ihnen getragenen Befreiungsorganisationen nie gern gesehen und stets bekämpft wurden. Die dort ergriffenen Maßnahmen gegen die entrechteten und marginalisierten Palästinenser nehmen existenzbedrohende Ausmaße an.

Die palästinensische Gefahr

Seit Anfang der 70er Jahre war die PLO im Libanon militärisch und politisch so stark, daß sie die Interessen des konfessio-

nellen libanesischen Herrschaftskartells bedrohte. Der libanesische Bürgerkrieg hatte durchaus innerlibanesische Ursachen, war aber auch ein Mittel, um die Stärke des palästinensischen Widerstandes zu brechen.

Am 13. April 1975 eröffneten falangistische Milizionäre im Stadtteil Ain Ar-Roumaneh das Feuer auf einen vollbesetzten Bus mit palästinensischen Flüchtlingen. Dieser Angriff war der Auslöser des 16jährigen Bürgerkrieges. Mit dem Feindbild der palästinensisch-muslimischen Gefahr mobilisierten die Falangisten ihr christlich-maronitisches Klientel zur Verteidigung der Herrschaft des durchaus multikonfessionellen libanesischen Machtkartells. Denn die Palästinenser waren Teil des Aufruhrs in den Elendsvierteln von Beirut und Verbündete der libanesischen Nationalbewegung, die für eine Aufhebung dieses konfessionellen Systems[1] und für eine gerechte soziale Ordnung kämpfte. Beirut, die Hauptstadt des palästinensischen Widerstandes und der Opposition gegen die arabischen Regimes, war für diese Regimes, Israel und den Westen eine "plague city" (US-Außenminister George Shultz).

Invasionen und Strafaktionen gegen den palästinensischen Widerstand waren ein fortgesetzter Krieg gegen die Bevölkerung der Flüchtlingslager. Der israelischen Invasion 1982 folgten die Massaker von Sabra und Shatila. Im von 1985 bis 87 dauernden Krieg gegen die palästinensischen Lager führten die Amal- Miliz und ihre syrischen Verbündeten das Zerstörungswerk fort. Im Juli 1991 übernahm die libanesische Armee die palästinensischen Stellungen rund um die Flüchtlingslager Ain al-Hilweh und Miye- umiye bei Sidon und damit die Kontrolle über die letzten Hochburgen des palästinensischen Widerstandes.[4]

Seit der bewaffnete palästinensische Widerstand so geschwächt ist, wird die Rechtlosigkeit der Flüchtlinge im Libanon offenbar. Bereits 1988 annullierte die libanesische Regierung das Abkommen von Kairo, mit dessen Unterzeichnung 1969 den Palästinensern die Selbstverwaltung der Lager und militärische Präsenz in Teilen des Südlibanon garantiert worden war. Im 1989 unterzeichneten libanesischen Versöhnungsabkommen von Taif wurde zwar die Entwaffnung der PLO-Einheiten festgelegt, aber kein Wort über den Rechtsstatus der Palästinenser verloren. Seither weigert sich die libanesische Regierung, mit den palästinensischen Organisationen zu verhandeln, die ein gemeinsames Memorandum bei der libanesischen Regierung vorgelegt haben, in dem sie einen eindeutigen Flüchtlingsstatus, das Recht auf Arbeit und Freizügigkeit sowie den Wiederaufbau der im Bürgerkrieg zerstörten Palästinenserlager fordern. Im September 1992 lehnte Abdallah Al-Amin, Vertreter der prosyrischen Baath-Partei im Libanon und damals Innenminister, Verhandlungen über den Status der Palästinenser kategorisch ab, da diese "während des Bürgerkrieges einen Teil des Libanon okkupiert hatten."[5] Auch die Regierung Hariri, die seit Oktober 1992 im Amt ist, verhandelt nicht, mit der Begründung, erst müsse der Ausgang der Nahost-Friedensverhandlungen abgewartet werden.

Kein Ende der Vertreibung

Das Gefängnis im alten Stadtzentrum von Sidon im Südlibanon ist ein ehrwürdiger Bau im Stil einer osmanischen Karawanserei. Überfüllt, obwohl das Tor offensteht. Kinder drängen sich an den Gittertüren, quer durch den Gefängnishof sind Wäscheleinen gespannt, quer über die Wellblechverschläge, hinter denen sich die Waschstellen verbergen. Hier leben Dutzende von palästinensischen Familien auf engstem Raum, Bewohner des Flüchtlingslagers Nabatiya, das 1974 durch israelische Truppen zerstört worden war. Frauen schauen mißtrauisch durch die vergitterten Rundbögen auf den Besucher. Ali Hamid, ein arbeitsloser Lehrer, öffnet die schwere Eisentür des fensterlosen, nur spärlich von einer Glühbirne beleuchteten Verlieses, in dem er mit seiner Familie wohnt. An einer Wand stapelt sich das persönliche Hab und Gut der Familie in Pappkartons, die die Aufschrift des "Hüters der Heiligen Stätten", König Fahd von Saudi-Arabien, tragen, der in dieser Form Hilfsgüter an die Bedürftigen verteilen läßt.

Auf die Hilfe Saudi-Arabiens setzten viele Libanesen als im vergangenen Herbst der Milliardär Rafiq Hariri, Auswanderer aus Sidon und inzwischen saudischer Staatsbürger, zum libanesischen Ministerpräsidenten gewählt wurde. Doch die erwarteten Millioneninvestitionen aus dem Golf, die für den Wiederaufbau der zerstörten libanesischen Infrastruktur und die Rücksiedlung von Vertriebenen dringend gebraucht werden, blieben bisher aus. Statt Unterstützung erhielten die Bewohner des Gefängnisses in Sidon und der benachbarten Seifenfabrik, in der Dutzende von Familien in Pappverschlägen leben, die Räumungsaufforderung. "Wir haben alle aufgesucht, von Regierung über das Parlament bis hin zu Mustafa Saad, um die Räumung zu verhindern," erzählt Ali Hamid. Saad, der Chef der Nasseristischen Volksunion, die jahrelang Schutzmacht der Palästinenser in und um Sidon war, konnte schließlich einen Aufschub erwirken.

Ahmad Al-Zein stammt aus dem 1976 zerstörten Flüchtlingslager Tell az-Zater. "Wir wissen nicht wohin. Hier will man uns nicht, unser Lager ist zerstört, dorthin können wir nicht, Nach Palästina läßt man uns nicht zurückkehren. Bei diesen Friedensverhandlungen geht es gar nicht um uns Flüchtlinge von 1948." Er hat sich mit anderen Bewohnern von Tell az-Zater in einer Initiative zusammengeschlossen, die den Wiederaufbau des Lagers fordert.

7.000 palästinensische Familien wurden seit Beginn des Bürgerkriegs im Libanon vertrieben, schätzt die UN Relief and Works Agency (UNRWA).[6] Mindestens 4.000 von ihnen leben in Kriegsruinen und Abbruchhäusern in Beirut und entlang der Küstenstraße nach Süden unter unzumutbaren Bedingungen. Allein im Ghaza-Komplex in Beirut, der Bauruine eines Krankenhausprojektes, leben Hunderte von Familien in provisorisch abgeteilten dunklen Verschlägen ohne Wasser und Strom. Im Unterschied zu den Bewohnern der libanesischen Squatter schützt der Staat sie nicht vor Räumungsklagen der ursprünglichen Besitzer.

Die Zahl der im Verlauf des Bürgerkrieges vertriebenen Libanesen wird auf 750.000 geschätzt.[7] In den ersten Phasen des Krieges wurden Palästinenser und andere Muslime in Ostbeirut Opfer ethnisch-konfessioneller Säuberungen, später die Christen des Shouf-Gebirges und anderer Regionen. Häuser wurden systematisch zerstört, um ihre Rückkehr unmöglich zu machen, oder die Wohnungen der Vertriebenen wurden an andere Gruppen übergeben.

Ein Ministerium für Vertriebenenangelegenheiten soll die Rücksiedlung vornehmen. Der derzeitige Minister Walid Jumblat ist Vorsitzender der drusischen Fortschrittspartei (PSP), die lange Zeit die wichtigste Kraft der libanesischen Nationalbewegung war, aber deren Milizen 1983 die Christen aus dem Shouf-Gebirge vertrieben - viele unter ihnen Kommunisten, die Seite an Seite mit den Milizionären der PSP gekämpft hatten. Sein Vorgänger im Ministeramt, Elie Hobeika, war verantwortlich für die Massaker von Sabra und Shatila während der israelischen Belagerung Beiruts 1982.

Den gegenseitigen Ansprüchen auf Rückkehr und Wiedergutmachung, auf Räumung von Häusern, in denen Vertriebene leben, ist bei der herrschenden Wohnungsnot kaum gerecht zu werden. Jumblat bezeichnet es als seine vordringliche Aufgabe, die Rückkehr in erhaltene Gebäude zu ermöglichen. Für den Wiederaufbau sei der Fonds für Entwicklung und Wiederaufbau zuständig.[8] Auch dieser verfügt bisher nur über unzureichende Mittel. Gegenüber den geschätzten Kosten von 754 Mio. Dollar für Instandsetzung und 1,6 Mrd. Dollar für den Neubau von Wohnungen nimmt sich das Budget des Vertriebenenministeriums mit 60 Mrd. LP (=weniger als 30 Mio. US$) bescheiden aus. Priorität hat die bereits begonnene Rückkehr der christlichen Bewohner des Shouf Gebirges und der Dörfer östlich von Sidon. Für den Wiederaufbau der Elendsviertel Karantina und Jisr al-Basha und der zerstörten palästinensischen Lager gibt es wohlweislich keine Pläne.

Ansiedlung und Vertreibung

Bei der Diskussion über die Zukunft der Palästinenser fiel und fällt immer das Schlag-

wort Tawtin (Ansiedlung). Im Libanon wird die Ansiedlung (Tawtin) oder gar Einbürgerung der mehrheitlich muslimischen Palästinenser von allen konfessionellen Gruppen und politischen Richtungen abgelehnt. Das christlich-maronitische Lager will die Entstehung einer muslimischen Mehrheit und damit den Verlust der maronitischen Vorherrschaft im konfessionellen System verhindern. Zur Wahrung dieser Vorherrschaft war in der Vergangenheit die Einbürgerung der armenischen Gemeinde und der christlichen Palästinenser begünstigt worden. Die falangistische Partei, für die ersten Massaker an den Palästinensern verantwortlich, mobilisierte ihre maronitischen Anhänger mit dem Gerücht, der Westen wolle das Palästinenserproblem lösen, indem er sie in einem Teil des Libanon ansiedele. Sunniten und Schiiten, die nichtkonfessionellen linken Kräfte und die religiöse Opposition, wie z.B. Hizbullah, lehnen, ebenso wie die Palästinenser selber, die Einbürgerung mit Verweis auf das (in der Resolution 194 der UN-Vollversammlung von 1948 fixierte) legitime Rückkehrrecht ab.

Im Lichte der Nahost-Friedensverhandlungen und unter dem Druck der beteiligten arabischen und westlichen Staaten bricht diese Oppositionfront auf. Die Forderung des stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Rates der Schiiten, Muhammad Mahdi Shams ad-Din, die Palästinenser als zusätzliche konfessionelle Gruppe im Libanon zu integrieren, ist innerlibanesisch sicher nicht durchsetzbar.[9] Bedeutsamer ist, daß der prosyrische Außenminister Bouez die Ansiedlung von 50.000 - 100.000 Palästinensern im Libanon für akzeptabel hält, denn das läßt auf syrische Zustimmung schließen.[10] Welchen Rechtsstatus die anzusiedelnden Flüchtlinge bekommen und wo sie angesiedelt werden, bleibt ebenso unklar wie die Frage, was mit der Mehrheit der Flüchtlinge geschehen wird. Es heißt, daß für eine Umverteilung nicht nur Jordanien, sondern auch europäische Länder wie Norwegen im Gespräch sind. Bevor dies offiziell möglich ist, setzt man darauf, daß die Flüchtlinge unter dem Druck des Elends und der Repression das Land verlassen. 50.000 Palästinenser haben das im vergangenen Jahr getan, wie der PLO- Sprecher Salah Salah erklärte.[11] Die Verbliebenen werden jetzt erfaßt.

Neuregistrierung durch die UNRWA

Im September 1992 begann die UNRWA mit der Ausgabe neuer Identitätskarten, auf der die Anzahl der Familienmitglieder verzeichnet ist, was einer Volkszählung gleichkommt. Kriterium für den Erhalt der neuen Karten ist die Vorlage der ursprünglich ausgegebenen Rationskarten der UNRWA bzw. der libanesischen Verwaltung. Das ist höchst problematisch, denn nach offiziellen



Palästinensische Vertriebene sind im Stadion von Beirut untergebracht, wo ihnen jetzt die Räumung droht, Libanon April 1993 Foto: H.Rimscha Medico Bilderdienst

UNRWA-Listen leben nur 317.000 palästinensische Flüchtlinge im Libanon. Das libanesische Büro für palästinensische Angelegenheiten verzeichnet 350.000 Flüchtlinge. Laut Palästinensischem Roten Halbmond sind es fast 600.000, davon ca. 70.000 im Ausland.[12] Die Diskrepanz ergibt sich daraus, daß ein Teil der Flüchtlinge des Jahres 1948 nach dem für die UNRWA verbindlichen Stichtag in den Libanon gekommen ist, und einige zehntausend Flüchtlinge des 67er Krieges nach der Zerschlagung des palästinensischen Widerstandes 1970 in Jordanien (Schwarzer September) ins Land gelangten. Diese befürchten, mit den neuen Karten endgültig um den Flüchtlingsstatus gebracht zu werden. Die neuen Flüchtlingskarten sind nur bis zum 30. Juni 1996 gültig. Dann, so befürchtet man, wird die UNRWA endgültig ihre Dienste der libanesischen Regierung übertragen. Zudem wird vermutet, daß die palästinensischen Migranten, die im Besitz eines Passes von Drittstaaten sind, endgültig aus den Registern der UNRWA gestrichen werden.

Gegen die Re-Registrierung erhob sich eine Welle von Protest. Am 4. Februar fand eine Demonstration vor dem UNWRA-Gebäude in Beirut statt, am darauffolgenden Tag boykottierten die Palästinenser in Thyros die UN-Einrichtungen. Die UNRWA beeilte sich zu erklären, daß die Neuregistrierung lediglich dazu diene, "bisher unterschiedliche Kategorien von Karten zu vereinheitlichen."[13] Bisher sollen erst 30% der Flüchtlinge ihre neuen Karten in Empfang genommen haben.[14]

Die UNRWA konzentriert, ebenso wie die westlichen Staaten, die ein Großteil des UNRWA-Budgets finanzieren, ihre Unterstützungsleistungen auf Westbank und Gaza-Streifen, um "den Friedensprozeß zu unterstützen." Deshalb hat die UNWRA im Libanon im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich ihre Dienstleistungen radikal gekürzt. Die Zahl der für Palästinenser reservierten Krankenhausbetten wurde um 36 % reduziert. Die Finanzierung von Krankenhausaufenthalten wurde auf Krebstherapie und Herzchirurgie beschränkt.[15] War früher die Behandlung von Palästinensern in den angesehenen Beiruter Krankenhäusern Maqasid oder American University möglich, so müssen sie jetzt drittklassige Häuser aufsuchen. Dort werden selbst Notfallpatienten nur noch gegen Vorauskasse behandelt.

Die ökonomische Situation hat sich drastisch verschlechtert, seit die palästinensischen Widerstandsorganisationen nach dem Golfkrieg die Zahl ihrer Beschäftigten radikal reduzieren mußten. Noch in den 80er Jahren schätzte man den Anteil der palästinensischen Ökonomie am libanesischen Bruttosozialprodukt auf über 15 %. Zu der Zeit waren die PLO und ihre Institutionen mit 10.000 Arbeitsplätzen einer der größten Arbeitgeber im Lande.[16] Jetzt haben nach einer UNICEF-Untersuchung in acht palästinensischen Lagern und Vertriebenenunterkünften nur 37% der Männer und 8 % der Frauen eine Arbeit.[17] Auch die sozialen Hilfswerke, die viele Palästinenser beschäftigten, mußten ihre Dienste durch die Reduzierung finanzieller Unterstützung aus den Ölstaaten infolge des Golfkrieges radikal reduzieren. Tausende von libanesischen und palästinensischen Migranten in den Golfstaaten, die ihre Familien im Libanon versorgt hatten, wurden von dort vertrieben. Die UNRWA verzeichnet bei den Palästinensern im Libanon den höchsten Anteil von bedürftigen Familien, die monatliche Lebensmittelrationen bekommen.[18]

In 52 Berufen des öffentlichen Dienstes und des Dienstleistungssektors dürfen Palästinenser nicht arbeiten, darunter der des Frisörs. Aus Sicherheitsgründen, weil man dabei mit einem Messer hantiert, bemerkt ein palästinensischer Lehrer mit bitterem Humor. Seit 1982 bekamen Palästinenser im Libanon keine Arbeitsgenehmigungen mehr. Ende vergangenen Jahres sind palästinensische Beschäftigte z.B. in Krankenhäusern aufgefordert worden, Anträge auf Arbeitserlaubnis zu stellen, um ihren Status zu legalisieren. Trotz anderslautender Versprechungen haben sie bisher keine Antwort erhalten, so daß sie inzwischen eher mit Ablehnung und Entlassung rechnen.

Die PLO-Führung, durch den Gang der Verhandlungen zu immer neuen Zugeständ-

nissen gezwungen, nimmt das Geschehen im Libanon ohne große Proteste hin. PLO-Chef Yassir Arafat befürwortete die UNRWA-Neuregistrierung als "alte palästinensische Forderung."[19] In der zweiten Runde der multilateralen Verhandlungen zur Flüchtlingsfrage hat sich die palästinensische Delegation sogar für die Stärkung und Bestätigung der Rolle der UNRWA ausgesprochen.[20] Demgegenüber warf der PLO-Sprecher im Libanon, Salah Salah, der Führung in Tunis vor, durch ihr Stillschweigen die Palästinenser im Libanon zur Annahme der denkbar schlechtesten Alternativen zu zwingen.[21]

Zwischen israelischen Angriffen ...

Israelische Kampfflugzeuge und die sogenannte Südlibanesische Armee (SLA) greifen ständig libanesische Dörfer nördlich der von Israel besetzten "Sicherheitszone" und palästinensische Flüchtlingslager an. Israelische Luftangriffe reichen bis nach Baalbek und die palästinensischen Flüchtlingslager nahe Tripoli im Nordlibanon. Im November 1992 unternahmen israelische Kommandos einen Landungsversuch von See in dem Flüchtlingslager Nahr al-Bared bei Tripoli. Dasselbe Lager wurde Ende März 1993 von israelischen Kampfflugzeugen bombardiert. Bei diesen Angriffen, legitimiert als Vergeltungsschläge für Angriffe des libanesischen Widerstandes gegen die Besetzung Südlibanons, werden systematisch Häuser bis auf die Grundfesten zerstört. Die Dutzenden von Todesopfern und Verletzten sind meist Zivilisten. Immer wieder kommt es zu größeren Fluchtbewegungen nach solchen Angriffen, wie im Mai 1992, als nach Angriffen von israelischen Bodentruppen auf die Dörfer Arnoun und Yater 14.000 Menschen flohen.

Israel macht für die Erfüllung der UN-Resolution 425, die es zum Rückzug aus dem Libanon verpflichtet, einen Friedensvertrag mit dem Libanon zur Bedingung. In der Zwischenzeit hält sich das israelische Militär die Option offen, erneut im Südlibanon einzumarschieren und so eine direkte Konfrontation mit syrischen Truppen zu erzwingen, die in der angrenzenden Bekaa-Ebene stationiert sind. Eine solche erneute Invasion hatte Israel im November 1992 vorbereitet und auch entsprechend Truppen mobilisiert, nachdem bei einem größeren Hizbullah-Angriff fünf israelische Soldaten ums Leben kamen. Erst in letzter Minute wurde die Invasion abgeblasen.[22]

... und syrischer Repression

Die syrische Führung hat mit blutigen Stellvertreterkriegen jeden Versuch der PLO-Führung unter Arafat unterlaufen, sich nach der Vertreibung aus dem Libanon 1983 wieder dort zu installieren. Erst seit Beginn der Friedensverhandlungen haben sich die Beziehungen zwischen Syrien und der PLO-Führung normalisiert. Aber weiterhin sorgt Syrien dafür, daß die eigenständige militärische Präsenz der Palästinenser reduziert wird und lehnt einen garantierten Status für die Palästinenser im Libanon, und erst recht eine eigenständige Verwaltung der Flüchtlingslager, ab. Noch unterstützt das syrische Regime die palästinensische Ablehnungsfront, um sich eine Option für den Fall eines Scheiterns der Nahost-Friedensverhandlungen zu sichern. Wenn die Verhandlungen erfolgreich enden oder Syrien gar einen Separatfrieden mit Israel ab-schließt, wird die Ablehnungsfront in Syrien und im Libanon einen schweren Stand haben.



Die Zufahrten der Beiruter Palästinenserlager Shatila und Burj al-Barajneh werden nach wie vor strikt von syrischen Truppen kontrolliert, obwohl sich die syrische Armee nach dem Abkommen von Taif schon im September 1992 in die Bekaa-Ebene hätte zurückziehen müssen. Die ab 18 Uhr verhängte Ausgangssperre erinnert ältere Palästinenser an die 50er und 60er Jahre, als der libanesische Geheimdienst "Deuxieme Bureau" die Flüchtlingslager kontrollierte. Auch auf der Küstenstraße zwischen Beirut und Sidon, wo sich die größten palästinensischen Lager befinden, existiert nach wie vor eine Straßensperre des syrischen Geheimdienstes.

Entsprechend der Regelungen des syrisch-libanesischen Sicherheitsabkommens von 1991 ist der syrische Geheimdienst an den Personalkontrollen an den Grenzstationen zu Land und zu Wasser und auf dem Beiruter Flughafen beteiligt. Dort wurde der libanesische Dozent Dr. Akram Salim Ishty von syrischen Truppen festgenommen und nach Syrien verschleppt, um seinen Bruder, ein Mitglied der proirakischen Baath-Partei, zu zwingen, sich zu stellen.[23] Der Arm des syrischen Geheimdienstes reicht bis in die Palästinenserlager, wo in den letzten Monaten mehrfach libanesische Gegner des syrischen Regimes ermordet wurden.

Seit Monaten findet außerhalb und innerhalb der palästinensischen Lager eine blutige Auseinandersetzung zwischen Fatah und dem Fatah-Revolutionsrat statt, der mehr als 50 palästinensische Kader, darunter wichtige militärische Führer von Fatah im Libanon, zum Opfer gefallen sind. Dabei genießt der Fatah-Revolutionsrat offensichtlich syrische Unterstützung.

Elend und Repression

In der libanesischen Regierung und in dem im September 1992 neugewählten Parlament ist die alte Grundbesitz- und Finanz-

oligarchie, die das Land vor dem Bürgerkrieg regierte, repräsentiert. Hinzugekommen sind lediglich einige aufgestiegene Milizführer wie Nabih Berri, Führer der schiitischen Amal-Miliz und jetzt Parlamentspräsident. Sie, die 1972 von der Rückführung der schiitischen Migranten des "poverty belts", der südlichen Vorstädte Beiruts, in den Süden sprachen, um dem Aufbegehren des städtischen Elends Herr zu werden, fordern heute den Abriß der fast völlig zerstörten Beiruter Palästinenserlager Shatila und Burj al-Barajneh, weil sie "die Ansicht der Stadt verschandeln".

16 Jahre Bürgerkrieg haben die Infrastruktur zerstört, Hunderttausende von Vertriebenen und Vermißten und Zehntausende von Kriegsversehrten hinterlassen. Das libanesische Bruttosozialprodukt ist auf die Hälfte des Niveaus der Vorkriegszeit gefallen. Der rasende Verfall der libanesischen Währung (1.1. 1987 1 US$= 100 lib. Pfund [LP] September 1990: 1US$=1.000 LP, September 1992=3.000 LP) ist seit dem Amtsantritt der Regierung Hariri vorerst gebremst. Doch die Lebenshaltungskosten steigen weiter und die meisten Waren müssen mit Dollar bezahlt werden. Der Mindestlohn ist zwar im August 1992 von 75.000 LP auf 118.000 LP angehoben worden, doch decken Lohn bzw. Gehalt im Durchschnitt nur noch ein Viertel der Lebenshaltungskosten einer Familie ab. Die Arbeitslosigkeit beträgt 30 %,[24] doch trotzdem wird inzwischen ein Teil der syrischen Arbeitslosigkeit in den Libanon importiert: auf Baustellen und im Autogewerbe arbeiten Tausende von Syrern. Es gab bereits Protestaktionen libanesischer Fahrer gegen syrische Kleinbus- und Taxichauffeure, die in Beirut ihre Dienste anbieten. In einem Fall gingen libanesische Tagelöhner gegen syrische Obstkarrenfahrer vor, die auf dem Beiruter Großmarkt auftauchten. Die syrische Armee griff ein, auf der anderen Seite die libanesische Polizei, bei den nachfolgenden Auseinandersetzungen gab es fünf Tote, darunter zwei syrische Soldaten.[25] Im Mai 1992 hatte die Regierung Karame aufgrund eines Generalstreiks und tagelanger Unruhen zurücktreten müssen.

Die libanesische Regierung mußte erkennen, daß alle Unterstützungszusagen seitens Europas und der Golfstaaten für den Wiederaufbau des Libanon vom Ausgang der Friedensverhandlungen abhängig gemacht werden, was ein libanesisches Einlenken auf israelische Bedingungen - auch in der Flüchtlingsfrage - erfordert und ein Ende der Besetzung des Südlibanon vor einem Friedensvertrag mit Israel unrealistisch macht. Im Bewußtsein der sich zuspitzenden Krise baut die Regierung mit syrischer und saudischer Unterstützung den Militär- und Polizeiapparat aus und arbeitet an der Gleichschaltung der Gesellschaft nach syrischem Vorbild, um der bevorstehenden sozialen Explosion standhalten zu können. So wird die in der arabischen Welt einzigartig vielfältige Presse stärker reglementiert und überwacht. Eine Anordnung aus dem Jahr 1977 trat wieder in Kraft, die Kritik am Präsidenten und anderen hohen Staatsmännern verbietet. Die Zeitungen An-Nahar, Ad-Diyar und as-Safir wurden mit zeitweiligem Publikationsverbot belegt, letztere erst im vergangenen Mai, weil sie ein Dokument aus den israelisch-libanesischen Verhandlungen veröffentlichte. Die Regierung plant, die privaten Radio- und Fernsehsender stärker zu reglementieren.[26] Die proirakische Baath-Partei wurde nicht mehr zugelassen und seit Mitte des vergangenen Jahres gab es mehrere Verhaftungswellen gegen Anhänger von General Aoun.

Die letzten, im andauernden Zustand der Belagerung schon zu Gefängnissen gewordenen Freiräume im Libanon sind im Begriff zu fallen. Der palästinensische Bruderkrieg zwischen Fatah und dem Fatah-Revolutionsrat war bereits Thema arabischer Außenministerberatungen. Libanesische Truppen, die in der Nähe der palästinensischen Lager stationiert sind, wurden bereits in Alarmbereitschaft versetzt. So ist zu erwarten, daß diese als Friedensstifter in die Lager einmarschieren werden, um sie völlig ihrer Kontrolle zu unterwerfen.

Ronald Ofteringer

Anmerkungen:

1) Al-Hayat, 13.5.1993 2) Die Sprecherin des US-Außenministeriums, Margaret Tutwiler, hat unmittelbar vor der ersten Verhandlungsrunde der Flüchtlingskonferenz im Mai 1992 öffentlich die amerikanische Anerkennung der UN-Resolution 194 bekräftigt, die das Rückkehrrecht für die Palästinenser fordert. Sie hat es jedoch entschieden abgelehnt, die Resolution für diesen Teil der Verhandlungen verbindlich zu machen. Ihre Stellungnahmen sind wiedergegeben in: Al-Dirasat a-falastiniya, Nr. 11, Sommer 1992, S. 218-221. 3) Im Libanon werden die wichtigsten Staatsämter und die Sitze im Parlament entsprechend des Verhältnisses der verschiedenen konfessionellen Gruppen besetzt. Der Staatspräsident ist immer ein christlicher Maronit, der Ministerpräsident ein Sunnit und der Parlamentspräsident ein Schiit. Im Parlament ist das Verhältnis zwischen Christen und Moslemen, das bis 1990 6:5 war, auf 1:1 geändert worden. 4) Taz 6.7.1991 5) Al Quds, 15.9.1992 6) Report of the Commissioner-General of the UNRWA, 1. July 1991- 30 June 1992, New York 1992, S. 6 7) US Committee of Refugees Dec. 31, 1991, zitiert nach Middle East Report 181, March-April 1993, S. 9 8) Al-Hayat, 12.4.1993 9) Al-Hayat, 17.9.1992 10) Palestinians in Lebanon: Uncertain Future, unveröffentlichter Bericht, S. 3 11) LIPS No. 33, Nov. 1992, S. 3 12) Uncertain Future, a.a.O, S.5 13) LIPS, October 1992, S. 8 14) LIPS No. 34, April 1993, S. 8 15) Uncertain Future, a.a.O., S. 12 16) Salim Nasr, Lebanons War: Is the End in Sight? in Middle East Report, Jan-Feb. 1990, S. 5 17) Uncertain Future, a.a.O., S. 8 18) Der Anteil der hardship cases lag 1992 im Libanon bei 11.7 % der Flüchtlingspopulation, in Syrien bei 6,1 %, in Jordanien bei 2,8 % und im Ghaza-Streifen bei 9,9 %. Report of the Commissioner-General of the UNRWA, a.a.O., S. 56 19) LIPS No.34, April 1992, S. 8 20) Presseerklärung der palästinensischen Delegation in Ottawa, Palästina Bulletin 11/92, 29.5.92, S. 3. 21) Uncertain Future, a.a.O., S. 7 22) Israels "rules of the game" in Lebanon, Middle East International, 18. Dez. 1992, S. 17 23) Middle East Watch, Human Rights Conditions in the Middle East in 1992, New York 1993, S. 59 24) Al-Hayat, 17.9.1992 25) Lebanon Information Procesing service, April 1992, S. 4 26) Middle East Watch, a.a.O., S. 58

Neuer Nord-Süd-Streit

Konflikte auf der Weltmenschenrechtskonferenz in Wien

Als im Dezember 1990 die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Durchführung einer Weltkonferenz für Menschenrechte beschloß, wurde gleichzeitig festgelegt, daß die Konferenz dazu dienen solle, die bisherige Arbeit der Vereinten Nationen im Bereich der Förderung und des Schutzes der Menschenrechte zu evaluieren und Empfehlungen für eine Effektivierung dieser Arbeit abzugeben. Doch schon bei der Festlegung der Tagesordnung kam es auf den ersten drei Vorbereitungskonferenzen zu großen Konflikten.
Verbissen stritten auf der vierten Vorbereitungskonferenz die Delegationen aus Nord und Süd um jedes Wort. Verschiedene Länder, vor allem aus Asien, wollen den Auftrag an die Konferenz so verstanden wissen, daß sämtliche Instrumente des Menschenrechtsschutzes einer grundlegenden Prüfung unterzogen werden. Damit könnte, so die Befürchtung von Beobachtern aus der Nichtregierungsszene, natürlich auch eine Schwächung des Instruments des Menschenrechtsschutzes eingeleitet werden. Angst geht deshalb bei vielen Menschenrechtsaktivisten um, daß statt einer vehementen Stärkung des Menschenrechtssystems ein verbissener Kampf um Bestandswahrung des bislang Erreichten die Tagesordnung in Wien vom 14. bis 25. Juni bestimmen wird.

Viele Regierungen vor allem aus asiatischen Ländern sprechen offen vom neuen 'Werteimperialismus' des Westens und betonen, daß die für sie relevanten 'kulturellen Konzepte' im derzeitigen Menschenrechtssystem nicht wiederzufinden seien. Schaut man den Bericht der Vorbereitungskonferenz der asiatischen Staaten im Vorfeld von Wien durch, kann man drei Argumentationslinien finden, die die Hauptbedenken der asiatischen Regierungen prägen.

An erster Stelle steht die Bekräftigung der nationalen Souveränität gegenüber Menschenrechtsinterventionen. Gerade die Stärkung des bisherigen Instrumentariums, z.B. in finanzieller oder organisatorischer Hinsicht, könnte in Zukunft zu einer schärferen Verurteilung von menschenrechtsverletzenden Staaten durch die Vereinten Nationen führen. Um dieser Entwicklung vorzubeugen, betonen eine Vielzahl der Paragraphen des Textes die Souveränität und das Prinzip der Nichteinmischung. Paragraph 3 hebt hervor, daß gegenseitiger Respekt, eine positive, ausbalancierte und nicht-konfrontative Art die Reform der Vereinten Nationen prägen sollten. Äußere Einmischung wird im Text von Bangkok abgelehnt (§4) und die Souveränität der Staaten (§5) unter Verweis auf die Nichteinmischung in innerterritoriale Angelegenheiten bekräftigt. Menschenrechte sollen nicht als politisches Druckmittel gebraucht werden und jedes Land (§6) soll das Recht haben, sein eigenes politisches System und dessen Kontrolle selbst zu bestimmen.

Obwohl der Bericht von Bangkok prinzipiell die Universalität von Menschenrechten betont, gibt es dort Passagen, in denen die Universalität durch Verweise auf kulturelle Unterschiede zur Disposition gestellt wird. Paragraph 8 des Bangkok-Textes fordert im Hinblick auf die zukünftige Normsetzung bei den Menschenrechten die Berücksichtigung historischer, kultureller, religiöser und regionaler Traditionen und Eigenarten.

Als dritte Argumentationslinie enthält das Bangkoker Abschlußdokument den deutlichen Verweis auf die Mitverantwortung der reichen Länder des Nordens für die Verletzung von Menschenrechten im Süden. So fordert der Text in §17 die dringende Umsetzung des Rechtes auf Entwicklung sowie seine Überwachung und die Schaffung internationaler Bedingungen für seine Durchsetzung. Als Haupthindernisse für die Realisierung dieses Rechtes werden die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen benannt (§18), die hauptsächlich für die sich vergrößernden Lücke zwischen Nord und Süd, zwischen den Reichen und den Armen verantwortlich zu machen seien.

Die Diskussionen auf den Vorbereitungskonferenzen haben sich entlang dieser Konfliktlinien zugespitzt. Auf den ersten Blick scheint die Situation einfach. Unter dem Vorwand kultureller Relativierung und dem Verweis auf wirtschaftliche Entwicklungsschwierigkeiten wollen verschiedene Länder - gerade die Staaten, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen begangen werden - von der tatsächlichen Situation in ihren Ländern ablenken. Eine solch vereinfachende Gegenüberstellung von 'Verletzern' und 'Gerechten', von asiatischer versus europäischer Kultur, erschwert den Versuch, einen neuen internationalen Konsens zur Stärkung der Menschenrechte und zum Schutz der Opfer von Menschenrechtsverletzungen herzustellen.

Zwischen den Versuchen von Menschenrechtsverletzern und Despoten von ihrem aktuellen Handeln abzulenken und berechtigter Kritik am westlichen Werteimperialismus muß unbedingt unterschieden werden. Diese Kritik ist geprägt durch langjährige Erfahrungen mit internationaler Menschenrechtspolitik und beschreibt tatsächliche Defizite. Leider vermehren sich in vielen Argumentationsmustern die genannten Konfliktlinien. Erst eine Aufarbeitung der ernstzunehmenden Kritik kann Perspektiven aufzeigen.

1. Kulturelle Vielfalt versus Universalismus?

Auf Regierungsebene wird das Argument der kulturellen Relativität von Menschenrechten vor allem von fundamentalistischen islamischen Staaten gebraucht, die z.B. die Einführung der Sharia rechtfertigen oder die Benachteiligung von Frauen in ihren Gesellschaften nicht aufheben wollen. In solchen Fällen ist es wichtig, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu befragen. Gera-

de für Menschenrechtsaktivisten und -aktivistinnen aus Ländern wie Pakistan, dem Sudan und dem Iran, z.B in Frauenorganisationen, sind die Menschenrechte ein ganz wichtiges Instrument in der alltäglichen Arbeit. Sie fordern die internationale Aufmerksamkeit, für Verletzungen, denen Einzelpersonen oder ganze Bevölkerungsgruppen in ihren Staaten tagtäglich ausgesetzt sind.

Soll das kulturelle Argument dafür genutzt werden, massive Menschenrechtsverletzungen durch Theokraten oder Diktatoren zu rechtfertigen, ist energischer Widerstand von Menschenrechtsaktivisten im Norden und im Süden notwendig. Es sind gerade asiatische Menschenrechtsaktivisten, die ihren Regierungen an dieser Stelle kein Pardon geben wollen. Geht es um massive Menschenrechtsverletzungen, ob in Tibet oder Ost-Timor, ist dies keine Frage kultureller Differenzen, sondern dann verläuft die Konfliktlinie in den Staaten selbst, zwischen den Regierungen und den Opfern von Menschenrechtsverletzungen.

Auch aus der Ecke südlicher wie nördlicher Nichtregierungsorganisationen kommt eine berechtigte Kritik an der Auslegung mancher Formulierung der Menschenrechte. Ein Dialog zwischen den Kulturen kann sicherlich helfen, Besonderheiten, wie z.B. kollektive Landrechte, bei indigenen Völkern zu berücksichtigen und Formulierungen der nach 1945 gesetzten Menschenrechtsverträge zu ergänzen und zu erweitern. Bei einem solchen interkulturellen Dialog würde schnell deutlich werden, daß die Substanz der Menschenrechte verteidigenswert ist.

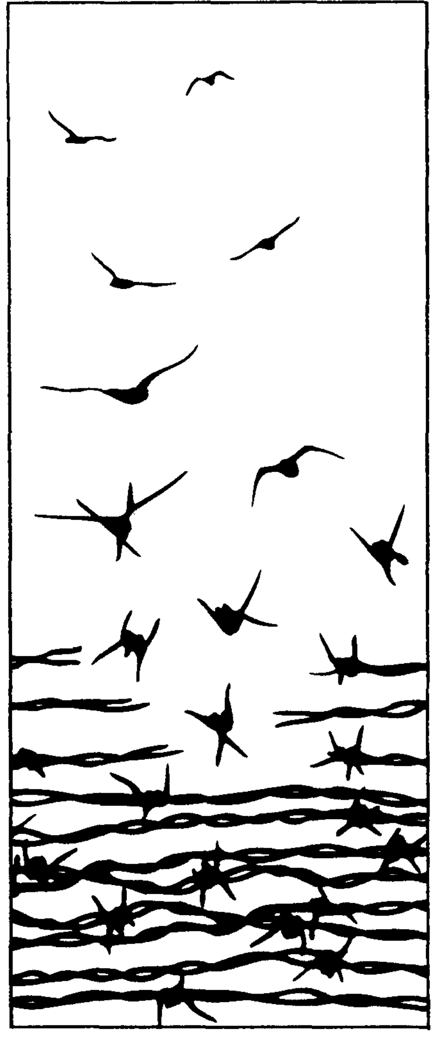
Der Grundgedanke der Menschenrechte entstammt der Unrechtserfahrung von Menschen. Befragt man die Opfer von Folter, ungerechtfertigter Vertreibung etc., muß man nicht lange über die Universalität der Menschenrechte streiten. In allen Kulturkreisen, in allen Religionsgemeinschaften gibt es ethische Grundlagen, die, den Menschenrechten vergleichbar, Verpflichtungen für den Umgang der Menschen miteinander enthalten. Gerade im kulturellen Bereich, z.B in Märchen und Traditionen kann man dafür genügend Beispiele finden.

2. Stärkung der Menschenrechtsinstrumente versus Souveränität:

Parallel zur Diskussion um die kulturelle Vielfalt gibt es auch bei der Diskussion um die Nicht-Einmischung und Anerkennung der Souveränität verschiedene Interessengruppen, deren Argumentationen sich oft überschneiden, die aber nicht vermischt werden sollten.

Die Aufgabe der Menschenrechtskonferenz, die Effektivität des UN-Menschenrechtsschutzes zu erhöhen, weckt natürlich Ängste bei den Staaten, die systematisch Menschenrechte verletzen. Für diese Regierungen ist die Betonung der Souveränität, der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten eher der Versuch, sich vor internationaler Aufmerksamkeit und Verfolgung aufgrund von Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Die Angst der Staaten vor einer Anklage und der Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen ist ein Motiv für das Aufleben des Souveränitätsgedankens.

Doch spielt der Souveränitätsgedanke auch bei lateinamerikanischen Nichtregierungsorganisationen ein große Rolle. Tief sitzt die Sorge, daß der IWF und die Weltbank letztendlich die Kriterien für das nationale Entwicklungsmodell festlegen, während Menschenrechte immer nur im Hinblick auf die bürgerlichen und politischen Freiheitsrechte eingefordert werden. Hier erweist es sich als folgenschwerer Mangel, daß die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte (die Menschenrechte der zweiten und dritten Generation), besonders im westlichen Menschenrechtsverständnis so lange eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Sie wurden immer als anzustrebende Politikziele angesehen, die mit wachsendem Wohlstand erreicht werden könnten.



Entsprechend unterentwickelt ist das Instrumentarium zur Durchsetzung dieser Rechte, zu denen die Rechte auf angemessene Nahrung, auf Behausung, auf Arbeit, Gesundheit, Bildung etc. gehören. Erst 1987 hat der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der Vereinten Nationen ein Komitee zur Überwachung dieser Rechte eingesetzt, bei dem die Mitgliedsstaaten des 'Paktes über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte' verpflichtet werden, alle fünf Jahre einen Bericht über die Einhaltung dieser Rechte abzugeben. Offizielle Beschwerdeverfahren von anderen Staaten oder Einzelpersonen - bei den bürgerlich-politischen Menschenrechten möglich - exisitieren nicht. Dementsprechend schwer ist es für Organisationen, die im Bereich dieser Rechte in Lateinamerika, aber auch anderswo, arbeiten, diese Rechte durchzusetzen. Dies betrifft sowohl Rechtsverletzungen durch nationale und internationale Firmen und Institutionen als auch durch den eigenen Staat, zu ihnen kommt es z.B. bei Großprojekten, wenn Tausende von Familien die Existenzgrundlage verlieren ohne einen Pfennig Entschädigung zu erhalten.

Gerade lateinamerikanische Nichtregierungsorganisationen können deshalb - eigentlich widersinnig - in Bezug auf äußere Einmischung beides in einem Gedankengang vereinen: Einerseits bestehen sie auf internationaler Einmischung, wenn Verletzungen der bürgerlichen und politischen Menschenrechte vorliegen. So fordern sie, die für die massive Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen vor einem internationalen Gerichtshof zur Rechenschaft zu ziehen. Andererseits lehnen sie internationale Einmischung völlig ab, wenn es sich um wirtschaftliche Auflagen handelt, wie sie z.B. bei Umschuldungsverhandlungen oder Strukuranpassungsprogrammen von den internationalen Organisationen wie Weltbank und Weltwährungsfonds erhoben werden.

3. Das Recht auf Entwicklung, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen und neue Konditionalität

Deutlich ist der Text der Bangkok-Konferenz in der Ablehnung einer Menschenrechtskonditionalität für Entwicklungszusammenarbeit. Die asiatischen Staaten reagieren damit auf die Entwicklung, daß mehr und mehr Staaten des Nordens die Vergabe von Entwicklungshilfe an die Erfüllung von Kriterien knüpfen. Sie setzen dem vehement die Anerkennung auf Entwicklung für Menschen und Staaten entgegen. Sehr reserviert reagieren allerdings die Industrieländer, wenn an ihre Mitverantwortung für die soziale Lage in den Ländern des Südens appelliert wird, etwa bei Forderungen nach Schuldenstreichung oder fairen Marktbedingungen; spiegelt sich doch gerade in der Entwicklung von Konditionalitätskriterien ihre Grundüberzeugung wieder, daß die inter-



Aus der Sicht der Opfer ist es nicht akzeptabel auf staatliche Selbstbestimmung zur Rechtfertigung von Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen. **Bild: Peking 1989**

nen Bedingungen in den Entwicklungsländern entscheidend sind für den Erfolg oder Mißerfolg von Entwicklungsbemühungen.

Argumentativ wurde der Zusammenhang von verschiedenen Ländern Asiens und Lateinamerikas während des Vorbereitungsprozesses wiederholt hergestellt: Während der Norden sich gegen eine wirkliche Neuordnung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd sperrt, versucht er mittels Konditionalität Einfluß auf die Innenpolitik der Länder des Südens zu nehmen.

Das Ende des Ost-West-Konfliktes hat dieses Problem für viele Länder des Südens noch zugespitzt. Lange Zeit konnten Entwicklungsländer den Konflikt zwischen Ost und West dazu nutzen, z.T. sogar wechselnd von den verschiedenen Lagern politisch unterstützt zu werden. Gab es doch immer zwei Optionen, um finanzielle Hilfe zu erhalten. Menschenrechtsverletzungen von Diktaturen übersah der Westen dabei oft. Mit dem Wegfall der geostrategischen Notwendigkeit der Unterstützung sehen sich viele Länder, die wirtschaftlich keine große Bedeutung haben, dem Norden (und seinen Entwicklungskriterien) ausgeliefert. Überdies werden Menschenrechte gerade gegenüber den kleinen, wirtschaftlich für den Norden unbedeutenden Ländern zunehmend als Kriterium für die Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Beziehungen und für die Vergabe von Hilfsgeldern genutzt.

Doch auch südliche Nichtregierungsorganisationen sind skeptisch gegenüber der Konditionalisierung und den politischen und ökonomischen Beziehungen. Gerade afrikanische Menschenrechtsaktivisten haben zusehen müssen, wie westliche Regierungen über Jahrzehnte jene Diktatoren gefördert haben, gegen die sie gerade kämpften, bzw. daß der Menschenrechtssituation in ihren Ländern oft keine Beachtung geschenkt wurde. Immer wieder betonen Nichtregierungsorganisationen aus Afrika und Lateinamerika, daß statt offensiver Demokratieförderung heute die Menschenrechte zu schnell mit anderen Leitideen verbunden und sowohl von westlichen Staaten als auch von UN-Organisationen zu einem Entwicklungskonzept verknüpft werden, das politisch mittels Konditionalität und Strukturanpassungsprogrammen außenpolitische und ökonomische Interessen mit der Menschenrechtslage verbindet.

Für die Vergabe bundesdeutscher Entwicklungshilfe sind z.B. Demokratisierung, rechtsstaatliche Organisationsprinzipien, die Höhe der Rüstungsausgaben, aber auch eine marktwirtschaftliche Orientierung und entsprechende Institutionen gleichwertige Kriterien. Offen ist bislang die Frage, wie diese Kriterien untereinander gewichtet werden. Dem Kriterienkatalog fehlt zudem die Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte. An diesem Punkt setzt zusätzliche Kritik von Menschenrechtsaktivisten aus dem Süden an. Immer wieder haben Entwicklungsprojekte z.B zu Vertreibungen und anderen Verletzungen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte geführt. Die Vergabe der Hilfe ist selten an tatsächlichen Bedürfnissen von Armen orientiert. Nach wie vor gehen, nach Angaben von UN-Entwicklungsorganisation (UNDP), nur sieben Prozent der öffentlichen Entwicklungshilfe der OECD-Länder in sogenannte 'human priority areas'.

Glaubwürdigkeit kann ein Konzept der Konditionalität nur dann gewinnen, wenn es zum einen offen ist für verschiedene Modelle der Partizipation in einer Gesellschaft und für verschiedene ökonomische Modelle. Für die Erfüllung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte können durchaus staatliche Eingriffe: (Arbeitsbeschaffungsprogramme / Außenhandelsschutz von Kleinbauern etc.) in die Wirtschaft notwendig sein. So lange die gewählten Konditionalitätskriterien bei der Vergabe der eigenen Hilfe keine entsprechende Anwendung finden, klafft eine Glaubwürdigkeitslücke.

Völkerrechtlich weist für Nichtregierungsorganisationen das Recht auf Entwicklung zudem über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte hinaus auf die Mitverantwortung des Nordens für die Rahmenbedingungen von Entwicklung. Die Forderung nach einer neuen internationalen Wirtschafts- und Sozialordnung ist mit diesem 1986 in die Erklärung der Generalversammlung eingegangenen Text völkerrechtlich festgehalten worden.

Glaubwürdige Menschenrechtspolitik ist Voraussetzung für Weiterentwicklung der Menschenrechte

Voraussetzung für eine positive Weiterentwicklung der Menschenrechtsinstrumente erscheint vor dem geschilderten Hintergrund vor allem eine glaubwürdige und konsistente Menschenrechtspolitik. Eine Konditionalität, die sich exklusiv um politische Freiheitsrechte kümmert, stellt auch demokratietheoretisch einen Rückschritt dar. Die Unteilbarkeit der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Menschenrechte muß dringend einen Niederschlag in der Praxis finden. Wenn die Kombination aus Freiheit und Gleichheit Kernbestand jeder partizipativen Grundordnung darstellt, muß dies zur Grundlage einer glaubwürdigen Menschenrechtspolitik werden. Menschenrechte schreiben keinen Entwicklungsweg vor, sondern setzen Mindeststandards, die in ihrer konkreten Gewährleistung unterschiedliche Gestaltungsspielräume und rechtliche Umsetzungen erlauben.

Universalität und Unteilbarkeit sind keine Modebegriffe. Sie beschreiben das grundsätzliche Anliegen der Menschenrechtsidee, dem Einzelnen ein Leben in Menschenwürde zu ermöglichen. Aus der Sicht der Opfer von Menschenrechtsverletzungen ist es deshalb weder akzeptabel, auf regionale Identitäten oder staatliche Selbstbestimmung zur Rechtfertigung oder Deckung von Menschenrechtsverletzungen zu verweisen noch Menschenrechtspolitik einzuengen, indem die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte außer acht gelassen werden und internationale Verantwortung zwischen Nord und Süd nicht thematisiert wird.

Michael Windfuhr

Nur ein Alibi?

Die Menschenrechtskonditionalität des BMZ

Gero Erdmann hatte im Februar 1992 ein Memorandum zur 'Demokratisierung in Afrika und Menschenrechtskonditionalität' verfaßt. In seinem Beitrag für die 'blätter' zieht er, nach einer längeren Einführung zur Universalität von Menschenrechten, kritisch Zwischenbilanz über zwei Jahre BMZ-Konditionalität.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß Menschenrechte unteilbar und interdependent sind und universelle Gültigkeit beanspruchen können. Daß menschliche Grundrechte, zuerst die politischen und bürgerlichen Menschenrechte, in ihrer kodifizierten Form in der westlichen Welt erfunden wurden, kann nicht gegen ihre universelle Gültigkeit gewendet werden. Nicht zuletzt dadurch, daß die Menschenrechte Referenzpunkte der Unabhängigkeitsbewegungen in den Kolonien gegen die imperialen Mächte waren, fanden sie Anerkennung in der Dritten Welt. Schließlich sind sie von den meisten Regierungen mit dem Beitritt zu den Vereinten Nationen und durch die Unterzeichnung der verschiedenen Menschenrechtspakte formell akzeptiert worden. Zudem ist mir kein Land bekannt, in dem die Anerkennung der Menschenrechte nicht von irgendeiner Gruppe gefordert wird. Asiatische Nichtregierungs- und Menschenrechtsorganisationen haben unlängst wieder gegenüber ihren Regierungen, die an vorderster Front die nationalstaatliche Souveränität vor der Beachtung der Menschenrechte geltend machen, auf den Vorrang der Menschenrechte gegenüber dem Souveränitätsprinzip bestanden (Bangkok NGO Declaration on Human Rights, 27 March 1993).

Alle kulturell begründeten Vorbehalte gegen die Universalität der Menschenrechte werden entweder von besonders interessierter Seite formuliert, zumeist von denjenigen, die Menschenrechte verletzen, von autoritären Regierungen, oder sie erscheinen als akademische, aufgeplusterte Spielereien, denen aus der Perspektive der Opfer auch eine kräftige Portion Zynismus anhängt. Tatsächlich ist kaum eine Kultur zu benennen, die etwa nicht ein Recht auf Leben akzeptiert, Folter rechtfertigt oder eine faire Behandlung von Delinquenten ausschließt.

Zumindest gibt es heute dort, wo solche Rechte mit Einschränkungen versehen sind, auch immer kräftige Gegenbewegungen, die diesen Rechten Anerkennung verschaffen wollen - etwa auch gegen die Todesstrafe in westlichen Demokratien. Zwar mag es in einzelnen Kulturen Momente oder Strömungen geben, die einzelnen Menschenrechtsprinzipien in besonderen Situationen zuwiderlaufen - doch gilt auch hier wieder die Perspektive der Opfer als ausschlaggebend. Denn letztlich ist das, was in aller Regel als allgemeine Kultur einer besonderen Gesellschaft ausgegeben wird, zumeist von denen definiert, die gerade an der Macht sind, im politischen wie im sozialen und ideologischen Sinne. Der Hinweis auf die aktuelle innerislamische Diskussion, um die Vereinbarkeit und Anpassungsmöglichkeit überlieferter islamischer Rechte und Werte (und ihre unterschiedlichen Interpretationen) mit modernen Menschenrechtsprinzipien, kann hier genügen.



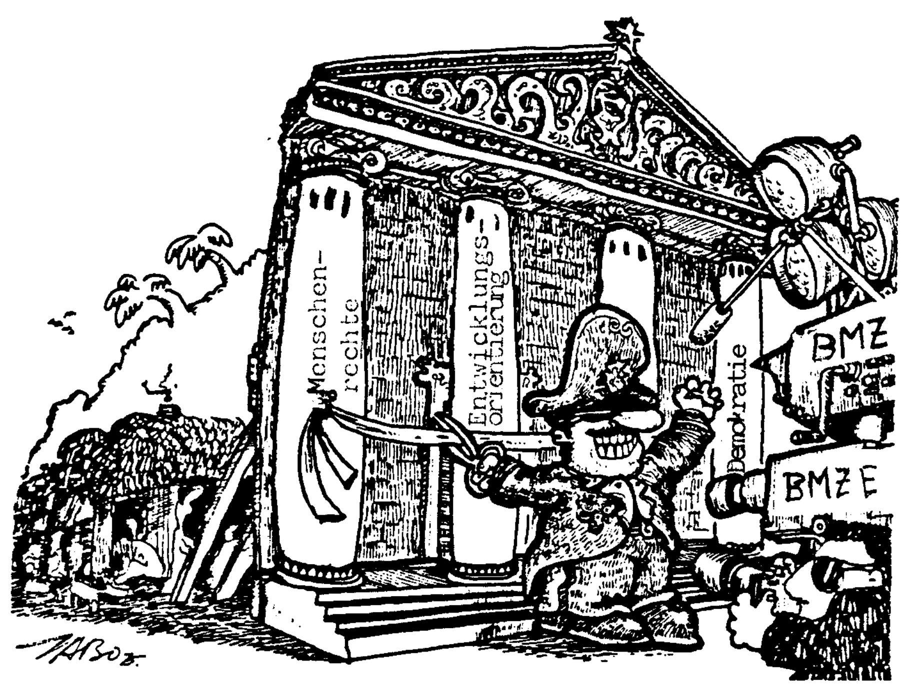
Es ist verboten, laut zu denken aus Boletín, Lima/Peru

Keine Hierarchisierung der Menschenrechte

Die Frage der Hierarchisierung der Menschenrechte in der Rangfolge der ersten, zweiten und dritten Generation - hier auf den Zusammenhang von Demokratie und Entwicklung verkürzt - ist aus einer normativen Perspektive heute weitgehend obsolet. Jede seriöse entwicklungspolitische Diskussion, soweit sie nicht von politischer Taktik bestimmt ist, akzeptiert die Gleichwertigkeit der verschiedenen Menschenrechte - das heißt: auch die Implikationen des Rechtes auf Entwicklung werden im Prinzip als politisch-praktische wie auch als ethische Norm in der entwicklungspolitischen Diskussion anerkannt oder zumindest für wünschenswert ausgewiesen, auch wenn das Recht auf Entwicklung nicht überall rechtsverbindliche Anerkennung findet. Wenn auch ohne große politische oder gar rechtliche Verbindlichkeit wurde das Recht auf Entwicklung zumindest prinzipiell von allen Unterzeichnern der Abschlußerklärung der UNCED-Konferenz von Rio im vergangenen Jahr akzeptiert.

Wissenschaftlich, historisch begründete Einwürfe, daß es ohne eine materielle oder wirtschaftliche Entwicklung keine Demokratie geben könne, sind höchst zweifelhaft und in dieser schablonenhaften Form nicht mehr haltbar. Zum ständigen Hinweis auf die Erfolge weniger südostasiatischer Länder, denen wirtschaftliches Wachstum ohne Demokratie gelang, lassen sich mindestens genausoviele, tatsächlich aber wohl noch mehr Gegenbeispiele aufführen, in denen diese Gleichung keineswegs funktioniert hat. Zugleich lassen sich umgekehrt Länder nennen, in denen Demokratie oder Demokratisierung, wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung sehr wohl miteinander vereinbar sind. Tatsächlich weisen historische Langzeitstudien vielmehr darauf hin, daß für eine langfristige wirtschaftliche Entwicklung

ein langsam expandierendes demokratisch-partizipatives Milieu notwendig ist. Festzuhalten ist zumindest, daß es von wissenschaftlicher Seite keinen seriös begründeten Einwand gegen den normativ behaupteten positiven Zusammenhang von Demokratie, Partizipation und Entwicklung gibt.



aus Educación Popular, Peru — Montage: TM

Menschenrechtskonditionalität des BMZE

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZE) versucht, diesem Anspruch in seiner Entwicklungspolitik mit Hilfe der politischen Konditionalitäten, darunter der Menschenrechtskonditionalität an prominenter Stelle, gerecht zu werden. Diese waren mit großer Publikums- und Presseressonanz im Herbst 1991 verkündet worden und in der entwicklungspolitischen Öffentlichkeit, von den privaten und kirchlichen Entwicklungsorganisationen, von der Opposition im Bundestag, weitgehend positiv aufgenommen worden. Indessen mischten sich in die prinzipielle Zustimmung auch kritische Fragen und wurden vorsichtige Befürchtungen laut.

Deutlich war sogleich: Ein Erfolg dieser Politik hängt in hohem Maße von der glaubwürdigen Praxis ab, zumal die Menschenrechtspolitik der Industrieländer in der Vergangenheit von den bekannten Doppelstandards des Kalten Krieges geprägt waren. Und auch heute, anderthalb Jahre nach ihrer Verkündung, fehlt es dieser Politik wieder an Glaubwürdigkeit.

1. Wenn der positive Zusammenhang von Menschenrechten (oder Demokratie und Partizipation) und Entwicklung akzeptiert ist, dann erscheint es höchst zweifelhaft, wenn auf der einen Seite die Beachtung politischer und bürgerlicher Menschenrechte zusammen mit ein paar unscharfen Punkten bezüglich der entwicklungsorientierten Politik der Empfängerländer gefordert wird, zugleich aber im Hinblick auf die Absicherung der Menschenrechte und einer demokratischen Entwicklung eher das Gegenteil getan wird - das heißt, daß der Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt eher schrumpft als wächst und weiter hinter den lange schon anvisierten 0,7 Prozent zurückbleibt, und das Schuldenproblem genauso wie die Frage besserer Handelsbedingungen für die Dritte Welt nach wie vor ungelöst sind.

2. Politische und bürgerliche Menschenrechte sind nur ein Teilbereich im Konditionalitätenkatalog des BMZE. Daneben stehen andere Kriterien, wie die Wirtschaftsordnung (soziale Marktwirtschaft) und ein vages entwicklungsorientiertes staatliches Handeln. Letzteres kann bei einer großzügigen Interpretation mit wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten in Verbindung gebracht werden. Eine Gewichtung unter diesen Kriterien gibt es nicht. Entsprechend sieht die politische Praxis aus: Sie ist inkonsistent; es bleibt undurchsichtig, wie, warum und in welchem Maße sanktioniert wird.

Je nach Bedarf wurden einmal die Menschenrechte zur Begründung von Sanktionen bemüht, so bei einigen Ländern Afrikas, aber auch im Falle Chinas, wobei daneben auch überhöhte Rüstung und zuwenig Marktwirtschaft bemängelt wurde; ein andermal, wie im Falle Indiens, war es wieder die Wirtschaftsordnung, zuviel Staatswirtschaft, oder das fehlende entwicklungsorientierte Handeln bei zu hohen Rüstungsausgaben. Bisweilen sollen auch, trotz begründeten Anlasses, die Kriterien erst gar nicht bemüht worden sein. Indonesien wird hier genannt, das seit Jahren wegen weitreichender Menschenrechtsverletzungen international angeprangert wird. Ausschlaggebend sind dabei offenkundig weniger entwicklungspolitische Motive, sondern ganz andere wirtschaftliche und politische Interessen.

3. Eine weitere grundlegende Inkonsistenz der Menschenrechtskonditionalität besteht darin, daß sie allein auf die Entwicklungspolitik beschränkt ist. Andere außenpolitische Bereiche, wie etwa Rüstungsexporte und die allgemeinere außenwirtschaftliche Zusammenarbeit werden von ihr nicht tangiert. Offenkundig ist vielmehr, daß wirtschaftliche und politisch-strategische Erwägungen Vorrang vor der Menschenrechtskonditionalität des BMZE haben, und damit eine Politik verfolgt wird, die das menschenrechtliche und entwicklungspolitische Anliegen korrumpiert oder ihm direkt entgegengesetzt ist - mit der Folge, daß das BMZE mit seiner Konditionalität blamiert wird.

Die Inkonsistenz und fehlende Glaubwürdigkeit der Menschenrechtskonditionalität zeigt sich mit aller Konsequenz darin, daß sie gegen kleine, wirtschaftlich und politisch marginale Länder etwa in Afrika angewendet wird, gegenüber den wirtschaftlich attraktiven Staaten Asiens indessen nicht oder nur sehr eingeschränkt - bei gleichzeitig intensivierter allgemeiner wirtschaftlicher und rüstungspolitischer Zusammenarbeit. So wurden, trotz offenkundig anhaltender Menschenrechtsverletzungen in China und trotz der BMZE-Konditionalität, die Beziehungen zu China vom Auswärtigen Amt wieder "normalisiert" und durch den Wirtschaftsminister eine weitreichende wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbart. Eine ähnliche Behandlung widerfuhr Indonesien, das trotz bekannter Menschenrechtsverletzungen von der Bundesregierung großzügig mit Kriegsschiffen aufgerüstet wird, als ob die Marine in dem Vielinselstaat innenpolitisch bedeutungslos sei - ganz abgesehen vom grundsätzlichen Problem der Rüstungsexporte. Die Märkte locken.

Wie in einigen kritischen Würdigungen befürchtet, ist von der großen Ankündigung der Menschenrechtskonditionalität für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Praxis nicht viel geblieben. Sie erscheint inzwischen als ein theoretisch und öffentlichkeitswirksam hochgespieltes Instrument, das nicht viel mehr als den Charakter eines menschenrechtlichen Alibis hat. Ein höheres Maß an Glaubwürdigkeit, womit die Politik einst verbunden wurde, oder gar ein höhere Maß an Wirksamkeit der Entwicklungshilfe für die Betroffenen wird dadurch kaum erzielt.

Gero Erdmann

Anmerkung:
1) Überarbeitete Version eines Thesenvortrages anläßlich des NRO-Hearing Menschenrechte in der deutschen Innen- und Außenpolitik, Bonn, 11. Mai 1993

Premadasas Illusionsarchitektur

Sri Lankas Regime im Spagat zwischen Einschüchterung der Opposition und Menschenrechtsbeflissenheit

Bei dem nachfolgenden Beitrag handelt es sich um die gekürzte Fassung eines Vortrags, den Jakob Rösel am 12.Mai 1993 in Bonn beim Hearing 'Menschenrechte in der deutschen Innen- und Außenpolitik' hielt. Der Autor beschäftigt seit Jahren mit dem ethnischen Konflikt auf Sri Lanka. Er analysiert in diesem Beitrag, wie sich Veränderungen der Konfliktkonstellation (einerseits die nachlassende internationale Unterstützung für die tamilischen Befreiungstiger und andererseits die verstärkte externe Kritik an der Menschenrechtspolitik des Premadasa- Regimes) auf die Menschenrechtslage auf Sri Lanka auswirkten.

Der seit 1987 beobachtbare Rückgang sowohl einer Unterstützung des tamilischen Separatismus als auch einer Solidarität mit den Sri Lanka Tamilen seitens der Weltöffentlichkeit, der indischen Zentralregierung und der südindischen Tamilen steigerte die Gewaltbereitschaft der tamilischen Befreiungstiger (LTTE) und legt ihnen schließlich eine neue Kalkulation nahe.

Mitte des Jahres 1990 bricht die LTTE den ein Jahr zuvor zum Zwecke des indischen Truppenabzugs geschlossenen Waffenstillstand. Der sogenannte 'zweite Eelam-Krieg' beginnt. Dieser erneute Krieg wird von Anfang an mit einer bislang unerreichten Mitleidlosigkeit geführt. Die LTTE, die während ihrer zweieinhalbjährigen Bekämpfung der indischen Truppen ihre Krieger aus immer jüngeren Altersgruppen rekrutiert und dazu übergegangen ist, in immer stärkerem Maße die Zivilbevölkerung als menschliches Schutzschild, als Zwangsarbeiter und als Geiseln in die Auseinandersetzungen mit hineinzuziehen, greift nun in immer stärkerem Maße zum Mittel des Abschreckungs- und Vergeltungsmassakers.

Diese Massaker richten sich in der umkämpften Ostprovinz nicht nur gegen singhalesische Neusiedler, sondern in immer größerer Brutalität gegen die Ostküsten-Muslime, die seit 1987 eine eigene politische Vertretung gefunden haben und sich seitdem einer Zwangsinkorporation in einen von LTTE und Tamilen dominierten Separatstaat widersetzen. Diese Massaker werden vervollständigt durch eine 1992 verfügte Vertreibung der in der Nordprovinz, vor allem in Jaffna und bei Mannar lebenden Muslime.



Trauer: brutal beendeter Jugendrevolte

Da der LTTE eine moralische Unterstützung entzogen wird, erscheint es ihr inopportun, ihre Kriegsführung unter moralische Begrenzungen zu rücken; da sie, nach der Ermordung Rajiv Gandhis im Frühjahr 1991, nach der Unterstützung der indischen Zentralregierung nun auch diejenige der südindischen Bevölkerung und ihrer Parteien verloren hat, sieht sie sich auf Dauer um eine für sie lebensnotwendige Rückzugs- und Operationszone in Südindien gebracht. Auf sich allein gestellt muß sie damit rechnen, daß die Zeit nun gegen sie arbeitet. Diese isolierte Stellung legt ihr nahe, den Kampf um Eelam zu einem Überlebenskampf der Tamilen zu steigern und die Bevölkerung zu terrorisieren.

Diese Zeitperspektive legt ihr nahe, die Führungsspitze der singhalesischen Streitkräfte auszuschalten. Mit Hilfe spektakulärer Attentate ermordet sie den singhalesischen Verteidigungsminister und zerstört das militärische Hauptquartier in Colombo - 1991 -, sie tötet das singhalesische Oberkommando und den Admiral der singhalesischen Marine - 1992. Diese Interessenlage und die Form der Attentate machen es auch wahrscheinlich, daß die LTTE - trotz ihrer Dementis - vor zehn Tagen den Staatspräsidenten ermordet hat.

Externer Druck auf das Premadasa-Regime

Aber nicht nur die LTTE, sondern auch die singhalesische Armee, die paramilitärischen Kommandos und die Todesschwadrone treten mit einer neuen Gewaltbereitschaft und moralischen Schrankenlosigkeit in den erneuerten ethnischen Bürgerkrieg ein. Die während der Niederwerfung des singhalesischen Jugendaufstandes[1] erworbene Bereitschaft und Kompetenz für einen offenen oder anonymen Gegenterror kommt nun in der Ostprovinz bei der Vertreibung, Inhaftierung, Verschleppung und Folterung der tamilischen Zivilbevölkerung in vollem Umfang zur Geltung.

Dem Premadasa-Regime erwächst aber nicht nur durch den von unkontrollierbarem Terror und Gegenterror geprägten erneuten Bürgerkrieg eine Gefährdung für seinen Versuch einer vordergründigen politischen Normalisierung und nachhaltigen wirtschaftlichen Expansion. Die blutige Niederwerfung des singhalesischen Jugendaufstandes konfrontiert das Regime seit Ende 1990 mit einer wachsenden Kritik an seinen Menschenrechtsverletzungen.

Diese Kritik wiegt um so schwerer, als sie nicht nur von internationalen Menschen-



LTTE - Wegbereiter für eine bessere Zukunft?

rechtsorganisationen vorgebracht wird, sondern von wichtigen Geberinstitutionen und Gebernationen mitgetragen wird, von deren wirtschaftlicher Unterstützung das Regime seit 1977, im Maßstabe seines ökonomischen, aber nicht politischen Liberalisierungsprozeßes sehr stark abhängig geworden ist.

Zu der fortwährenden Erinnerung an den umfassenden Gegenterror und an ein erschreckendes Niveau der Menschenrechtsverletzungen bei der Niederwerfung des singhalesischen Jugendaufstandes und zu der Erneuerung eines solchen Gegenterrors und solcher Menschenrechtsverletzungen bei der Bekämpfung der LTTE tritt jetzt eine Kritik an diesen Ausschreitungen, die zum einen eine Aufklärung der vergangenen und eine Begrenzung der laufenden Menschenrechtsverletzungen verlangt.

Diese Forderung nach Aufklärung und Begrenzung kann das Regime nicht ignorieren, da diese Forderung auch mit der Androhung einer Kürzung jener Entwicklungskredite verbunden wird, mit deren Hilfe sich das Regime eine gewisse Basislegitimität und Premadasa selbst Popularität verschaffen möchte.

Solange aber das Regime glaubt, die Opposition und vor allem die regimekritischen Jugendlichen nur mit Hilfe der Erinnerung an den anonymen Gegenterror der Todesschwadrone niederhalten zu können, kann es aber weder einer umfassenden Aufklärung noch einer weitgehenden Amnestierung und noch weniger einer Anklageerhebung gegen die eigenen Sicherheitskräfte oder Vigilantengruppen zustimmen. Solange zugleich das Regime glaubt, nur mit dem erneuten Einsatz dieses Gegenterrors, also durch Vergeltungs- und Abschreckungsmassaker, Deportationen und 'Verschwindenlassen' den LTTE-Terroristen standhalten zu können, kann das Regime eine Rücknahme dieser Methoden und einer Überprüfung seiner Gefängnisse, Verhörzentren und Armeelager nur bedingt zustimmen. Seit 1991 befindet sich damit das gerade reetablierte autoritäre Regime in der schwierigen Lage, nach innen die Substanz der Abschreckung, also des Gegenterrors als Erinnerung und als Strategie bewahren zu müssen, und zugleich nach außen sich davon distanzieren zu wollen.

Zugeständnisse an Gebernationen ...

Daß das Regime seit 1991 vordergründig etwas bejahen muß, was seiner Meinung nach weder innenpolitisch opportun noch militärisch sinnvoll ist, ist aber lediglich die eine Grundlage einer seitdem einsetzenden Illusionsarchitektur der Menschenrechtsbeflissenheit. Diese Illusionsarchitektur ruht auf Seiten der Geberinstitutionen und Gebernationen auch auf einer weitgespannten Gutgläubigkeit, einer Gutgläubigkeit wider besseres Wissen, die auf der Einsicht ruht, daß das Premadasa-Regime zum gegenwärtigen Zeitpunkt einziger Garant für eine verbesserte Wirtschaftsentwicklung und für innenpolitische Stabilität ist.

Die vordergründige Bereitschaft des Regimes, die Menschenrechtssituation auf der Insel zu verbessern, nimmt dabei die folgende Form an: Nach einer fast zehnjährigen Weigerung läßt die Regierung jetzt verstärkt Besuche ausländischer Menschenrechtsorganisationen auf der Insel zu, sie übernimmt formal eine Mehrheit der von diesen Delegationen ausgesprochenen Empfehlungen und errichtet auf dieser Grundlage seit 1991 eine beeindruckende Reihe von Kommissionen und Institutionen, die der Aufklärung und Begrenzung vielfältiger Menchenrechtsverletzungen nachgehen sollen.

Eine genauere Betrachtung dieser Kommissionen und Institutionen weckt allerdings Zweifel an dem Willen oder der Fähigkeit des Regimes, vergangene Menschenrechtsverletzungen aufzuklären und neue zu verhindern. Soll den Opfern von Menschenrechtsverletzungen, ihren Angehörigen oder ihren Anwälten die Möglichkeit gegeben werden, Recht zu erfahren, so müssen sie über die im Lande bestehenden Sonderregelungen überhaupt informiert sein, Zugang zu diesen neuen Kommissionen und Institutionen finden und von Repressalien befreit sein.

Obwohl vor zwei Jahren dazu aufgefordert, hat aber die Regierung bislang noch keine Liste der zahlreichen Sonderregelungen der Bevölkerung zugänglich gemacht, die neuen Kommissionen und Institutionen tagen in ihrer überwältigenden Mehrzahl in Colombo, sie sind also für die Bewohner der Ost- und Nordprovinz kaum zugänglich und die Opfer von Menschenrechtsverletzungen und deren Anwälte bleiben nach wie vor Repressalien der lokalen Polizei oder Vigilantengruppen ausgesetzt.

... nur auf dem Papier?

Neben dem erschwerten Zugang zu diesen Kommissionen und deren Beschaffenheit und Vorgehensweisen, welche deren Funktionen weitgehend beeinträchtigen: Mehrere der von der Regierung geschaffenen Kommissionen und Institutionen scheinen nur auf dem Papier, hauptsächlich in den jährlichen Verlautbarungen des Sri Lanka Vertreters bei der Genfer Menschenrechtskommission zu bestehen. Angeführt seien hier stellvertretend ORPTLEA, Civilian Information Centre, Mobile Legal Officers. Weitere Kommissionen, so die 'Presidential Commission of Inquiry Into the Involuntary Removal of Persons', kann Fällen der Entführung von Personen nur nach dem Januar 1991 nachgehen, sie bleibt also auf einen Zeitraum beschränkt, aus dem die massenhaften Entführungen und Morde während der Niederschlagung des Jugendaufstandes herausfallen. Hinzu tritt, daß die Vorgehensweise dieser Kommission - wie der meisten anderen - stark bürokratisiert ist und sie auf einem Formalismus besteht, dem in der gegenwärtigen Bürgerkriegssituation kein Betroffener entsprechen kann. Es nimmt deshalb nicht wunder, daß die Kommission von 3.000 Klagen weniger als 500 als in ihre Kompetenz fallend akzeptiert hat, nach zwei Jahren sieben jeweils 500 Seiten dicke Berichte veröffentlicht und sieben Fälle vorläufig untersucht hat.

Der relativ größte Erfolg war bislang noch der 'Human Rights Task Force' (HRTF) beschieden, die unter anderem zur Aufgabe hat, die zahlreichen Armeelager und Gefängnisse nach illegal Verhafteten und





Auch die singhalesische Armee tritt mit einer neuen Gewaltbereitschaft in den ethnischen Bürgerkrieg ein - Autoaufkleber der Regierung

Entführten zu durchsuchen. Nach ihrem ersten Jahresbericht hat die HRTF bis August 1992 rund 7.000 Menschen in 166 Inhaftierungslagern besucht und ein Register der unter den verschiedenen Sondergesetzen Inhaftierten angelegt. Maßgeblich unter dem Einfluß der HRTF soll die Zahl der unter den Sondergesetzen Inhaftierten von Anfang 1992 5.500 auf September 1992 3.500 bis 5.000 zurückgegangen sein. Die wesentlichste und von internationalen Menschenrechtsorganisationen noch am besten überprüfbare neue Kontrollinstitution hat damit zu einem Rückgang, keineswegs aber zu einer einschneidenden Verringerung der Zahl der unter Sondergesetzen Inhaftierten geführt.

Auf die übrigen Menschenrechtskommissionen des Regimes soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden, weil sie sich entweder mit wenig drängenden Problemen befassen, unverbindliche oder schwer zugängliche Schiedsinstitutionen bilden, bislang wirkungslose Berichte verabschiedet haben oder sich noch im Planungsstadium befinden.

Die Bundesregierung kürzt Entwicklungshilfe

Das Auswärtige Amt hat seit 1990 in Absprache mit den anderen EG-Botschaften in Colombo und in Bonn wiederholt gegen die gravierenden Menschenrechtsverletzungen auf der Insel protestiert. Dieser Protest muß allerdings seine nachhaltige Wirkung verfehlen, solange der entscheidende Kreditgeber Sri Lankas, Japan, sich solchen Protesten nicht anschließt und solange die zweit- und drittstärksten Kreditgeber Sri Lankas, die USA und die Weltbank, ihren Protest nicht mit der Drohung von Mittelkürzungen verbinden. Zudem bleibt unklar, inwieweit sich die wiederholten Proteste des Auswärtigen Amtes jeweils mit einer detaillierten Kritik an der Effektivität der vom Premadasa-Regime eingesetzten Menschenrechtskommissionen verbunden haben. Eine solche Kritik setzt einen laufend verbesserten Kenntnisstand voraus, der nur in enger Zusammenarbeit mit internationalen Menschenrechtsorganisationen wie beispielsweise amnesty international oder Human Rights Watch gewährleistet ist. Unterbleibt diese Kritik an den jeweils letzten Menschenrechtsinitiativen des Regimes, so verkümmern die Protestdemarchen des Auswärtigen Amtes rasch zu einem Ritual, bei dem auf den erneuerten diplomatischen Protest der vorhersehbare Hinweis des Regimes folgt, es habe bereits wiederum eine neuerliche Überprüfung seiner Sondergesetze, Verhörzentren und Sicherheitskräfte angeordnet.

Die jährlichen Berichte des Vertreters Sri Lankas bei der Genfer UN-Menschenrechtskommission bieten ein gutes Beispiel für diese mit Absichtserklärungen und bürokratischen und juristischen Sachgesetzlichkeiten operierende Hinhaltetaktik. Die Proteste des Auswärtigen Amtes werden allerdings - im Gegensatz zu denjenigen der Mehrheit der westlichen Geber - durch Kürzungen der Entwicklungshilfe unterstützt. Das BMZ hat seit 1990, also bereits vor der Veröffentlichung der neuen Richtlinien, der 'Konditionierung' der Entwicklungshilfe, die Zusagen zur finanziellen und technischen Zusammenarbeit mit Sri Lanka stark eingeschränkt. Unter Hinweis auf die gravierenden Menschenrechtsverletzungen sind die Entwicklungshilfezusagen von durchschnittlich rund siebzig Millionen DM pro Jahr (vor 1990) seitdem auf durchschnittlich dreißig Millionen DM gekürzt worden. Diese Mittel werden zudem in immer stärkerem Umfang für Flüchtlingshilfen verwendet und an Nichtregierungsorganisationen übertragen.

Wie bei der Mehrzahl der bisher angesprochenen Aspekte der Tragödie auf der Insel zeigt sich also auch im Bereich der außenpolitischen und der entwicklungspolitischen Beziehungen der ethnische Bürgerkrieg als die entscheidende Determinante. Solange keine der beiden Parteien an einer Friedenslösung wirklich interessiert ist, kann das Regime eine ausländische Kritik an seinen Menschrechtsverletzungen stets relativieren und bleibt für eine wirkungsvolle entwicklungspolitische Zusammenarbeit wenig Raum.

Jakob Rösel

Anmerkung:

1) Der indische Friedensplan und die indische Truppenstationierung lösten 1987 eine innersinghalesische Jugendrevolte aus, die mit brutalster Gewalt niedergeworfen wurde.

Entwicklungsgelder werden verstärkt für Flüchtlingshilfen verwandt - Tamilisches Flüchtlingslager im Süden



Welche Menschenrechtsverletzungen passen zu einer Demokratie?

Politisch motivierte Morde in Lateinamerika

In den vergangenen Jahren läßt sich in Lateinamerika bei Menschenrechtsverletzungen eine deutliche Verfeinerung der Methoden feststellen. Zum Teil mag dieser Trend auf das gewachsene Menschenrechtsbewußtsein der Weltöffentlichkeit und auf die Existenz immer professioneller arbeitender lokaler Menschenrechtsgruppen zurückgehen. Wesentlich ausschlaggebender dürfte allerdings die formale Demokratisierung in den lateinamerikanischen Staaten sein. Politische Systeme, die nach außen hin als Demokratie erscheinen wollen, dürfen Repression und Menschenrechtsverletzungen nicht allzu sichtbar gestalten. Für die lokale Bevölkerung, um deren Einschüchterung es nach wie vor geht, soll die staatliche Mitwirkung an Verbrechen jedoch erkennbar bleiben. Viele Regime greifen daher auf eine Tätergemeinschaft von Sicherheitskräften, privaten paramilitärischen Gruppen und bezahlten Killern zurück. Um sich nicht mit dem Problem politischer Gefangener zu belasten, zieht man es vor, politisch mißliebige Personen einfach verschwinden zu lassen.

Während in den 70er Jahren in Ländern wie Peru, Argentinien, Chile, Bolivien und Brasilien noch Diktaturen herrschten, haben in den neunziger Jahren sämtliche politischen Systeme in Lateinamerika - außer denen Haitis und Perus - ein demokratisches outfit. In der Mehrzahl sind diese Demokratien jedoch weit von rechtsstaatlichen Verhältnissen entfernt und garantieren nicht allen Bürgern des Landes eine Beteiligung an politischen Entscheidungen.

Ein Sonderfall ist Kolumbien. Kolumbien ist in der Vergangenheit von einer offenen Diktatur verschont geblieben, dennoch kam die Form, in der sich in Kolumbien bis in die 80er Jahre die zwei traditionellen Parteien alternierend die Macht teilten und der Präsident aufgrund des Ausnahmezustandes in der Lage war, die Legislative auszuschalten, einer Diktatur sehr nahe.

Wegen fehlenden Datenmaterials für andere lateinamerikanische Länder soll die Veränderung der Repression an den Länderbeispielen Peru und Kolumbien genauer verdeutlicht werden.

Wie sich Ausmaß und Form der Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien und Peru in den vergangenen 20 Jahren entwickelt haben, läßt sich nicht exakt beantworten. Es gibt in beiden Ländern weder exakte Kriminalstatistiken noch Statistiken zu den Menschenrechtsverletzungen selbst. Nur 20% aller nicht politisch motivierter Straftaten werden in Kolumbien und Peru bei den zuständigen Instanzen des Kriminaljustizsystems (Polizei, Staatsanwaltschaft oder Ermittlungsrichter) angezeigt. Es ist davon auszugehen, daß politisch motivierte Taten, an denen die Staatsführung beteiligt ist, noch seltener bei den staatlich zuständigen Stellen angezeigt werden, da die Opfer Angst haben.

Auch das Datenmaterial der Menschenrechtsorganisationen dürfte nicht vollständig sein. Seit 1980 registrieren Menschenrechtsorganisationen in Kolumbien und Peru die ihnen bekannt gewordenen Menschenrechtsverletzungen. In Kolumbien haben sich als besonders zuverlässig die Datenbanken des Volksbildungswerkes der Jesuiten (CINEP), der Justitia et Pax-Kommission der kolumbianischen Ordensgemeinschaften (Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz) und des Permanenten Menschenrechtskomitees (Comité Permanente por la Defensa de los Derechos Humanos) erwiesen. In Peru werden Zahlen zu Menschenrechtsverletzungen von der Gewaltkommission des peruanischen Senats, der Bischöflichen Kommission für Soziale Aktion (Comisión Episcopal de Acción Social - CEAS) und von der Koordinierungsstelle aller peruanischen Menschenrechtsorganisationen (Coordinadora Nacional de Derechos Humanos) gesammelt und bekannt gegeben.

Eine deutliche Verschiebung im Verbrechensprofil

Ende der 70er Jahre wurden Menschenrechtsverletzungen in Peru und Kolumbien vorwiegend in der Form der illegalen Inhaftierungen und der Folter in der Haft begangen. Täter dieser Repressionsformen waren fast ausschließlich Staatsbedienstete in Uniform. Diese Feststellungen werden dadurch belegt, daß in Kolumbien die illegalen Inhaftierungen in den 70er Jahren einen Monatsdurchschnitt von 457 Taten erreichten, während 1990 der Monatsdurchschnitt bei 92,7 illegalen Inhaftierungen lag. Ähnliches läßt sich auch für die Folter feststellen. In den 70er Jahren lag der Monatsdurchschnitt bei 156 Folterungen, der entsprechende Durchschnittswert liegt heute etwa bei 27 Taten im Monat.

Zu Peru liegen vergleichbar exakte Zahlen nicht vor, aber der Trend wird von fast allen Menschenrechtsorganisationen bestätigt. Für Opfer von Menschenrechtsverletzungen ist deshalb heute die Bedrohung des Rechts auf Leben größer als die Bedrohung des Verlustes der Freiheitsrechte.

Anfang 1980 war das Verschwindenlassen nach einer Inhaftierung in Kolumbien oder Peru fast unbekannt. Heute stellen beide Länder die größte Anzahl von Verschwundenen. Auch die Zahl der Opfer politisch motivierter Morde ist zwischen 1980 und 1992 sehr stark angestiegen. Im Fall Perus springt der Zusammenhang zwischen Regierungsform und Repressionsform besonders ins Auge.

In den vergangenen 15 Jahren haben sich dort die Formen der illegalen Machtausübung zweimal verändert: einmal bei der Rückkehr zur Demokratie 1980 und ein weiteres Mal 1992 nach dem Staatsstreich von Präsident Fujimori am 5.4.1992. Nach dem Staatsstreich war zu beobachten, daß die Zahl der Verschwundenen und extralegalen



Die chilenische Diktatur und ihre Opfer in den siebziger und achtziger Jahren

Hinrichtungen zurückging, dafür aber die Anzahl der politischen Gefangenen und die Verletzung der Prozeßrechte zunahmen. Gleichzeitig setzte in Peru ein Prozeß der Legalisierung der Repression ein. Auch in dieser Hinsicht schlug sich somit Perus Abschiednahme von der Demokratie nieder.

In Demokratien kommt es kaum zur Legalisierung der Repression. Nach den jeweiligen Landesverfassungen werden die wesentlichen Menschenrechte garantiert, internationale Pakte unterzeichnet und ratifiziert, die aber in der Praxis nicht respektiert werden. Die Repression hat sich in den letzten Jahren privatisiert. Die Staatsführungen bedienen sich immer häufiger einer Tätergemeinschaft zwischen Sicherheitskräften, privaten Gruppen und Privatpersonen. Es werden Tatabläufe und Verbrechensformen gewählt, die nach außen wenig sichtbar sind, aber für die Bevölkerung eine staatliche Mitwirkung dennoch deutlich erkennen lassen. In vielen Fällen von Menschenrechtsverbrechen gibt es Zeugen oder Indizien für eine staatliche Mitwirkung. Dies sind keine Unfälle der Tatbegehung, sondern zumeist im Tatplan enthaltene Elemente, um so über die eigentlichen Opfer hinaus weite Kreise der Bevölkerung einzuschüchtern und in ihrer Initiative zu lähmen.

Die staatliche Mitwirkung soll erkennbar sein

Nach extralegalen Hinrichtungen und dem Verschwindenlassen von Menschen nach einer Inhaftierung kündigen die jeweiligen Regierungen strafrechtliche Ermittlungen an, die aber weder zur Ermittlung, Anklage noch Verurteilung der Täter führen. Für sich selbst nehmen sie die Unschuldsvermutung in Anspruch, während strafrechtlich Beschuldigte von Staatsdelikten oft den Nachweis ihrer Unschuld führen müssen. Solche Beispiele finden sich aktuell vor allem in Kolumbien und Peru. Dort werden im Rahmen der Terrorismusbekämpfung sogenannte geheime Gerichte und spezielle Strafprozeßordnungen eingeführt, die rechtsstaatlichen Grundsätzen klar widersprechen.

Die Pressezensur wurde durch die Ermordung von Journalisten ersetzt. De lege gibt es weder in Peru noch in Kolumbien eine Pressezensur, dennoch findet eine Zensur der Presse statt. Gezielte Morddrohungen gegen Journalisten und selektive Journalistenmorde führen zu einer Selbstzensur der Medien. Bei den selektiven Journalistenmorden werden spektakuläre Tatformen gewählt, die Angst und Schrecken verbreiten: Briefbombenattentate, Ermordung eines Journalisten vor den Augen seiner Angehörigen oder anderer Zeugen, Verschwindenlassen von Journalisten nachdem sie eine Militärkaserne betreten haben, etc. In den Ländern, in denen in den vergangenen Jahren eine große Anzahl von Journalisten ermordet wurde, konnte man gleichzeitig beobachten, daß es dort regelmäßig zu anonymen Morddrohungen gegen Journalisten kommt. Im State Department-Bericht für 1991 wird z.B. auf diesen Umstand für Guatemala, Peru und Kolumbien hingewiesen.

Politische Gefangene passen nicht ins Bild einer Demokratie

Ähnliches kann man auch bei der Garantie der Prozeßrechte feststellen. Während noch in den 70er Jahren vielen politischen Gefangenen anwaltlicher Beistand verwehrt wurde, sind es heute die Anwälte selbst, die Opfer anonymer Morddrohungen oder selektiver Morde werden. Diese Einschüchterungsmethoden sollen dazu dienen, daß die Anwaltschaft politisch sensible Mandate nicht mehr übernimmt. Ein besonders krasses Beispiel ist die kontinuierliche Bedrohung des kolumbianischen Rechtsanwaltes Dr. Eduardo Umaña Mendoza. Er ist einer der wenigen Anwälte, der Mandate gerade in den Fällen extralegaler Hinrichtungen übernommen hat, in denen die staatliche Beteiligung besonders wahrscheinlich ist. Für diesen Mut und diese Entschlossenheit zahlt er einen hohen Preis. Seit Oktober 1991, als er die Vertretung der Opfer des Massakers von Fusagasugá übernommen hatte, ist er kontinuierlich mit Morddrohungen überzogen worden.

Wie lassen sich diese Änderungen in der Repressionspraxis erklären? Diese Frage wird man sicherlich nicht abschließend beantworten können. Eine Erklärung könnte sein, daß zu einer Demokratie hohe Zahlen politischer Gefangener und Folterungen in der Haft nicht passen. Staatsführungen bedienen sich deshalb - auch wegen ihres internationalen Ansehens - immer häufiger einer Tätergemeinschaft aus Sicherheitskräften, privaten Gruppen und Privatpersonen (bezahlte Killer). Die nun gewählten Tatabläufe und Tatausführungsformen (extralegale Hinrichtungen, Verschwindenlassen und Morddrohungen) sind nach außen



Militarisierung demokratischer Gesellschaften in den neunziger Jahren. Bewaffnete Jugendliche in Kolumbien

wenig sichtbar. Menschenrechtsorganisationen müssen deshalb heute viel mehr Mühe in den Nachweis staatlicher Verantwortung stecken als in die Organisation konkreter Aktionen zum Schutz der Opfer. Denn es ist wesentlich schwieriger, der Staatsführung nachzuweisen, daß sie private paramilitärische Gruppen duldet oder unterstützt oder durch Beauftragung von Privatpersonen politische Oppositionelle beseitigt, als etwa ihre Verantwortung für die politischen Gefangenen zu belegen.

Warum wurde nun aber gerade in Argentinien zur Zeit der Diktatur die Praxis des Verschwindenlassen bis zum Exzeß angewandt? Der obigen These zufolge paßt diese Praxis doch eher zu den formaldemokratischen Systemen, wie sie in Lateinamerika in den 90er Jahren vorherrschen. Mit der Repressionspraxis des Verschwindenlassens können zwei Ziele erreicht werden: zum einen ist diese Repressionspraxis geeignet, Staatsverantwortung zu verschleiern, zum anderen taugt sie aber besonders gut dazu, weite Kreise der Bevölkerung einzuschüchtern. Gerade die Ungewißheit der Angehörigen über das Schicksal der Verschwundenen und ihre Unfähigkeit, dem Opfer moralischen Schutz und Beistand zu leisten, stellen eine psychische Form der Folter an den Angehörigen dar. Aus diesem Grunde kann man davon ausgehen, daß während der Diktaturzeit in Argentinien das Verschwindenlassen von Menschen vor allem das Ziel verfolgte, breite Kreise der Bevölkerung einzuschüchtern und damit jegliche Opposition gegen die Diktatur zu lähmen. Die Repressionsform des Verschwindenlassens in demokratischen Systemen verfolgt jedoch überwiegend das Ziel, Staatsverantwortung zu verschleiern.

Ähnliches läßt sich hinsichtlich der anonymen Bedrohung feststellen. Die ansteigende Zahl von Opfern anonymer Todesdrohungen begleitet ebenfalls den Demokratisierungsprozeß. Man könnte fast behaupten, daß die anonyme Bedrohung die illegalen Festnahmen ersetzt hat. Opfer solcher Todesdrohungen werden besonders häufig Richter, Anwälte, Journalisten, oppositionelle Politiker und alle, die sich für eine Veränderung der politischen und sozialen Verhältnisse einsetzen bzw. in der Lage sind, Widerstand in Form von Streiks und Demonstrationen zu organisieren (Führer von Basisbewegungen, Selbsthilfeorganisationen oder Gewerkschafter). Aus diesen Opfergruppen entstammten in den 70er Jahren vorwiegend die politischen Gefangenen.

Anonyme Telefonanrufe bei den Betroffenen, die Veröffentlichung sogenannter Todeslisten, die Versendung von Trauerkränzen, Einladungsschreiben zu Trauerfeiern oder die Niederlegung toter Tiere vor der Wohnung der Betroffenen sind beliebte Spielarten solcher Todesdrohungen. Gerade diese symbolische Form der Bedrohung hat viele Spielarten.

Auch diese Form der Einschüchterung läßt nicht sofort die Verantwortlichen erkennen und ist darüber hinaus fast kostenneutral und besonders effizient. Mit der anonymen Bedrohung wird letztlich ähnliches bewirkt wie mit illegalen Inhaftierungen: die Betroffenen gehen oft in die innere oder äußere Emigration und geben ihre Aktivitäten auf. Selektive Morde an zuvor Bedrohten vergrößern die Einschüchterungswirkung bei Opfern von Todesdrohungen.

Die Art und Weise, in der heute in Ländern wie Kolumbien und Peru die Menschenrechte verletzt werden, wird in einem sehr eindringlichen Ausspruch des kolumbianischen Rechtsprofessors Eduardo Umaña Luna von 1988 deutlich: "Die Menschenrechtsbewegung in Kolumbien steht heute mit dem Rücken zur Wand. Wir fordern nicht mehr Meinungs-, Presse- und Demonstrationsfreiheit, wir protestieren nicht einmal mehr für die Aufhebung des Ausnahmezustandes. Was uns bleibt, ist die Forderung, doch wenigstens unser nacktes Leben zu schonen, uns nicht einfach hinter Kasernenmauern oder in Gefängnissen "verschwinden zu lassen" oder zu Tode zu foltern." Dieser Satz braucht nur noch die Ergänzung: "... oder uns durch bezahlte Killer oder geduldete paramilitärische Gruppen auf offener Straße zu erschießen."

Gabriela M. Sierck



Die Folgen der Repression durch die Jahrzehnte. Beerdigung exhuminierter Opfer in Guatemala

Auf vielen Bühnen in ganz Europa wird in dieser Saison "Der Tod und das Mädchen" des chilenischen Dramatikers Ariel Dorfman gespielt. Das Drei-Personen-Stück thematisiert mit großer Konsequenz und Intensität die Frage nach den Folgen von Folter und Erniedrigung für die Betroffenen und für die Gesellschaft. Im Mittelpunkt steht Paulina, die durch einen Zufall nach der Zeit der Diktatur ihrem Peiniger begegnet, der sie gefoltert, vergewaltigt und gedemütigt hat. In ihrer Figur und der ihres Mannes, der Mitglied einer Menschenrechtskommission ist, spielt Dorfmann die ganze Skala menschlicher Reaktionen auf die Schrecken der Diktatur durch, vom Schrei nach Rache bis zum kühlen politischen Kalkül, das sich Vernunft nennen möchte. Der folgende Artikel greift den Zusammenhang von Folter und sexueller Gewalt anhand von Beispielen und Forschungsergebnissen aus Lateinamerika auf.



Der schamlose Zugriff auf den Körper des Opfers, das durch die Folter auf diesen reduziert werden soll, enthält immer das Element auch sexueller Vergewaltigung

Der schamlose Zugriff auf den Körper

Sexuelle Folter in Lateinamerika und die Erziehung zum Foltern

Warten wir mal ab, sagte der Minister und lachte, wenn's ein Mädchen wird, nenn' sie Sincha, wenn's ein Junge wird, dann soll er eben Sinchi heißen." Das war die Reaktion des peruanischen Innenministers, als ihm Georgina Gamboa berichten konnte, was ihr von den "Sinchis", der speziell für den antisubversiven Kampf ausgebildeten Polizeieinheit in Peru 1981 angetan worden war.[1] Die sechzehnjährige Georgina war nachts in einer entlegenen ländlichen Gemeinde aus der Hütte ihrer Familie gezerrt und von mehreren Sinchis sowie dem Sohn des Großgrundbesitzers geschlagen und vergewaltigt worden. Die schreckliche Nacht war nur der Beginn eines langen Leidenswegs für Georgina. Sie verbrachte Wochen in Isolation, erfuhr dort lediglich, daß sie schwanger und an einer schweren Infektion erkrankt war. Obwohl sie "Angst hatte, ein Monster zur Welt zu bringen", kämpfte sie bei der Geburt des Kindes darum, es behalten zu dürfen. Ausländische Adoptiveltern standen schon wartend vor dem Krankenzimmer. Anschließend verbrachte man Georgina für mehr als fünf Jahre ins Gefängnis, ehe sie schließlich von dem Vorwurf, Terroristin zu sein, freigesprochen wurde.

Im Gegensatz zu vielen anderen Frauen in Peru in ihrer Lage - die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation Americas Watch schätzt, daß nur 10% der durch Soldaten und Polizisten in Peru vergewaltigten Frauen überhaupt davon berichten, geschweige denn Anzeige erstatten[2] - hatte Georgina den Mut und die Möglichkeit, die insgesamt elf beteiligten "Sinchis" und den

Grundbesitzersohn anzuzeigen. Sie wurden für unschuldig befunden. Umgekehrt wurden, während Georgina in Haft war, auch ihre Eltern verfolgt. Ihre Mutter wurde ebenfalls festgenommen und vergewaltigt (auch sie brachte das Kind zur Welt). Georginas Vater wurde entführt und gehört seither zu den Tausenden von "Verschwundenen" in Peru.

Georginas Fall erweckte öffentliches Aufsehen. Wie groß die Zahl ihrer Leidensgenossinen in Peru ist, weiß niemand. Die Vororte Limas, in die viele Menschen aus den Kriegsgebieten fliehen, sind voll von Frauen, die sich vor den Vätern ihrer Kinder in Sicherheit bringen mußten, und von Kindern, die über ihren Vater höchstens eines wissen: daß er Uniform trägt.

Die brasilianische Bankangestellte Inês Etienne Romeu, die den Schergen der Diktatur ihres Landes in die Hände gefallen war, berichtete der Kommission "Brasil Nunca Mais" ("Brasilien: Nie wieder!") später: "Zu jeder Tages- oder Nachtstunde wurde ich physisch und psychisch gequält. 'Marcio' kam in meine Zelle, um meinen After zu "examinieren" und sich zu vergewissern, ob 'Kamerad' mich anal mißbraucht hatte. Der gleiche 'Marcio' zwang mich, seinen Penis zu halten, während er sich obszön herumwand. Während dieser Zeit wurde ich zweimal von 'Kamerad' vergewaltigt und gezwungen, splitternackt die Küche sauberzumachen, während sie mir die gröbsten Obszönitäten zuriefen."[3] In einem System, das als erstes in Lateinamerika die Folter verwissenschaftlichte, war Vergewaltigung nicht genug. Die Frauen wurden systematisch auf sadistische Weise erniedrigt und psychisch gequält. Viele Frauen, die schwanger in Haft kamen, berichteten, daß sie unter dieser Behandlung Fehlgeburten erlitten - was offenbar gewollt und somit Teil der Folter war.

Der jüngst vorgelegte umfassende Untersuchungsbericht der UNO über die Menschenrechtsverbrechen in El Salvador belegt, daß auch dort der politische Terror häufig mit sexueller Gewalt gegen Frauen einherging. Die sorgfältigen Recherchen der UN-Kommission ergaben z.B., daß die französische Krankenschwester Marie Lagadec, die 1989 bei einem Überfall einer Luftwaffeneinheit auf ein FMLN-Lazarett zusammen mit anderen Kollegen getötet wurde, keineswegs bei einem Schußwechsel zu Tode kam. Während ihre Leiche zahlreiche Verstümmelungen und Einschüsse aufwies, waren die Kleider und Unterwäsche, mit denen die Tote bei ihrem Auffinden bekleidet war, unversehrt[4]

Die Liste der Grausamkeiten ließe sich Land für Land fortsetzen. Selbst aus einem Staat wie Ecuador, der wenig Schlagzeilen wegen Menschenrechtsverletzungen macht, liegen erschütternde Berichte über sexuelle Folter an Schwangeren, Müttern und anderen Frauen vor.[5]

Chile ist dank der intensiven und gründlichen Arbeit seiner Menschenrechtsorganisationen ein Land, über dessen grausige Methoden der Repression wir heute besonders gut Bescheid wissen. Es war auch in Chile, wo Überlebende, Menschenrechtsgruppen und engagierte Fachleute besonders effektiv waren bei der Suche nach Wegen, auf denen die Opfer der Repression ihre traumatischen Erlebnisse überwinden könnten. Außerdem beschäftigten sie sich intensiv mit den tieferen Ursachen für die sadistischen Gewalttaten der Schergen der Diktatur und damit, welche Konsequenzen zu ziehen seien, damit tatsächlich "Nunca Más"- "Nie wieder" in Chile gefoltert, gemordet und "verschwunden" würde. Die Einsichten, die dabei gewonnen wurden, sind nicht immer leicht verdaulich.

Wie man Menschen zum Foltern erzieht

Die chilenische Öffentlichkeit wurde in letzter Zeit durch die Bekenntnisse einiger ehemaliger Angehöriger des Geheimdienstes der Diktatur aufgerüttelt, die ihre Beteiligung an der Gefangennahme, Folter und Ermordung von Oppositionellen gestanden. Das offenste Geständnis stammt von einer Frau: Marcia Merino, genannt "die dünne Alexandra", ehemaliges Mitglied der militanten Linkspartei MIR. Über sie sagte die ehemalige politische Gefangene Adriana Urrutia aus: "Wir wurden von Marcia Merino Vega, die sie die dünne Alexandra nennen, verraten. Sie hatte fast ein Jahr bei uns wie eine Tochter gewohnt. Bei dem Überfall waren drei Männer und Marcia dabei, die im Auto sitzenblieb. Als wir in das Auto gebracht wurden, sah ich Marcia Merino, die sich das Gesicht mit den Händen bedeckte." Später übernahm Marcia noch eine weit aktivere Rolle. Während des Verhörs nahm sie den Gefangenen die Augenbinden ab und versuchte sie zu überreden, auszusagen: "Schau mich an, Adriana, wie es mir geht!" Als sich die Gefangene weigerte, begannen die Foltern.[6]

Daß hinter der Wandlung der ehemaligen MIR-Angehörigen zur Kollaborateurin die schreckliche Erfahrung des Zusammenbruchs unter der Folter steht, darüber äußert sich Marcia Merino nur mit großer Zurückhaltung: "Aufgrund der Folter hatte ich eine scheußliche Infektion der Vagina, das war sehr stark und dauerte lange, bis zu meinem Ausscheiden aus der DINA. Dann folgte eine akute Blasenentzündung"[7] Folter und Vergewaltigung können Menschen zerstören. Das späte Geständnis von Marcia Merino beweist, daß diese Zerstörung in ihrem Fall nicht vollständig gelungen war. Über die damit verbundene Frage nach der persönlichen Schuld, und damit wiederum nach der Strafe, ist anhand des Schicksal der "dünnen Alexandra" in Chile eine heftige Debatte entbrannt, die auch quer durch die Vereinigungen der Opfer der Diktatur geht. Doch während diskutiert wird, gibt es Frauen, die handeln: Ehemalige Gefangene, selbst Folteropfer, erheben sich nicht moralisch über die "dünne Alexandra", sie haben sie in eine Wohngemeinschaft aufgenommen. Ärztinnen und Psychologinnen aus Menschenrechtsgruppen helfen ihr beim Schritt zurück in ein menschenwürdiges, menschliches Leben.

So wie die überzeugte Linke Marcia Merino unter dem Druck der erlittenen Folter und Erpressungen selbst zur Täterin wurde, müssen auch andere zum Foltern erzogen werden. Es wird nicht überraschen, daß es dazu nur wenig konkrete Untersuchungen und auch nur bruchstückhafte Zeugnisse aus erster Hand gibt. Eine der umfassendsten Studien handelt von der Erziehung zum Foltern in einem europäischen Land: dem Griechenland der Obristen-Diktatur. Um aus einem normalen Menschen einen Folterer zu machen, muß man ihn selbst foltern - so ließe sich die Untersuchung zusammenfassen. Die Heranbildung der Zöglinge für die Foltercorps begann bei der griechischen Geheimpolizei mit einer Phase der Entpersönlichung, bei der durch Zwangsmaßnahmen und systematische Entwürdigung die Hemmungen abgebaut wurden, anderen das Gleiche oder Schlimmeres zuzufügen.

Wer sich - freiwillig oder gezwungenermaßen - in den Repressionsapparat begeben hat, kann sich seinen Zwängen kaum mehr entziehen. Aus verschiedenen lateinamerikanischen Ländern gibt es Zeugnisse für gescheiterte Versuche einzelner Angehöriger der Sicherheitsdienste, sich gegen die Logik ihrer Apparate anständig zu verhalten. Die chilenische Gefangene Marta Caballero berichtet von zwei mit ihr gefangenen Frauen, die heimlich sangen, um sich und den anderen Häftlingen Mut zu machen. "Der Wärter, der auf uns aufpaßte, brachte uns heimlich eine Gitarre in die Zelle, und eines Nachts brachte er es sogar fertig, Cecilia vor die Zelle zu führen, in der ihr Freund Flavio einsaß, so daß sie sich sehen konnten. Dieser Wärter, den wir "Mauro" nannten, wurde später ermordet..."[9]

Ein ehemaliger Angehöriger der peruanischen Streitkräfte, der in das Gebiet unter Ausnahmezustand geschickt wurde, gab 1991, Jahre nach seinem Einsatz, einen ausführlichen Bericht - anonym.[10] Auch dieser Soldat hatte, ehe er sich dem Drill der Einsatzkommandos unterwarf, bereits die Erfahrung der anderen Seite durchgemacht. Wie so viele junge Leute in seiner Gegend, war er bei einer Razzia als "terrorismusverdächtig" festgenommen und entsprechend mißhandelt worden. Sein Zeugnis belegt in erschreckender Eindeutigkeit, daß auch in Peru, wo viele Grausamkeiten eher spontanen, individuellen Charakter zu tragen scheinen, eine systematische sadistische Erziehung zum Foltern, Morden und Vergewaltigen stattfindet. "In allen Dörfern vergewaltigten wir. Wir griffen uns ein Mädchen, fünf oder sechs auf ein Mädchen. Es gab

auch Lehrerinnen, die hatten Dokumente, nicht wahr, so Texte von Mariátegui, Lenin oder Marx, und deswegen vergewaltigten wir sie. Wir packten sie mit Gewalt, hielten ihnen das FAL (leichtes Maschinengewehr) vor die Nase, und so ging es rund. Denn der Offizier hatte uns gewarnt, uns allein mit einer einzulassen, weil sie dir plötzlich ein Messer in die Rippen stoßen kann. Wir mußten also immer zu mehreren beim Geschlechtsakt sein. Beschweren konnte sich niemand, denn das Gesetz in der Gegend waren schließlich wir." Auch hier galt: Vergewaltigen ist Soldatenpflicht.

"Einer aus meinem Jahrgang - so berichtet der anonyme Ehemalige an anderer Stelle - meldete sich beim Offizier und sagte: Herr Leutnant, diese Kerle haben eine Frau vergewaltigt, und ihre Tochter auch, und ihren Schmuck haben sie auch noch geraubt.' Aha, du bist also ein Petzer!' war die Antwort. Am andern Morgen war der Junge tot." Die Angst vor dem militärischen Gruppenzwang war so groß, daß der Soldat, der all dies berichtete, eines Tages sogar an der Plünderung des Häuschens seiner Tante teilnahm. Seine Fähigkeit zum Widerspruch war bereits erloschen.

Jede Folter hat eine sexuelle Komponente

Dieser Bericht zeigt aber auch exemplarisch, daß politische Repression, wo sie zu Folter und Mord greift, immer auch Vergewaltigung bedeutet. Wer die Berichte von Gefolterten genau liest, erfährt, daß in der Folter auch da, wo nicht direkt sexuell vergewaltigt wird, sexuelle Gewalt gegen die Opfer ausgeübt wird. Der schamlose Zugriff auf den Körper des Opfers, das durch die Folter ja auf diesen Körper reduziert werden soll, enthält immer das Element auch sexueller Vergewaltigung. Die chilenische Soziologin Maria Elena Valenzuela sieht hier einen Rückfall in primitive Verhaltensweisen aus der Frühzeit der Menschheitsgeschichte: "Wie der primitive Mann, der sich Frauen durch Raub und Vergewaltigung unterwarf, um sich dann zu ihrem Beschützer anderen gegenüber zu machen, so haben die chilenischen Streitkräfte die ganze Gesellschaft symbolisch feminisiert' und zum Objekt ihres Schutzes angesichts der drohenden Vergewaltigung durch Werte und Ideologien gemacht, die sie von dieser Schutzbedürftigkeit emanzipieren könnten."[11]

Allerdings kann dieser Versuch, die Ziele moderner politischer Repression mit den primitiven Mitteln frühpatriarchalischer Verhaltensweisen durchzusetzen, nicht aufgehen. Die Erfahrungen in Lateinamerika zeigen zwar, daß es möglich ist, genügend Männer zu finden und abzurichten, die das schmutzige Handwerk der Folter und die Ausübung sexueller Gewalt auf die makabersten Arten verbinden. Sie zeigen aber auch, daß hier kein einfacher Rückfall in biologisch geprägte Geschlechterrollen stattfindet. Wie in den KZ der NS-Zeit waren auch an den Qualen der Opfer der chilenischen Diktatur nicht wenige Frauen beteiligt. Und wie in den deutschen Lagern empfanden auch in Chile viele weibliche Häftlinge diese Frauen als besonders grausam.[12] Umgekehrt werden sexuelle Folter und Vergewaltigung keineswegs ausschließlich gegen Frauen praktiziert. Die Ergebnisse einer Befragung, die dänische Ärzte und Psychologen 1986 mit einer großen Zahl politischer Häftlinge in El Salvador durchführten, dürften durchaus repräsentativ auch für andere Staaten Lateinamerikas sein. Fast zwei Drittel der befragten männlichen Gefangenen wurden auch sexuell gefoltert, mit Methoden, die von der Kastrationsdrohung bis zur (homosexuellen, oder sodomistischen) Vergewaltigung reichten.[13] Berichte über Vergewaltigung an Männern liegen auch aus vielen andern Ländern vor.

So unlösbar Folter mit sexueller Vergewaltigung verbunden ist: wer Vergewaltiger und wer Opfer ist, wird im 20.Jahrhundert nicht mehr nach biologischen Kriterien entschieden. Der Mann, der sich politisch nicht als Mitglied des männlichen Herrschaftsverbands erweist, wird politisch zur Frau erklärt, wird entführt und vergewaltigt von denen, die darin ihre politische Männlichkeit zu bestärken glauben. In diesem Sinn sind das politische System und der heimliche oder offene machistische Konsens von Gesellschaften, die sich auf Folter stützen, tatsächlich primitiv, trotz aller technischen Raffinesse beim Foltern. Und in diesem Sinn ist der Folterer, ist der Minister, der sich mit ihm im Männerbündnis amüsiert, verwundbar: Ohne die Folter sind sie nichts. Georgina und alle anderen, die nicht schweigen, werden sie zu Fall bringen.

Rainer Huhle

Rainer Huhle ist Mitglied im "Dokumentations- und Informationszentrum Menschenrechte in Lateinamerika" (DIML) in Nürnberg. DIML ist ein gemeinnütziger Verein und sammelt seit 1989 systematisch Bücher, Zeitschriften und andere Unterlagen zur Menschenrechtssituation und zur aktiven Menschenrechtspolitik in allen Ländern Lateinamerikas. Anfragen und Hinweise können gerichtet werden an:
DIML e.V., Fürther Str. 22, 90429 Nürnberg
tel. 0911-267942
fax 0911-265974





Die Heranbildung der Zöglinge für die Foltercorps begann mit einer Phase der Entpersönlichung, bei der durch Zwangsmaßnahmen und systematischer Entwürdigung die Hemmungen abgebaut wurden

Anmerkungen:

1). Sonia Goldenberg: Reportaje al Perú anónimo. Lima 1990(2), S.108
2). Americas Watch: Untold Terror. Violence Against Women in Peru's Armed Conflict. New York 1992, S.26
3).Brasil Nunca Mais, Petrópolis 1985, S.47
4). Comisión de la Verdad: De la locura a la esperanza. o.O.(El Salvador) 1993, Abschnitt h (S. 104 im Ausdruck der im Archiv von DIML vorhandenen Diskette)
5). CEDHU: A mí también me torturaron. Quito 1991, S.97ff
6). CODEPU: Todas ibamos a ser reinas. Estudio sobre nueve mujeres embarazadas que fueron detenidas y desaparecidas en Chile. Santiago de Chile, 1990, S.52ff
7). Interview mit Marcia Merino ("die dünne Alexandra"), in: La Nación (Santiago de Chile) 14. 12. 1992
8). Mika Haritos-Fatouros: Die Ausbildung des Folterers. Trainingsprogramme der Obristendiktatur in Griechenland. in: Jan Philipp Reemtsma (Hg.): Folter. Hamburg 1991, S.73-90
9). CODEPU: Todas ibamos a ser reinas, 56f.
10). Confesiones de un contrainsurgente (Interview: O.Carpio, Z.Mateos), in: QueHacer 72 (Lima1991), S.54-62
11). Maria Elena Valenzuela: La mujer en el Chile militar. Santiago1987, S.177
12). CODEPU: Persona, Estado, Poder. Estudios sobre Salud Mental Chile 1973-1989. Santiago de Chile1989, S. 177
13). Inger Agger, Sven Buus Jensen, OASIS: Die gedemütigte Potenz. Sexuelle Folter an politischen Gefangenen männlichen Geschlechts, in: Horacio Riquelme (Hg.): Zeitlandschaft im Nebel. Frankfurt 1990, S.48-75

Beilage Internationalistischer Zeitschriften Nr. 9 **MILITARISMUS**
Auflage: 40.000 (Juni / Juli 1993)
In: ila Nr. 166, südostasien informationen 2/93, iz3w 190, EPK 2/93, Dritte Welt 2/93, [illegible] Juni 93, u.a.



500 Jahre Kolonialismus
500 Jahre Widerstand

Die Militarisierung der Politik ist wieder hoffähig geworden. Militärs sind als reales Machtinstrument einsetzbar. Nichts neues in der Geschichte des Kolonialismus. Allerdings ist die derzeitige Begründung besonders perfide: Im Namen des Humanismus werden die neuen "Wüstenstürmer" gedrillt, um eigene Interessen zu verfolgen.

Wir wollen in dieser Debattenbeilage auch kontroverse "Stimmen von Außen" zu Wort kommen lassen. Der Mexikaner Carlos Fazio weist auf die hierzulande kaum bekannte Militarisierung der Gemeinschaft der amerikanischen Staaten (OAS) hin. Der Bürgerrechtler Chandra Muzaffar aus Malaysia konfrontiert die Europäer mit ihren eigenen Wertvorstellungen. Wir dokumentieren zudem einen Aufruf des »Komitees für Grundrechte und Demokratie« und greifen selbst mit einem Kommentar in die Debatte ein.

In Bosnien und weltweit militärisch eingreifen ? Besser nicht !

Eine Stellungnahme aus der Friedensbewegung

Die Vorstellung, man könne mit einigen gezielten militärischen Aktionen das Leiden der Menschen in Bosnien-Herzegowina schnell beenden, ist eine Illusion. Weder Flugverbot noch seine Erzwingung, noch der Angriff auf militärische Knotenpunkte, weder der Einsatz schwerer Waffen oder gar Abschreckungs- und Vergeltungsangriffe auf Serbien können dies leisten.

Es gibt keinen schnellen Frieden durch militärische Interventionen. Es gibt aber die sehr reale Gefahr der Ausweitung des Krieges. Schon das viel gebrauchte Wort vom "Befreiungsschlag" macht deutlich, daß alles, was derzeit unter dem Stichwort "militärische Intervention" diskutiert wird, ohne jedes friedensstiftende Ziel ist. Die Interventionspolitiker, die die Menschenrechte nur im Munde führen, sind deshalb u.a. mit folgenden Forderungen zu konfrontieren:

- konsequent humanitäre Hilfe
- ausreichende finanzielle Ausstattung der UN für ihre Vermittlungsarbeit
- Systematische Unterstützung der Antikriegs- und demokratischen Oppositionen und ihr Einbezug in das internationale Gespräch
- Herstellung einer Gegenöffentlichkeit in den nationalistisch- ideologisch verhetzten Gesellschaften, damit sich von innen heraus etwas verändern kann (auch in der BRD!, Anm. der Red.)
- Auflösung des neuen Feindbildes "die Serben"
- Durchsetzung des Embargos in Formen, die es ermöglichen, humanitäre Gesichtspunkte zu berücksichtigen
- Entwicklungsperspektiven für den gesamten Balkanraum
- Unterstützung der Menschen und Gruppen, die von außen humanitäre Hilfe leisten, als Freiwillige in Flüchtlingslagern arbeiten, Kriegsflüchtlinge und Deserteure beherbergen usw.

Aber viele Politikerinnen und Politiker reden wahrscheinlich vor allem deshalb von Militärinterventionen, weil sie nicht bereit sind, konkret zu helfen. Die Schließung der deutschen Grenzen gegen bosnische Flüchtlinge beweist dies. Würden wirklich humanitäre Motive im Vordergrund stehen, bräuchte man nur die Grenzen zu öffnen, um Insassen aus Internierungs- und Gefangenenlagern und Flüchtlingen Zuflucht zu schaffen. Doch das Mögliche geschieht nicht. Vielen Politikerinnen und Politikern geht es um die Nutzung der günstigen "Gelegenheit", der deutschen Gesellschaft die Zustimmung zum begrenzten Einsatz der Bundeswehr abzuverlangen. So ist auch der Somalia-Einsatz nur ein Spielchip zu diesem Ziel, ebenso wie die Awacs- und Interventionsdiskussion: ein infamer Mißbrauch menschlicher Not.

Im Rahmen der europäischen Integration drängt die deutsche Bundesregierung darauf, die EG zu einer militärischen, global eingreiffähigen Großmacht werden zu lassen, obwohl ganz offensichtlich die wirklichen Probleme des Friedens, der Umwelt und der Armut militärisch nicht gelöst werden können. Also eine falsche Weichenstellung. Wir sind überzeugt, wird heute auf humane Weichenstellung verzichtet, brennt morgen der ganze Globus!

(Text von der Redaktion gekürzt)

Komitee für Grundrechte und Demokratie
Bismarckstr. 40
5000 Köln 1
Tel. 0221 52 30 56

Weitere Informationen zu Out-of-Area Einsätzen der Bundeswehr bei:

Netzwerk Friedenskooperative
Römerstr. 88
5300 Bonn 1
Tel. 0228 69 29 04
Fax. 0228 69 29 06

Von Friedensaposteln und anderen Militärstrategen.

Das neue "Wir-Gefühl"

In der Debatte ob "wir" in möglicht vielen Teilen der Welt militärisch intervenieren sollen, hat die staatstragende Linke den analytischen Löffel abgegeben. Die selbsternannten Vorzeigeveteranen der 68er, Joschka Fischer und Danny Cohn Bendit, sind die Prototypen in dem von den Medien hochgeputschten politischen Komödienstadel. Fischer, in Gedanken schon ministerial in Bonn, bewegt die zentrale Frage: was sag' ich den deutschen Müttern, wenn die ersten Zinksärge hier landen? Ihm als Taktiker ist bekannt, daß bisher für den Heldentod 'unserer' Jungs keine Mehrheiten in Sicht sind. Cohn Bendit spielt die personifizierte Moral und ereifert sich über den "Völkermord": er will lieber heute als morgen in Bosnien einmarschieren. Gar bitterlich beklagt er sich über die deutsche Linke, die nicht wie in alten Zeiten auf die Straße geht.

Es ist schon sonderbar, wie in den letzten zwei Jahren der bundesrepublikanische Nachkriegskonsens, auf den Punkt gebracht durch den Satz — Der Friede ist der Ernstfall —, außer Kraft gesetzt wird. Hinter dem Krieg stand der Atomtod. Generationen von Jugendlichen wurden Waffen als reine Abschreckungsmittel vermittelt. Zudem schien gerade die Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre den good-will des besseren Deutschlands zu zeigen, aus den Erfahrungen der Geschichte zu lernen und jeder Form der Militarisierung mittels Händchenhalten und Massenaufläufen einen Riegel vorzuschieben.

Vor dem Hintergrund dieses absoluten peace keeping übersieht man aber allzu leicht, worum es einem Teil der Friedensbewegung eigentlich ging und es nicht verwundern muß, wenn heute ehemalige FriedensaktivistInnen mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr Rambo-Pogo tanzen. Der eigene, atomwaffenfreie Vorgarten, das durch die Stationierung von Mittelstreckenraketen in seiner Existenz bedrohte Europa war die Triebfeder von nicht wenigen FriedensfreundInnen. Die heutige Empörungsformel *„In Europa herrscht Krieg und wir schauen zu"* offenbart nur die Kehrseite eines auch gerade in linken Kreisen herrschenden "Europäismus", der Europa mit Zivilisation gleichsetzt. Diese Anfang der 80er durch die Aufrüstung der Großmächte bedrohte europäische 'Zivilgesellschaft' muß heute im 'eigenen' Haus für Ordnung sorgen.

Auf wessen Kosten solche eurozentrischen Sichtweisen gehen und wer traditionell als Gegenbild für das fortschrittliche Europa herhalten muß, hat die internationalistische Linke eigentlich lange genug thematisiert. Nun nach dem Ende des Kasernenhofsozialismus sind überall alte Gewißheiten am zusammenbröckeln. Neue Feindbilder reproduzieren das alte 'Gut-Böse-Schema' und bieten ideologische Strohhalme zur Komplexitätsreduktion in einer unübersichtlich gewordenen Welt.

Zwei Konstellationen, die eng mit der europäischen Geschichte verhaftet sind, feiern fröhliche Urstände. Einerseits wird das Bild des grausam-heimtückischen Asiaten neu gezeichnet. Die Serben — das kriegerische, vandalierende, vergewaltigende 'Volk' — rechtfertigen eine Intervention im Namen europäischer Vernunft, die mit dem 'kroatischen Volk' gleichgesetzt wird. Die Bosnier stehen zur Zeit für das Idealbild der Multi-Kulti Gesellschaft. Sollten sie aber Sympatien für muslimische Fundis zeigen, kann sich das schnell ändern. Überall stereotype Kennzeichnungen, um alte Vorurteile zu untermauern. Schlimmer noch in Afrika. Dort steht der *"homo somaliens"* für den ganzen "Elendskontinent": Hungernde Kinder, Aids und marodierende Banden schreien geradezu nach westlicher Mission, diesmal nicht im Namen des Kreuzes, sondern im Namen eines caritativen Humanismus, der seine neokolonialen Perspektive mehr recht als schlecht verbirgt. Zum Beispiel Angola: Wirksamen politischen Druck auf die UNITA gibt's erst dann, wenn die Förderung strategischer Rohstoffe gefährdet ist. Politiker wie Rühe, die jahrelang mit wesentlich höheren Beträgen Diktatoren wie Siad Barre unterstützten (Polizeihilfe von der BRD und Geheimdienstaufbau von der DDR), reden jetzt blumig über *„die Engel von Phnom Phenh"* und die universellen Menschenrechte. Dabei geht es doch schlicht um eigene Interessen. Sollten die gequälten Menschen auf die Idee kommen, hier Bürgerrechte einzufordern, stehen sie vor der Festung Europa.

Vier "Entwicklunsdekaden" predigten die Priester der Metropolen: *„Ihr habt die Chance so zu sein wie wir, wenn ihr euch anpaßt und anstrengt"*. Heute, wo die Plätze in der Weltwirtschaft besetzt sind und dem Teil der Welt, der nicht am Tisch Platz nehmen kann, empfohlen wird, sich in die "Treuhandschaft" der Industrieländer zu begeben, sind wir wieder an einem klassischen Topos angelangt: Die Barbarei der 'Unterentwikkelten' zeigt letztlich nur, daß "wir" halt doch die besseren sind.

Hinter der heilsmissionarisch verkleideten Caritas kommen Entwicklungen zum Tragen, die auf drei Ebenen einen neuen 'pax imperialistica' einleiten: In Somalia wird die "Lösung" zukünftiger Konflikte geprobt, die angesichts der Abschreibung ganzer Kontinente nicht ausbleiben werden. In Europa werden auf dem Rücken Ex-Jugoslawiens die zukünftigen Kräfteverhältnisse — sowohl in der EG als auch zwischen den Machtblöcken — ausgehandelt. Der Streit zwischen Frankreich, England und Deutschland um die Anerkennungspolitik macht dies ebenso deutlich wie die Vereinnahmung Rußlands nach dem Motto *"Kredite gegen politische Ruhigstellung"*. In Deutschland selbst kann sich unter dem vordergründigen *„Verantwortung in der Welt übernehmen"* eine aus historischen Gründen desavouierte 'Normalisierungs'-politik entfalten. Zunächst als teure PR-Tour in den Norden Somalias. Was die Bundeswehr dort leisten soll, machen andere Organisationen im Rahmen herkömmlicher "Entwicklungshilfe". Schon beim nächsten Mal, z.B. in Aserbaidschan, könnte es blutiger Ernst werden.

Wer angesichts dessen mit der Forderung daherkommt, doch bitte Implikationen und Konsequenzen von Interventionen mitzudenken, kommt leicht in den Geruch des Unmenschen. Angesichts des medial selektiv aufbereiteten Leids verkommt der kritische Einwurf zu purer Ketzerei.

Was ist aber mit dem berechtigten Mitleid, der moralischen Empörung über die Schweinereien weltweit? Mitleid ist scheinbar selbstlos, wird ohne Eigeninteresse praktiziert — damit aber implizit geleugnet, daß die Verhältnisse hier etwas mit den Verhältnissen dort zu tun haben. Man schaut in entfernte Teile der Welt, beklagt fremdes Leid in fremdem Ländern. Saturierte Ex-Linke, die ausschließlich verbal moralischen Kategorien verhaftet sind, ohne gleichzeitig Handlungsdefizite an sich selbst zu erkennen, müssen nach Gründen suchen, um dieses fortbestehende Elend ertragen zu können. Sie geben früher oder später die Schuld für das Leiden an diejenigen zurück, die man zuvor noch zutiefst bedauert hat.

Christine Parsdorfer / Georg Lutz

Plakatserie zum Recht auf Asyl

Zur Forderung: »Das Recht auf Asyl bleibt« ist eine Plakatserie entstanden, in der versucht wird, mit Fotos und knappen Texten Zusammenhänge zwischen Fluchtursachen und der Politik in den Metropolen aufzuzeigen. Themen der einzelnen Plakate sind:

- ★ »Menschen fliehen vor Krieg — die Waffen kommen aus Deutschland: Den Waffenhandel unterbinden ! «
- ★ »Polizeihilfe für Folterstaaten — die Opfer suchen Asyl: Folterhilfe einstellen ! «
- ★ »Sündenböcke für die Pleite im Osten: Die Verantwortlichen benennen ! «
- ★ »Wenn schon Bananen aus Hungerländern, dann auch die Menschen: Ausbeutung der 3.Welt beenden ! «
- ★ »Todesschüsse an der Grenze?: Keine neuen Mauern bauen ! «
- ★ »Reichtum im Westen durch Armut im Rest der Welt: Die Fluchtgründe beseitigen ! «

Die Plakatserie besteht aus sechs Motiven im DIN A 2-Format und kostet DM 10,— (incl. Porto), ab 50 Exemplaren 50 Pf/Stück.
Bezug: A. Willer, Postfach 103 923, 3500 Kassel

Aufruf an das Gewissen Europas

Die Situation in Bosnien Herzegowina ist eine Herausforderung an das Gewissen Europas und stellt seine Verpflichtung für Freiheit, Menschenrechte, und Multikulturalismus auf die Probe. Jetzt ist es Zeit zu prüfen, ob Europas Worte Europas Wirklichkeit entsprechen. Sarajevo ist der Ort, an dem es sich ein für alle mal entscheiden wird, ob jene noblen Ideale und erhabenen Werte, die die westliche Zivilisation für sich beansprucht, aufrichtig gewollt oder nichts als pure Heuchelei sind.

Obwohl Regierungen und Menschenrechtsgruppen in Europa versucht haben, einige spezifische Aspekte dieses schrecklichen Angriffs auf die Menschenwürde zu benennen, entsprach ihre Reaktion kaum dem Ausmaß der Tragödie, zumal ausgerechnet die Länder, die die Respektierung der Menschenrechte als das fundamentale Kriterium für ein zivilisiertes System betrachten, es verpaßt haben, Stellung zu beziehen. Menschenrechtsgruppen, deren Betroffenheit und Empörung keine Grenzen kennen, wenn irgendein Dissident in Ruanda exekutiert oder irgendein Kritiker in Lesotho gefoltert wird, haben ihre moralische Entrüstung im Falle von Bosnien Herzegowina nicht in konkretes Handeln übersetzt (...). Liegt es womöglich daran, daß die Übeltäter diesmal Europäer sind, daß ein gewisser Widerwillen existiert, die Massen im Namen den Menschenrechte und der Freiheit zu mobilisieren? (...)

Der Klang der Freiheit aus Bosnien Herzegowina hat eine besondere Bedeutung, da er stellvertretend für eine der bedeutensten ethnischen Minderheiten in Europa steht: Denn davon, wie Europa Bosnien Herzegowina mit seiner muslimischen Kernbevölkerung behandelt, wird auch die Art der Beziehungen zwischen der (christlichen) Mehrheit und der muslimischen Minorität auf dem gesamten Kontinent abhängen. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die muslimischen Minderheiten in anderen Teilen Europas nach den Vorkommnissen in Bosnien Herzegowina auch den letzten Rest von Vertrauen in die Gerechtigkeit und Fairness europäischer Regierungen verlieren werden. Bedenkt man darüber hinaus, daß viele dieser muslimischen Minoritäten nicht-europäischer Herkunft sind, wäre es keinesfalls verwunderlich, wenn sie sagen würden: Solange selbst Muslime europäischer Herkunft Herabwürdigungen der schlimmsten Art schutzlos ausgeliefert sind, ist unsere Situation so oder so hoffnungslos.

Zudem sollte sich Europa auch aus historischen Gründen verpflichtet fühlen, den Muslims in Europa und der Welt durch seinen Umgang mit Bosnien Herzegowina zu beweisen, daß es Willens und in der Lage ist, ihnen Gerechtigkeit zukommen zu lassen. Denn seit mehr als zwölfhundert Jahren haben sich die einflußreichsten und mächtigsten Gruppen der europäischen Gesellschaft dem Islam und den Muslims äußerst feindselig und ablehnend gegenübergestellt. *„Der westliche Blick auf den Islam und die Araber"*, so der Diplomat und Gelehrte Erskine B. Childers, *„basiert selbst im späten zwanzigsten Jahrhundert auf kaum etwas anderem als Ablehnung, Furcht, tief verwurzelten Vorurteilen und Stereotypen"*. Hätten Europa und der Westen gegenüber Bosnien Herzegowina von Anfang an eine entschlossenere Position eingenommen, hätten sie eine ganze Reihe von Menschen davon überzeugen können, daß sie nun ernsthaft gewillt sind, ihre Ablehnung und ihre Vorurteile gegenüber einer religösen Zivilisation, der sie soviel verdanken, ernsthaft zu revidieren.

Hinzu kommt, daß die Bekämpfung antiislamischer Vorurteilsstrukturen auch dazu beitragen könnte, das europäische Denken von seiner ethnozentrischen und rassistischen Verfaßtheit zu befreien.

In gewisser Hinsicht ist Bosnien Herzegowina ein Lackmus-Test, an dem sich ablesen läßt, welchen Einfluß Rassismus und Ethnozentrismus noch auf den europäischen Umgang mit "dem Anderen" ausüben. Da Muslime immer als "das Andere" wahrgenommen wurden, ist die europäische Antwort auf die Frage, wie auf dem Kontinent mit muslimischer Kultur und Identität umgegangen werden soll, im besten Fall ambivalent. Es ist diese Ambivalenz, die größtenteils für die Lage der europäischen Muslims — nicht nur in Bosnien Herzegowina, sondern auf dem Balkan überhaupt — verantwortlich ist.

Will man aber die europäische Einstellung den Muslims gegenüber verändern, dann muß zu allererst das Verhältnis zum "Anderen" geändert werden. Das ist keine leichte Aufgabe. Haben doch die langen Jahrhunderte kolonialer Dominanz bzw. deren neue Spielformen in der gegenwärtigen Welt dazu geführt, daß sich der europäische Charakter als höherwertiger begreift (...)

Dieses Gefühl der Überlegenheit kommt mit "Theorien" über biologisch determinierte Zusammenhänge zwischen Aussehen und Fähigkeiten, Gestalt und Kultur daher, und ist in Wahrheit nichts anderes als die Grundlage jeder Form von Rassismus. Und genau deshalb heißt es in einer UNO-Studie von 1989, daß Rassimus und rassistisch motivierte Diskriminierung *„eine europäische Erfindung sind, die noch keine 300 Jahre alt ist und eng mit der von Europa ausgehenden Erforschung anderer Kontinente und dem Zusammentreffen mit nicht-europäischen Kulturen zusammenhängt."* Genau hierin liegt die Bedeutung der Frage, wie sich Europa Bosnien Herzegowina gegenüber verhält.(...)

Europa sollte in Bosnien Herzegowina intervenieren und sollte auch nicht davor zurückschrecken, militärische Gewalt anzuwenden, um die Serben und ihre Völkermord-Politik zu stoppen. (...) Europa hat die Mittel dazu. Fraglich ist, ob es auch den Willen dazu hat.

Chandra Muzaffar aus **»Aliran Monthly«** Ausgabe 8 /1992, Malaysia
(Übersetzung: Frank Sträter)

Beilage internationalistischer Zeitschriften, Nr. 9, Auflage: 40.000

Herausgeber: Argentinien-Nachrichten, blätter des iz3w, Bolivia, Brasilien-Nachrichten, Brennpunkt Drett Welt, Die Brücke, Cuba Libre, Dritte Welt, epd-Entwicklungspolitik, EPK, Forum, ika, ila, INKOTA-Brief, Korea-Forum, Lateinamerika Anders, Lateinamerika-Nachrichten, Philippinen-FORUM, POSITION, Relaciones, Brasilien-, Guatemala-, Kolumbien-, Nicaragua-Rundbrief, Coordination gegen BAYER-Gefahren STICHWORT, südostasien informationen, Trialog, WERKKEN
Redaktion: blätter des iz3w, Postfach 5328, D-7800 Freiburg, Tel. 0761 74 003, Fax. 0761 70 98 66
Layout: Andreas Wenzel
V.i.S.d.P.: Georg Lutz
Druck: Druckerei Dieter Weber, Freiburg

Die USA und das "Recht auf Einmischung"

Das Beispiel Zentral- und Südamerika

Der 15. Dezember 1992 ist ein entscheidendes Datum für die Souveränität der lateinamerikanischen Nationen. Heute werden die USA auf der Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Washington alle ihre politischen und diplomatischen Möglichkeiten einsetzen, um zu versuchen, die wiederbelebte Organisation der beiden Subkontinente zu einem Instrument zu machen, das den Interessen des Pentagon dient.

Dabei geht es hauptsächlich darum, in die Charta der Organisation das *„Recht auf Einmischung"* einzuführen und die OAS in eine supranationale Polizei zu verwandeln.

Die USA und ihre Lakaien, mit Argentinien an der Spitze, insistieren schon seit drei Jahren darauf, daß die OAS militarisiert werden soll. Im Mai vergangenen Jahres auf der 22. Generalversammlung der Organisation in Nassau (Bahamas) haben die nordamerikanischen Diplomaten Druck ausgeübt, damit die sogenannte Interamerikanische Verteidigungsorganisation in die OAS eingegliedert wird. Auf diese Weise soll der in Verruf geratene interamerikanische Vertrag zur wechselseitigen Unterstützung (TIAR) ersetzt werden. (Anmerkung des Übersetzers: Auf Grund dieses Vertrags hätten die USA im Malvinen-Krieg 1982 militärisch Argentinien gegen Großbritannien beistehen müssen, was aber nicht geschah). Der mexikanische Außenminister Fernando Solana hat sich in Nassau gegen die Schaffung einer supranationalen Militärstruktur gewehrt. In erster Linie deshalb, weil die militärische Struktur sogenannte *„operative Operationen"* übernehmen soll. Die neue Verpackung, mit der jetzt die Notwendigkeit eines gesamtamerikanischen Gendarms, der vom Pentagon dirigiert wird, verkauft werden soll, ist die Verteidigung der Demokratien. In Santiago de Chile im Juni 1991 war es die Aufgabe der Vertreter Venezuelas, den Plan der USA vorzutragen. Es soll wieder ein Mechanismus geschaffen werden, der es mit der Ausrede, man wolle sich für die Stärkung der Demokratie auf dem Subkontinent einsetzen, ermöglicht, gemeinsam die diplomatischen Beziehungen abzubrechen und den Ländern die Eigenschaft als Mitglied der OAS abzusprechen, in denen *„eine demokratische Regierung abrupt beendet wird"*. Außerdem soll die Möglichkeit geschaffen werden, Sanktionen zu beschließen.

Der Sinn dieser Formel, für die sich die USA so heftig eingesetzt haben, besteht darin, der OAS die Möglichkeit der Intervention zu verschaffen. Der nächste Schritt, der mit dem ersten zusammenhängt, besteht darin, eine internationale Militärtruppe unter der Fahne der OAS zu gründen. Damit hätten die USA ein diplomatisches Deckmäntelchen, mit dem sie in jedem Land intervenieren könnten, bei dem Washington der Ansicht ist, es entferne sich von *„seinen demokratischen Normen"*. Dies würde für die USA mit geringen politischen Kosten verbunden sein, da die politische Verantwortung auf diese Weise geteilt wird. Es handelt sich also um einen Sicherheitsrat der OAS.

Nach mehrmonatigen schwierigen Verhandlungen zwischen den Außenministerien der amerikanischen Länder wurde die ursprüngliche Formel, die die USA vorgeschlagen hatten, geringfügig modifiziert. Die Veränderung, auf die sich die Mitgliedsländer der OAS mit Ausnahme Mexikos geeinigt haben, sieht vor, in die Charta der OAS die Möglichkeit aufzunehmen, ein Mitglied zu suspendieren, dessen demokratische Regierung mit Gewalt gestürzt worden ist. Diese Suspendierung der Mitgliedschaft, so formuliert es der Vorschlag, soll sich nur auf die Teilnahme an den Körperschaften und Sitzungen der OAS beziehen, aber nicht auf die Eigenschaft als Mitglied. Die mexikanische Regierung hat mitgeteilt, daß sie sich dieser Suspendierung von Mitgliedern widersetzt, da sie der Auffassung ist, daß dies dem Prinzip der Universalität widerspricht, auf dem die Effizienz der internationalen Organisationen beruht. Sie lehnt die Möglichkeit des Ausschlusses auf Grund von Kriterien einer *„zweifelhaften ideologischen Konvergenz"* und damit das Mittel des Zwangs ab, um Demokratie durchzusetzen.

Obwohl die Militarisierung der OAS nicht ausdrücklich als wichtigster Tagesordnungspunkt der Generalversammlung genannt wird, hat Washington darauf hingearbeitet. Das Ziel besteht darin, die OAS in eine Organisation zu verwandeln, die zum "Richter" über die Demokratien Amerikas wird, mit dem Recht, nach Freibeutermanier überall dort militärisch zu intervenieren, wo sie der Ansicht sind, daß die Demokratie nicht funktioniert. Für diese Neuauflage ihrer Rolle als "Weltpolizist" brauchen die USA eine OAS, die über die Regierungen der Region zu Gericht sitzt, die über eine überall verfügbare Eingreiftruppe verfügt — ein alter Wunschtraum der USA — und die an jedem beliebigen Punkt des Subkontinents unter der Fahne der OAS eingesetzt werden kann, wobei sie sich über die nationale Souveränität und nationalen Streitkräfte der betroffenen Länder hinwegsetzt. Dies geschähe in gleicher Weise wie vor wenigen Jahren am Persischen Golf und jetzt in Somalia, wo die UNO als Präservativ des Pentagons fungiert. Die USA müssen ihren Anspruch, in Lateinamerika militärisch intervenieren zu dürfen, im voraus legitimieren. Denn der übertriebene Neo-Liberalismus, den die Technokraten, die gegenwärtig an der Macht sind, nach dem Rezept des IWF anwenden, hat dazu geführt, daß die Proteste sich vervielfältigen und die schwächlichen Demokratien ins Wanken geraten (...).

Carlos Fazio aus **»El Financiero«**, 15. Dezember 1992, Mexico
(Übersetzung: Christian Neven-du Mont)



"Die Amnestie blockiert die Aufklärung der Verbrechen"

Interview mit Ana Guadelupe Martinez

Am 15.3.93 veröffentlichten die Vereinten Nationen den Bericht ihrer Wahrheitskommission über die Menschenrechtsverletzungen zwischen 1980 und 1991 in El Salvador. Dem Bericht zufolge sind Armee, Polizei- und paramilitärische Einheiten sowie deren Todesschwadronen für 85 Prozent aller untersuchten Verbrechen verantwortlich. Die Befreiungsfront Farabuno Marti (FMLN) trägt für fünf Prozent der Untaten die Verantwortung.
Nach der Veröffentlichung des Berichts beschloß die Rechtsmehrheit des salvadorianischen Parlaments unter Führung der regierenden ARENA-Partei eine Generalamnestie für alle Verbrechen während des zwölfjährigen Bürgerkrieges.

Welche Konsequenzen hatte die Veröffentlichung des Berichts der UNO-Wahrheitskommission für El Salvador?

Es wurde bestätigt, was viele vermuteten, daß die Armeeführung für die Ermordung der sechs Jesuitenpater verantwortlich war. Auch der Tod von Erzbischof Romero konnte aufgeklärt werden.[1]

Der salvadorianischen Justiz und im besonderen dem Obersten Gerichtshof wird im Bericht der Wahrheitskommission Untätigkeit und Parteilichkeit vorgeworfen. Was halten Sie von der Forderung, daß der ganze Gerichtshof geschlossen zurücktreten soll?[2]

Ein Rücktritt ist zwar positiv zu bewerten, er sollte jedoch schrittweise erfolgen. Damit würde die völlige Enthauptung einer staatlichen Instanz verhindert. Die Veränderung des Obersten Gerichtshofes ist für das ganze Justizsystem sehr bedeutend. Dieser Prozeß wird allerdings mehr Zeit in Anspruch nehmen. Ich schätze etwa zehn Jahre.

Aufgrund des von der rechtsextremen ARENA-Partei und ihren Verbündeten MAC und PCN verabschiedeten Amnestiegesetzes wurden die beiden Militärs wieder freigelassen, die als einzige für die Ermordung der sechs Jesuitenpater zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren. Bedeutet das einen Rückschlag für die Aufklärung der Verbrechen und die Bestrafung der Täter, wie sie die UNO-Wahrheitskommission fordert?

Nein. Denn die Jesuiten selbst haben gefordert, daß die beiden Offiziere aus der Haft entlassen werden sollen. Die Jesuiten vertreten die Meinung, daß zunächst die Wahrheit aufgedeckt werden muß, dann ein Gerichtsverfahren stattfinden soll, um hinterher zu verzeihen. Oberst Benavides und Leutnant Mendoza haben diesen Zyklus Wahrheit-Justiz-Vergebung abgeschlossen. Hier liegt das Problem nicht bei den beiden, die schon im Gefängnis waren und freigelassen wurden, sondern darin, daß andere diesen Zyklus nicht durchlaufen haben.

Ist die FMLN bereit, die Amnestie zu akzeptieren?

Nach Meinung der FMLN erfolgte die Ankündigung der Amnestie vorschnell. Ein Teil der FMLN vertritt die Ansicht, daß mit der Amnestie die Untersuchung weiterer Übergriffe verhindert wird. Dabei gibt es noch wichtige Fälle, die aufgeklärt werden sollten. Beispielsweise die Rolle der rechtsextremen Zivilisten, welche in die Finanzierung der Todesschwadronen verwickelt waren. Wenn die Nachforschungen nicht fortgeführt werden, dann wird die zivile extreme Rechte, (die sich parteipolitisch in der ARENA-Partei organisiert, Red.) die für den schmutzigen Krieg erhebliche Verantwortung hatte, straffrei ausgehen.

Sehen Sie eine Möglichkeit, das Amnestiegesetz wieder rückgängig zu machen?

Das ist sehr schwierig. Wir haben im Parlament nicht die dafür erforderlichen Stimmen. Präsident Cristiani (ARENA-Partei), der das Amnestiegesetz rückgängig machen könnte, ist davon überzeugt, daß er das

Portrait Ana Guadelupe Martínez

Sie gehört zur Führungsspitze des 'Revolutionären Volksheeres' (ERP), das mit vier weiteren Organisationen die Befreiungsbewegung 'Farabundo Marti' (FMLN) bildet. Seit der Gründung der Befreiungsbewegung ist Ana Guadelupe Martínez Mitglied der 'politisch-diplomatischen Kommission der FMLN'. Sie lebte fast während der gesamten Zeit des Krieges in Nicaragua, wirkte als Diplomatin und baute für die Guerillabewegung Nachschubwege auf.

Laut Meinungsumfragen ist Ana Guadelupe Martínez eine der bekanntesten und beliebtesten Vertreterinnen der FMLN. Sie stieß 1972 zum ERP. Im Juli 1976 entführten sie 'schwerbewaffnete Unbekannte in Zivilkleidung', die sie in einem geheimen Gefängnis der Sicherheitskräfte neun Monate folterten bis sie von ihren Mitstreitern freigepreßt werden konnte. Ana Guadelupe Martínez ist heute mit die profilierteste Vertreterin der sozialdemokratischen Tendenz innerhalb der ehemaligen Befreiungsbewegung FMLN.

Der Bericht der Wahrheitskommission fordert, daß sie - sowie fünf weitere Führungsmitglieder des ERP - für zehn Jahre von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen werden soll, da sie für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sei.



Den Zyklus Wahrheit-Justiz-Vergebung abschließen

Gesetz braucht, um Teile der Armee zu beruhigen. Die Rücknahme des Gesetzes ist deshalb nicht sehr wahrscheinlich. Aber man sollte die Amnestie so anwenden, daß sie weitere Untersuchungen nicht verhindert. Auch von Fällen, die der FMLN zur Last gelegt werden, die jedoch nicht geklärt werden konnten.

Während Sie betonen, daß die Untersuchungen weitergehen sollen, sagt Präsident Cristiani, daß dieses Kapitel abgeschlossen werden muß, um die Stabilität des Landes nicht zu gefährden!

Ich persönlich bin der Meinung - und diese Position teilt auch unsere Organisation -, daß die Nachforschungen weiter gehen müssen. Es gibt Fälle, die andere FMLN-Organisationen betreffen, die unbedingt bekannt werden müssen, um ethische Prinzipien zu stärken. Die FMLN muß auch über diese Fälle sprechen. Nur so kann sie eine Politik neuen Typs machen.

Teilen beide Tendenzen, die es ja mittlerweile in der FMLN gibt, diesen Standpunkt?

Nicht unbedingt. Ein Teil der FMLN hat die Amnestie als unakzeptabel abgelehnt, weil damit die juristische Verurteilung derjenigen verhindert wird, die im Bericht der UNO-Wahrheitskommission namentlich genannt werden. Wir, die andere Tendenz, sagen, daß die Amnestie nicht weiterverfolgt werden soll, weil die Vertiefung des Untersuchungsberichts nötig ist. Beide Tendenzen in der FMLN lehnen also die Amnestie ab, jedoch aus unterschiedlichen Gründen.

Zusammen mit fünf Führungsmitgliedern des 'Revolutionären Volksheeres' (ERP) sind Sie in dem Bericht als Verantwortliche für Übergriffe der FMLN genannt. Haben Sie die Erschießung der elf gefangenen Bürgermeister mit befohlen?

Ich habe keinen Befehl dazu gegeben. Hier zeigt sich sehr deutlich, daß die Untersuchungsmethode der UNO-Wahrheitskommission fehlerhaft war. Sie konnte nämlich nicht angemessen würdigen, daß wenn die Führung einer Organisation sich aus ethischen Gründen dazu entschied, die Verantwortung für einen Teil der Vorfälle zu übernehmen, die das Land erschütterten, daß dies nicht bedeutete, für alles verantwortlich zu sein. Von der FMLN wurden insgesamt 26 Bürgermeister getötet. Unsere Organisation, der ERP, hat davon elf erschossen. Ich erklärte mich als Teil der ERP-Führung für diese elf Todesfälle mit verantwortlich. Die UNO- Wahrheitskommission wußte jedoch sehr genau, daß ich immer im Ausland lebte.

Sind Sie trotz dieser Mängel bereit, deren Empfehlungen zu akzeptieren?

Ja, alle sechs, die wir im Bericht genannt wurden, sind dazu bereit, damit der Transformationsprozeß in unserem Land weitergehen kann. Aber unter der Bedingung, daß auch die Wahrheit in den anderen, bisher ungeklärten Fällen veröffentlicht wird. Es kann nicht angehen, daß ein Teil sanktioniert wird und ein anderer mit einer sauberen Weste dasteht und ohne Strafe davonkommt.

Haben Sie ihre Funktion als politische Führungsperson aufgegeben?

Nein, denn die Sanktionen der UNO-Wahrheitskommission beziehen sich nur auf öffentliche Wahlämter. Das Ausüben von Führungsaufgaben in unserer Organisation ist davon nicht betroffen.

Interview: Albert Sterr
Autor von 'Ches Erben - Gespräche zur aktuellen Politik der Guerilla in Lateinamerika'. Neuer ISP-Verlag Mai 1993

Anmerkung:
1) Die Kommission konnte bestätigen, daß der verstorbene Roberto D'Abuisson für dessen Ermordung verantwortlich war
2) Wie anderen Justizbeamten auch hat die Wahrheitskommission dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Mauricio Gutiérrez Castro, vorgeworfen, ihre Untersuchungen durch das Ignorieren von Anfragen und die Verweigerung von Dokumenten behindert zu haben. Gutiérrez soll sich insbesondere mit parteipolitischen Motiven - er ist prominentes Mitglied der regierenden ARENA-Partei - in die Aufklärung des Massakers an Hunderten von Bauern im Jahr 1981 in El Mozote eingemischt haben

Weltmarkt-Industrialisierung als Illusion

Eine Antwort auf Eßer, Altvater, Thielen...

Der Beitrag Klaus Eßers, mit dem wir in Nummer 187 der "blätter" eine Diskussion zum Thema 'Industrialisierung und Weltmarktintegration' anstießen, und auf den schon zwei harsche Erwiderungen folgten (Elmar Altvater in Nr.188, Helmut Thielen in 189), steht auch in der Schußlinie des folgenden Textes. Der Autor teilt einige der Positionen Altvaters und Thielens, er setzt aber seine (Welt-)Kapitalismuskritik noch ein Stück grundsätzlicher an als beide: er stößt vor bis zur Basisstruktur kapitalistischer Vergesellschaftung, dem Ware-Geld-System.

Wer schon einmal längere Zeit regelmäßig in einer Uni-Mensa oder Betriebs-Kantine gegessen hat, kennt das Phänomen: Je einfallsloser der Küchenchef und je ungenießbarer das Essen, desto anspruchsvoller klingt der Speiseplan. Das Einheitsgulasch wird unter mindestens zehn verschiedenen Namen verkauft, die durchweg jedem Feinschmeckerlokal alle Ehre machen würden, und die Maggi-Fertigsuppen machen Karriere als Minestrone oder Bouillabaisse. Nach dem offensichtlichen Scheitern aller Konzepte nachholender Modernisierung in den Ländern des Südens und des Ostens muß sich die Marktwirtschafts-Apologetik heute ähnlich fader Tricks bedienen, um ihre ideologischen Eintöpfe noch unter's Volk zu bringen.

Wo theoretische wie praktische Perspektiven fehlen, da klappern die "Neo"-Begriffe, und die akademische Wortakrobatik produziert vielsagende Sätze wie: "Es ist nicht möglich, den nationalistischen, etatistischen und unternehmensfeindlichen Strukturalismus lateinamerikanischer Prägung, der wirtschaftspolitisch unfruchtbare Zwitterpositionen zwischen 'Markt und Plan' entwickelte, durch einen schnell konzipierten Neostrukturalismus zu ersetzen. Dies bedeutet nicht, daß einem pragmatischen Neostrukturalismus als Alternative zum vorherrschenden Neoliberalismus künftig keine Bedeutung zukommen könnte" (Klaus Eßer in blätter des iz3W, Nr. 187).

Alles klar? So aufgedonnert die Begrifflichkeit, so abgeschmackt und abgestanden die Argumentationsmuster. Frau Thatcher kannte keine Gesellschaft, sondern nur Individuen, für Eßer gibt es offensichtlich nur Modernisierungsakteure und Marktteilnehmer, aber keine Weltmarktvergesellschaftung - weshalb es für ihn auch letztlich in der Verantwortung jedes einzelnen Landes liegt, ob es erfolgreich ist oder nicht. Jeder Versuch, die Perspektiven nachholender Modernisierung im Kontext ihrer globalen ökonomischen und stofflichen Rahmenbedingungen zu diskutieren, wie dies etwa Elmar Altvater in seiner Replik versucht, gilt ihm als verdächtige "Großtheorie". Kein Wunder, denn ließe er sich ernsthaft auf diese Diskussion ein, würde sich sein schlichtes Weltbild sehr schnell blamieren. Nun denn. Zur höchstwahrscheinlich großen Freude des Herrn Eßer, hier eine weitere "Großtheorie" (oder vielmehr eine Skizze davon) als Beitrag zur laufenden Diskussion.

Die Nationalökonomie unter der Walze des globalen Kapitalverwertungsmechanismus

Der Prozeß nachholender Modernisierung in den Ländern des Südens (und des Ostens) trägt durch und durch tragische Züge. Er könnte als der Versuch beschrieben werden, kohärente nationalökonomische Strukturen zu einem Zeitpunkt aufzubauen, zu dem sich die Nationalökonomie als primärer Bezugsrahmen des Produktions- und Marktprozesess bereits in der Auflösung befand. Bis in die Weltkriegsepoche hinein segmentierte sich der Weltmarkt in weitgehend gegeneinander abgegrenzte politisch-ökonomische Binnenräume (Nationalstaaten und Kolonialreiche), die zwar über Warenaustausch miteinander verbunden, doch stofflich-gesellschaftlich primär intern vernetzt waren. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg bildete sich ein Weltmarkt im strengen Sinne des Wortes heraus, indem sich mit dem Vormarsch der - auf der Technologie des Fließbandes beruhenden - industriellen Massenproduktion überall auf der Welt einheitliche Produktions- und Konsumnormen durchsetzten. Allerdings sprengte auch dieser sogenannte Fordismus den Bezugsrahmen des Nationalstaats nicht ganz, denn trotz seines internationalen Charakters waren die einzelnen Fertigungs- und Vermarktungskreisläufe noch in hohem Maße binnenökonomisch organisiert. Natürlich gab es Austauschbeziehungen zwischen den einzelnen Bereichen, Sparten und Standorten der multinational operierenden Unternehmen, doch, verglichen mit heutigem Standard, war die übergreifende Vernetzung innerhalb der Konzernverbünde gering. Im wesentlichen bestand sie darin, daß die zentralen Produktionsstandorte die kleineren Niederlassungen mit Vor- und Zwischenprodukten versorgten, die diese dann weiterverarbeiteten und im betreffenden Land vermarkteten. Formell betrachtet war die Grundstruktur dieses Beziehungsgeflechts stark zentralistisch, doch de facto hatten die einzelnen Niederlassungen vor Ort einen größeren Spielraum als die heutigen Ableger der global organisierten Verwertungsaggregate, die sich möglichst reibungslos in das Unternehmens-Gesamtkonzept einzufügen haben. Sie waren so etwas wie die kleinen Kopien des großen Originals und konnten innerhalb des vorgegebenen regionalen Rahmens mit einer gewissen Selbständigkeit operieren.

Diese spezifische Zwitterstellung des Fordismus zwischen internationaler Orientierung einerseits und noch nicht vollständiger Überwindung des nationalökonomischen Bezugsrahmens andererseits, prägte den Prozeß der nachholenden Modernisierung in der Dritten Welt in entscheidender Weise. Das Konzept der Binnenmarktentwicklung kollidierte nicht grundsätzlich mit

den Bedürfnissen der internationalen Kapitalverwertung, vorausgesetzt die Märkte wurden nicht vollständig abgeschottet und die ausländischen Investitionen hinreichend vor Enteignung geschützt. Unter diesen Bedingungen konnte in einigen Ländern eine einigermaßen kohärente industrielle Struktur entstehen - so etwas wie ein nationaler Bonsai-Fordismus. Der Preis hierfür waren allerdings gewaltige binnenökonomische und soziale Disparitäten, denn der moderne Sektor schuf Arbeitsplätze und damit Kaufkraft nur für einen kleinen Teil der Gesamtbevölkerung, während die große Mehrheit marginalisiert wurde (bekannt als "strukturelle Heterogenität").

Mit dem Auslaufen des fordistischen Booms und der beginnenden Durchsetzung der neuen Kommunikations-, Informations- und Transporttechnologien (gegen Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre) setzte ein fundamentaler Strukturwandel ein, der den kapitalistischen Verwertungsapparat erst im wirklichen Sinne des Wortes

Na, wie geht's?

globalisierte. Stellten die Unternehmenskolosse bisher an verschiedenen Orten der Welt parallel gleiche oder ähnliche Produkte her und vermarkteten sie dann in der Regel regional, so gingen sie nun dazu über, den Gesamtprozeß der Entwicklung, der Produktion und des Vertriebs eines Produktes von vorneherein im weltumspannenden Maßstab zu organisieren ("global sourcing"). Der Gesamtprozeß wurde in seine einzelnen Elemente und Abschnitte zerlegt und nach Kriterien betriebswirtschaftlicher Rentabilität über den gesamten Erdball verteilt: arbeitsintensive Teilprozesse, wie die Herstellung von Elektronikbauteilen wurden in "Billiglohnländer" und Weltmarktfabriken ausgelagert, während höher qualifiziertere Arbeiten in den westlichen Industrienationen verblieben.

Die Strategie der Binnenmarktorientierung wurde unter diesen veränderten Bedingungen zunehmend dysfunktional und kontraproduktiv für den Prozeß der globalen Kapitalverwertung, und die Länder der Dritten Welt, die diese Strategie verfolgten, gerieten nun von zwei Seiten immer stärker unter Druck. Zum einen wurden sie für die multinationalen Unternehmen uninteressanter, weil diese keine Stützpunkte auf Binnenmärkten mehr suchten, sondern Produktionsstandorte, die sich in ihr Konzept des global sourcing einfügten. Barrieren, die dem reibungslosen und schnellen Verkehr der Güter- und Finanzströme im Wege standen, konnten da nur hinderlich sein. Zum anderen aber büßte die national betriebene Produktion immer mehr an internationaler Konkurrenzfähigkeit ein, weil sie nicht mit den enormen Produktivitätssteigerungen der postfordistischen Verwertungsmaschinerie Schritt halten konnte.

Schon immer hatte das Grunddilemma der Importsubstitutionsstrategie darin bestanden, daß diese letztlich einen höheren Importbedarf induzierte als sie zu ersetzen imstande war, denn nicht nur die moderne Technologie und westliche Konsumgüter für die urbanen Modernisierungsschichten, sondern auch viele Roh- und Werkstoffe sowie Vor- und Zwischenprodukte mußten eingeführt werden. Vor dem Hintergrund der Globalisierung der Produktion und der mikroelektronischen Revolution schnappte diese Falle nun zu. Die Exportfähigkeit der südlichen Ökonomien schmolz zunehmend dahin, während gleichzeitig der Devisenbedarf weiter anstieg.



Essers verstellter Blick auf die gesellschaftliche Basisstruktur

Aus all dem läßt sich allerdings keinesfalls den Schluß ziehen, die Binnenmarktorientierung sei eben einfach das "falsche Konzept" gewesen. Und geradezu lächerlich ist die "Erklärung", die etatistisch-binnenmarkt-orientierte Entwicklungsstrategie in den Ländern des Südens (und in der extremeren Variante, in den Ländern des "Realsozialismus") sei letzten Endes an der Unfähigkeit der verantwortlichen Modernisierungsakteure gescheitert, die - wie Eßer sich ausdrückt - "über Jahrzehnte" eine "an partikularen Interessen orientierte abenteuerliche Wirtschaftspolitik" betrieben hätten (blätter des iz3w, Nr. 189). Damit dreht er nur jene linke subjektivistische Sichtweise um, die für das Mißlingen der nationalen Emanzipationsprozesse in der Dritten Welt immer das Eingreifen äußerer imperialistischer Mächte verantwortlich machte. Wie die traditionelle Linke sucht auch Eßer nach bestimmten Subjekten (möglichst mit Namen und Adresse), die für das zur Rechenschaft gezogen werden können, was der blinde Selbstlauf der Ware-Geld-Gesellschaft angerichtet hat.

Zwar hat die mehr oder weniger konsequente Abschottung von der Weltmarktkonkurrenz und die starke Stellung des Staatsapparates bestimmte Sklerotisierungserscheinungen (Aufblähung der Bürokratie, Korruption, Klientelismus etc.) produziert, die zunehmend auch begannen den Modernisierungsprozeß zu behindern. Es ist allerdings völlig kurzsichtig, hierin die "Ursachen" für das Scheitern der (lateinamerikanischen) Entwicklungsbemühungen ausmachen zu wollen. Vielmehr handelt es sich um Sekundäreffekte, die sich zwangsläufig überall dort einstellen, wo versucht wird, die Konkurrenz- und Marktlogik administrativ zu manipulieren, ohne sie als Ganzes aufzuheben. Unter diesen Umständen werden zwar bestimmte Mechanismen an der Oberfläche des Marktgeschehens (Preisbildung,

Man schlägt sich so durch

Ausgleich von Angebot und Nachfrage über die Marktkonkurrenz) unterbrochen oder behindert, die Basisstruktur des Ware-Geld-Systems bleibt aber unangetastet.

Diese Basisstruktur besteht darin, daß die Einzelnen ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang fremd und äußerlich gegenüberstehen und sich mit ihm bloß abstrakt - nämlich über das Geld - vermitteln. Im Geld erscheint zwar ihre Gesellschaftlichkeit,

doch sie erscheint, gewissermaßen auf den Kopf gestellt, als etwas Partikulares. So kommt es zu dem Paradoxon, daß die Einzelnen sich als gesellschaftliche Wesen nur betätigen können, indem sie ihre partikularen Interessen und Ziele verfolgen, und sich somit beständig über das hinwegsetzen, was (seinerseits bloß abstrakt) als "Allgemeinwohl" definiert werden kann (z.B. ein bestimmtes "Entwicklungsziel"). Dabei sind die Einzelnen allerdings durchaus flexibel; sie passen sich den jeweiligen politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen an. Letzten Endes ist es ihnen gleichgültig, ob steigende Aktienkurse ihren Geldbeutel füllen oder ob ein Pöstchen in der Zollbehörde sich als rentierlich erweist.

Der Erfolg der asiatischen Tiger ist nicht verallgemeinerbar

Tatsächlich hat es im breiten Maßstab nie eine Alternative zur etatistisch-binnenmarktorientierten Entwicklungsstrategie gegeben. Unter den Bedingungen bereits fortgeschrittener Produktivitätsentwicklung auf dem Weltmarkt, blieb den südlichen Ländern in ihrer großen Mehrheit keine andere Wahl, wenn sie einigermaßen kohärente nationalökonomische Strukturen aufbauen wollten; auch wenn sich a posteriori sagen läßt, daß der Wettlauf mit der westlichen Konkurrenz nicht gewonnen werden konnte. Daß einzelne Länder mit der Strategie der Exportorientierung seit den sechziger Jahren relativ erfolgreich waren, liegt einzig und allein daran, daß sich diese glücklich in die Durchsetzungsphase der postfordistischen Globalisierung der Verwertungsproduktion einfügte. Die "Kleinen Tiger" standen gewissermaßen zum richtigen Zeitpunkt am Start, als nämlich die Suche nach verlängerten Werkbänken der Weltmarktproduktion und nach Billiglohnländern gerade begann.

Doch erstens könnte sich der "Erfolg" dieser Länder sehr schnell in einen Bumerang verwandeln, denn weil sie nie einen dynamischen Binnenmarkt entwickelten, sind sie in extremem Maße von der Nachfrage auf dem Weltmarkt und damit vom Verlauf der Weltkonjunktur abhängig. Die Kombination aus relativ kapitalintensiver Produktion bei gleichzeitig extrem niedrigen Löhnen hat dazu beigetragen, daß keine ausreichende interne Kaufkraft entstanden ist, die den Ausfall der Exportnachfrage ausgleichen könnte. Soweit andererseits diese Kaufkraftlücke durch Lohnsteigerungen auch nur annähernd geschlossen wird (wie in Südkorea in den letzten Jahren), geht dies nur zu Lasten der internationalen Konkurrenzfähigkeit. Die weltmarktorientierte Entwicklungsstrategie bewegt sich also in einem unauflösbaren Widerspruch, der in der beginnenden Weltmarktkrise gewaltig explodieren und alle bisherigen "Erfolge" schnell wieder zunichte machen könnte.

Dies verweist noch auf ein Zweites: Das exportorientierte "Entwicklungsmodell" ist nicht verallgemeinerbar. Die "Kleinen Tiger" könnten nämlich nur dann erfolgreiche Nachahmer finden, wenn die kaufkräftige Nachfrage (nach den betreffenden Exportprodukten) insgesamt, d.h. weltweit, weiter expandieren würde. Woher aber sollte diese Kaufkraft kommen, wenn alle Länder der Dritten Welt und des gescheiterten "Realsozialismus" auf der Billiglohnschiene fahren? In den westlichen Industrienationen ist durch die flächendeckende Automatisierung einerseits und die Auslagerung der arbeitsintensiveren Teilabschnitte der Produktion andererseits in den letzten fünfzehn bis zwanzig Jahren systematisch produktiv geschöpfte Kaufkraft - d.h. Kaufkraft, die im industriellen Arbeitsprozeß entstanden ist - vernichtet worden. Eine zeitlang konnte diese "Kaufkraftlücke" durch eine riesige Verschuldung staatlicher- wie privaterseits geschlossen werden; der gesamte Boom der achtziger Jahre basierte wesentlich hierauf. Doch mittlerweile hat sich überall Katerstimmung breit gemacht. Die westlichen Schuldenberge (und nicht nur die) wachsen zwar in gewaltigem Tempo weiter, aber die Neuverschuldung kann nicht mehr (oder nur noch zu geringen Teilen) in den Konsum geschleust werden. Sie dient in erster Linie der Prolongierung der längst abgelaufenen Wechsel, während auf der anderen Seite die staatlichen und privaten Ausgaben auf allen Ebenen zurückgefahren werden. Schon jetzt wachsen in Fernost die Halden von Videorecordern, Farbfernsehern und Autos; und sie werden noch größer werden, wenn die Weltmarktkrise mit voller Wucht durchschlägt und das Kartenhaus der globalen Finanzmanipulationen in sich zusammenbricht. Wo sollte also noch Platz für weitere Newcomer sein?



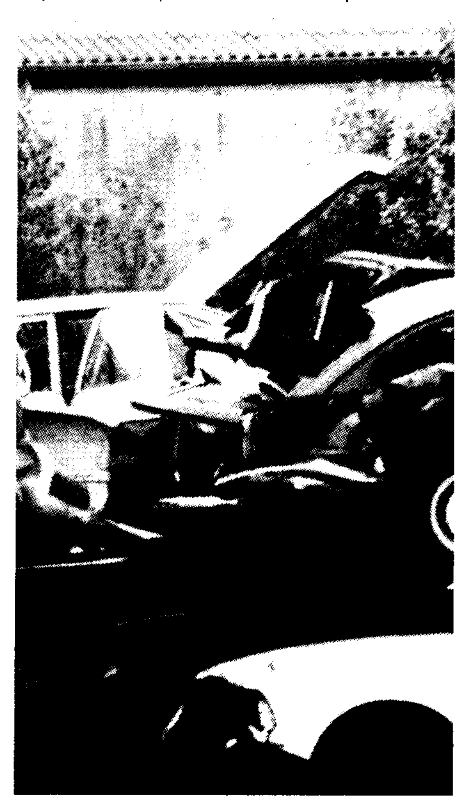
Im Mai '92 schossen die thailändischen Militärs in die Demokratiebewegung

Vor dem Hintergrund dieser Gesamtkonstellation mutet Eßers Vorstellung reichlich abenteuerlich an, die Länder Lateinamerikas bräuchten bloß ihre Strukturen auf den Meso- und sonstigen Ebenen in Ordnung bringen, um aus dem Teufelskreis der Verarmung auszubrechen. Das ist ungefähr so geistreich, wie die Massenarbeitslosigkeit durch Umschulungsmaßnahmen beseitigen

zu wollen. Nicht anders als die sogenannten "Strukturanpassungsprogramme" von Weltbank und IWF zielen die vorgeschlagenen Strukturveränderungen erklärtermaßen nicht etwa darauf, die allgemeine Versorgungslage der Bevölkerung zu verbessern, sondern darauf, die betreffenden Länder fit für die Weltmarktkonkurrenz zu machen. Deshalb werden sie auch keinen anderen Effekt haben, als das Massenelend im Süden und Osten weiter zu vergrößern, denn alle nationalen Anstrengungen sind umsonst, wo die Integrationsfähigkeit des globalen Ware-Geld-Systems erschöpft ist.

Eine Perspektive jenseits der Warenlogik

Es wird daher jetzt darum gehen müssen, eine gänzlich neue Perspektive von gesellschaftlicher Entwicklung im umfassenden Sinne des Wortes zu eröffnen - jenseits der betriebswirtschaftlichen Rentabilitätslogik. Konzepte, wie die einer "solaren Revolution" (Altvater, siehe "blätter des iz3w" 188) oder einer "rural-ökologischen-Entwicklung" (Thielen, siehe "blätter" 189) haben in diesem Zusammenhang sicherlich ihre relative Berechtigung. Es ist zweifellos richtig, daß der Raubbau an den natürlichen Ressourcen und die Verschleuderung fossiler Energieträger radikal gestoppt werden muß, wenn die menschlichen Lebensgrundlagen erhalten werden sollen. Dabei könnte, was die stoffliche Seite angeht, die Solarenergie durchaus eine wichtige Rolle spielen. Des weiteren wird eine Gesellschaft, die sich an den stofflich-sinnlichen Bedürfnissen der Menschen orientiert, sicherlich auch die kapitalistisch produzierte Metropolen-Peripherie-Polarität aufbrechen müssen, die einerseits unwirtliche bis unbewohnbare städtische Mega-Kolosse hervorgebracht und andererseits die ländlichen Gebiete über großflächige Monokultur-Landwirtschaft und ökologischen Raubbau entvölkert und verödet hat.



Allerdings hängen beide Konzepte in der Luft. Zum einen destillieren sie bloß einige (wenn auch wichtige) Aspekte der stofflichen Reproduktionsproblematik heraus. Zum anderen setzen sowohl Altvater als auch Thielen - halb implizit, halb explizit - voraus, ihre Konzepte seien mit der Geld- und Marktlogik kompatibel. Während Altvater die "informationellen Effizienzkriterien" des Marktes retten möchte, flüchtet sich Thielen zurück in die vermeintlich heile Welt der "autozentrierten Entwicklung". Damit setzen sie sich aber über die Tatsache hinweg, daß das Geld eben nicht einfach ein an sich neutrales Instrument oder Werkzeug ist, daß für "falsche" oder "richtige" Zwecke "eingesetzt" werden kann. Wäre dem so, dann käme es tatsächlich bloß darauf an, welche Subjekte jeweils die leitenden Positionen und die Regierungsämter in einer Gesellschaft besetzten. Tatsächlich aber ist das Ware-Geld-System ein Zwangssystem, das seinen eigenen blinden Gesetzen folgt, die immanent nicht willkürlich durchbrochen werden können. Dies macht den Fetischcharakter von Ware und Geld aus, von dem Marx spricht.

Ökonomisch drückt sich dieser Fetischcharakter darin aus, daß die kapitalistische Verwertungsproduktion nur einem einzigen "Zweck" folgt und folgen kann: dem der Vermehrung der eingesetzten abstrakten Geldquantität oder - anders ausgedrückt - dem Selbstzweck, aus einer Mark zwei zu machen. Jeder bestimmte stoffliche Inhalt ist dieser Verwertungsbewegung äußerlich; er gilt ihr - ob Produktion von Giftgas oder Joghurt - immer nur als Mittel zur Erfüllung ihres Selbstzwecks. Daher können auch innerhalb dieser Logik sinnliche Qualitäten und menschliche Bedürfnisse nie als solche geltend gemacht werden, sondern müssen immer durch das erbärmliche Raster von "Kaufkraft" und "Rentabilität" hindurchgepreßt werden. Von der Sache her ansatzweise sinnvolle Konzepte, wie die von Altvater und Thielen (und wie sie ja auch die Öko- und Alternativbewegung hervorbrachte), scheitern daher unter diesen Bedingungen schon allein daran, daß sie sich betriebswirtschaftlich nicht "rentieren"; daß beispielsweise regenerierbare Energiequellen "zu teuer" oder umweltschonendere Formen landwirtschaftlicher Produktion "zu arbeitsintensiv" sind.



Dies wirft allerdings eine grundsätzliche Frage auf: Weshalb sollten eigentlich zunächst in einem ersten Schritt gesellschaftlich-qualitative Ziele definiert werden, um diese dann in einem zweiten Schritt noch einmal in die Sprache des Geldes zu übersetzen? Weshalb nicht gleich auf diesen zweiten Schritt verzichten und die stofflich-sinnlichen Angelegenheiten als solche behandeln? Weshalb nicht einfach die Nahrunsmittel, Dachziegel, Bücher und Solaranlagen im erforderlichen Maße produzieren, statt sich vergeblich darüber den Kopf zu zerbrechen, wie die Menschen mit der notwendigen "Kaufkraft" ausgestattet werden können, um diese Dinge zu erwerben?

Welche praktischen Schlußfolgerungen können hieraus gezogen werden? Zunächst einmal gilt es anzuerkennen, daß der Weltmarkt keine wie auch immer geartete "Entwicklungsperspektive" für den größten Teil der Menschheit mehr zu bieten hat. Im Gegenteil: Die Implosion des Weltmarkts macht immer mehr Menschen und Regionen "überflüssig" - zunehmend auch in den westlichen Metropolen -, während gleichzeitig die Zerstörung der Lebensgrundlagen in rasantem Tempo voranschreitet. Doch die fundamentale Krise des Ware-Geld-System setzt nicht nur massenhaft destruktive Tendenzen frei, sie bringt auch Anknüpfungspunkte für dessen praktische Aufhebung hervor. So sind beispielsweise überall auf der Welt größere und kleinere Projekte der Selbsthilfe entstanden, in denen die Menschen damit begonnen haben (auf zumeist extrem bescheidenem Niveau), ihren Lebensalltag partiell entkoppelt von den Geldkreisläufen zu organisieren. Eine neue internationale, antimonetäre Oppositionsbewegung wird diese Projekte gezielt unterstützen und mit vorantreiben müssen. Nicht nur, weil sie unter den gegebenen Verhältnissen - ganz praktisch gesehen - die einzige Überlebensperspektive für Millionen von Menschen darstellen, die nicht die geringste Aussicht mehr haben, je zu regulären Geldsubjekten, und damit erst zu "wirklichen Menschen" im Sinne des warenproduzierenden Weltsystems, zu werden; sondern auch, weil sie, indem sie sich außerhalb der Rentabilitätslogik bewegen, den Keim einer neuen gesellschaftlichen Reproduktion in sich tragen.

Überregionale Netzwerke praktischer wechselseitiger Hilfe zu knüpfen und parallel dazu die Destruktionspotentiale des entfesselten Verwertungsmechanismus weltweit gezielt zu blockieren, wo immer möglich (wie beispielsweise beim Kampf gegen Großprojekte wie dem Narmada-Staudamm), könnten wichtige Vermittlungsschritte in Richtung auf eine nicht-warenförmige Weltgesellschaft sein.

Norbert Trenkle

Ethnizität und Wahlen

Weshalb die Opposition verloren hat

Entgegen vielen Erwartungen haben die ersten Mehrparteienwahlen seit 1966 keinen Wechsel der politische Führung in Kenia bewirkt, obgleich bis Mitte 1992 alles für einen Wahlsieg der Opposition gesprochen hat. Daniel Arap Moi, der Präsident des alten Einparteienstaates, ist auch der neue Präsident des neuen Mehrparteienstaates in Kenia. Er hat die Präsidentschaftswahlen mit einem Vorsprung von fast elf Prozent, etwa 600.000 Stimmen, vor seinem stärksten Konkurrenten der Opposition gewonnen. Im Parlament kann sich Moi ebenfalls unangefochten auf eine stabile Mehrheit etablierter Kräfte stützen: Die Abgeordneten der alten Staatspartei Kenya African National Union (KANU) verfügen dort über die absolute Mehrheit der Mandate. Im nachhinein erscheint damit das alte Einparteienregime der KANU unter den Verhältnissen eines Mehrparteiensystems demokratisch legitimiert. Das Ergebnis scheint all jenen Kritikern recht zu geben, die die politische und wirtschaftliche Intervention westlicher Industrieländer im Sinne von westlich-pluraler Demokratie in Afrika für zweifelhaft halten - sei es wegen des Vorwurfs neokolonialer oder imperialer Einmischung, sei es, weil der von außen geforderten Demokratie wenig Erfolgschancen eingeräumt werden, da es im inneren an entsprechender sozialer und politischer Voraussetzung zu einer wahrhaftigen Demokratisierung fehlt, eine zivile Gesellschaft nicht vorhanden sei, oder daß das westliche Demokratiemodell (plurale Mehrparteiendemokratie) schlicht ein künstlicher Import sei, der mit 'afrikanischer' Gesellschaft, ihrer politischen und sozialen Kultur, nicht zu vereinbaren sei.

Die Klarheit des Wahlergebnisses ist jedoch trügerisch für dergleichen Argumente. Unzweifelhaft ist zunächst, daß die Demokratisierung in Kenia, der Ende 1991 formell eingeleitete Übergang zum Mehrparteiensystem, erklärtermaßen gegen die Absicht Mois erfolgt ist. Er hatte sich nur den politischen Konditionen und Sanktionen jener westlichen Geberländer gebeugt, die ihn während des Kalten Krieges lange gestützt hatten.

Unzweifelhaft ist indessen auch, daß sich die westlichen Geberländer, als der Pariser Klub Umschuldungsverhandlungen aussetzte und weitere Kreditzusagen - unter anderem - von Fortschritten bei der Demokratisierung abhängig machte, auf Forderungen prominenter kenianischer Oppositionspolitiker stützen konnten. Diese hatten in einer Petition an den Pariser Klub eine solche Intervention zugunsten eines Mehrparteiensystems gefordert[1].

Unzweifelhaft ist ferner, daß es sich bei der kenianischen Opposition nicht um eine kleine, etwa nur elitäre Randgruppe, sondern um eine breite politische Bewegung handelt. Zudem haben Demokratisierungsforderungen auch im Hinblick auf ein Mehrparteiensystem in Kenia eine längere Geschichte; und schließlich ist in Kenia mit einem für Ostafrika vergleichsweise breitgefächerten Organisationswesen der Nichtregierungsorganisationen (NRO) im kirchlichen wie auch im Umwelt- und Bürgerrechtsbereich, zusammen mit einer wachsenden klassischen Mittelklasse von Freiberuflern und Unternehmern sowie Teilen einer politisch relativ unabhängigen Bourgeoisie, die sich von der Staatsklasse emanzipiert hat, eine Zivilgesellschaft relativ breit entfaltet.

Wahlvorbereitung, Wahlkampf und Wahlen

Unabhängige kenianische wie auch internationale Wahlbeobachter (darunter viele aus Afrika und Asien), waren sich in ihrem Urteil über die Wahlen weitgehend einig: Sie können weder uneingeschränkt als fair noch als frei angesehen werden.

Die Obstruktion hatte bereits im Herbst 1991 und vor allem im Frühjahr 1992 damit begonnen, daß offenbar mit Unterstützung staatlicher Organisationen und geschürt von Ministern und Parteigängern Mois im Siedlungsgebiet seiner Volksgruppe, der Kalenjin im westlichen Kenia (Rift Valley Province), gewaltsame 'Stammeskonflikte' inszeniert und organisiert worden waren[2]. Diese kosteten mehrere hundert Menschenleben und führten zur ethnisch selektiven Vertreibung von 50.000 Menschen (nach anderen Schätzungen mehr als 100.000). Betroffen waren davon vor allem zugewanderte Angehörige der Luyia, Kisii, Luo und vor allem Kikuyu, die bis dahin jahrelang in friedlicher Koexistenz mit den Kalenjin gelebt hatten, die aber als potentielle Wähler der Opposition galten. Aufgrund der Vertreibung konnten sie ihr Wahlrecht nicht wahrnehmen.

Höchst unzulänglich war offenbar auch die Wählerregistrierung. Mit administrativen Mitteln hatte die Regierung versucht, vor allem die Aufnahme von Jungwähler ins Wählerregister zu verhindern, indem sie anscheinend die Ausgabe von dazu notwendigen Personalausweisen verzögert hat. Nach unterschiedlichen Schätzungen waren eine bis dreieinhalb Millionen Jungwähler davon betroffen[3]. Insgesamt jedoch war schließlich in fast allen Wahlkreisen eine deutlich höhere Anzahl von Wählern registriert als bei den letzten Einparteienwahlen von 1988.

Ebenso kam es bei der Kandidatennominierung zu Unregelmäßigkeiten. Die Oppo-

sition erklärte, daß sie in 45 Wahlkreisen gehindert wurde, ihre Parlamentskandidaten zu nominieren. Tatsächlich gab es schließlich in 18 Wahlkreisen keine Oppositionskandidaten, womit die KANU bereits vor dem Wahltag fast zehn Prozent der Parlamentssitze sicher hatte. Jedoch gibt es nur gegen fünf dieser Mandate eine gerichtliche Klage wegen Behinderung der Oppositionskandidaten. In den restlichen 13 Wahlkreisen waren die Oppositionsparteien offenkundig nicht in der Lage gewesen Kandidaten zu finden und ihre Nominierung zu organisieren[4].

Von allen Beobachtern wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es keine klare Trennung zwischen staatlicher Verwaltung und der alten Staatspartei KANU gegeben hat, daß die Verwaltung jedes Maß an Unparteilichkeit hat vermissen lassen. Während des Wahlkampfes wurde die Opposition in vielen Gebieten durch die staatliche Verwaltung, durch KANU-Mitglieder und Sympatisanten in derselben, lange Zeit gehindert, reguläre Wahlveranstaltungen abzuhalten, während die KANU-Kampagnen unterstützt wurden. So wurde auch ein reger Stimmenkauf und der Kauf von Wahlausweisen durch die KANU festgestellt. Wahlbeobachter sahen indessen dabei auch Aktivitäten der Opposition, doch dürften deren Mittel, trotz ihrer Finanziers aus Unternehmerkreisen, kaum denen der KANU gleichgekommen sein. Für das letzte Quartal 1992 wurde ein beispielloses Geldmengenwachstum von 60 Prozent verzeichnet - ein deutlicher Hinweis, daß die KANU ihren Wahlkampf im weitesten Sinne mit staatlichen Mitteln finanzierte.

Die staatlichen elektronischen Medien, Fernsehen und Rundfunk, waren ganz auf die alte Staatspartei und den Staatspräsidenten eingeschworen, und die Oppositionsparteien hatten bis kurz vor dem Wahltermin kaum Zugang zu ihnen. Weniger problematisch war die Situation bei den Printmedien. Die beiden auflagenstärksten und privaten Tageszeitungen, Daily Nation und The Standard, sowie die Wochenzeitschrift Weekly Review bemühten sich ausgewogen zu berichten und in ihren Redaktionen arbeiten wohl überwiegend Sympatisanten der Opposition bzw. eines Mehrparteiensystems. Allerdings stellten Beobachter noch immer eine gewisse Selbstzensur fest. So waren die Herausgeber und Redakteure der Opposition nahestehenden Zeitschriften bis kurz vor den Wahlen von staatlicher Repression bedroht. Von einer völlig freien und unabhängigen Presse konnte bis zum Wahltag keine Rede sein[5].

Bei den Wahlen selbst kam es zu einer Vielzahl von Unregelmäßigkeiten, vor allem organisatorischer Art. Teilweise waren sie schlichter Inkompetenz der lokalen Behörden anzulasten, deren Ausmaß aber einzelne ausländische Beobachter veranlaßt hat, alles in allem von "zentral gesteuerter, systematischer Manipulation" zu sprechen[6].

Bei all dem handelt es sich - abgesehen von der faktischen Benachteiligung und Behinderung der Opposition im Vorfeld der Wahlen - größtenteils um formale Unregelmäßigkeiten. Ihr tatsächliches Ausmaß und vor allem ihre Wirkung auf das Wahlergebnis muß indessen letztlich offen bleiben. In der spannungsreichen Situation dieser Wahl wurde natürlich jede Unregelmäßigkeit von seiten der Opposition auf eine gezielte Manipulation zugunsten der Staatspartei und ihres Präsidentschaftskandidaten interpretiert. Daß die verzeichneten Unregelmäßigkeiten allen Anlaß zu gerichtlichen Anfechtungen geben, ist evident.

Die Qualität vieler Wahlanfechtungen - insgesamt wurden 90 Klagen (bei 188 Wahlkreisen) eingereicht - wird etwa darin deutlich, daß die Wahl prominenter Oppositionspolitiker in ihren ethnischen Heimatwahlkreisen mit über 90 Prozent der Stimmen vom unterlegenen Kandidaten der KANU wegen Unregelmäßigkeiten angefochten werden. Daß es dort Unregelmäßigkeiten im Sinne der Opposition gegeben haben kann, ist nicht auszuschließen. Doch kann ausgeschlossen werden, daß in diesen Wahlkreisen ein Kandidat der KANU auch nur die geringste Erfolgschance gehabt hätte. Gleiches gilt teilweise auch für die Wahlanfechtungen der Opposition.

So handelt es sich bei den Wahlanfechtungen keineswegs nur um Klagen der benachteiligten Opposition gegen KANU-Wahlsieger, denen wohl am ehesten wirksame Wahlmanipulationen mit Hilfe der Verwaltung nachzusagen wären. Daneben fechten auch in mindestens zehn Fällen die unterlegenen Kandidaten aus den verschiedenen Oppositionsparteien sich die Wahlsiege gegenseitig an[7].

In einer ersten Reaktion auf das Wahlergebnis hatten die Führer der drei stärksten Oppositionsparteien die Wahlen nicht anerkennen wollen. Für sie hat "offener und schamloser" (Matiba) Wahlbetrug vorgelegen. Doch Parteiführer aus der zweiten Reihe plädierten ebenso wie einflußreiche Kirchenführer, die sich einst für die Demokratisierung ausgesprochen hatten, für die Anerkennung des Wahlergebnisses. Sie gaben vor allem dem politischen Ränkespiel der Oppositionsführer und der parteipolitischen Spaltung die Schuld an der Wahlniederlage der Opposition. Zudem reagierte die Öffentlichkeit, vor allem aber die Parteimitglieder der Opposition, eher passiv auf die Betrugsrufe der Oppositionsführer, als daß sie sich in irgend einer Form gegen das Wahlresultat mobilisieren ließen. Dies veranlaßte schließlich die Oppositionsführer, das Wahlergebnis im Prinzip zu akzeptieren und nur Unregelmäßigkeiten in einzelnen Wahlkreisen gerichtlich anzufechten.

Die Opposition, ihre soziale Basis und ihre Spaltung

Die Opposition war im Wahlkampf in insgesamt sieben Parteien zersplittert, die mit jeweils eigenen Präsidentschaftskandidaten gegen Moi angetreten waren. Eine größere, überregionale Bedeutung hatten davon nur drei Parteien: die beiden einst aus der Oppositionsbewegung Forum for the Restauration of Democracy (FORD) hervorgegangenen Parteien, Ford-Asili und Ford-Kenya sowie die Democratic Party (D.P.). Die übrigen Parteien konnten entweder keinen oder nur jeweils einen einzigen Wahlkreis gewinnen.

Ganz entscheidend für den Wahlsieg Mois war die Spaltung der Oppositionsbewegung FORD Mitte 1992. Ursprünglich war die Bürgerrechtsbewegung FORD eine ethnisch übergreifende Allianz gewesen, auch wenn sie die breiteste Unterstützung vor allem bei den Kikuyu (einschließlich der Meru und Embu) und den Luo, die beide unter Moi politisch marginalisiert worden



Präsident Moi (erster von links) ging als eindeutiger Sieger aus den Wahlen hervor



waren sowie bei Luyia gefunden hatte. Die ländliche Massenbasis der vereinten Opposition stützte sich damit vor allem auf die drei bevölkerungsstärksten Ethnien Kenias, die zusammen mehr als die Hälfte der Bevölkerung zählen.

Allerdings hatte die Opposition nicht nur diese ethnische Basis. Sie stützte sich auch, vor allem in ihrer Führungsgruppe, auf eine breite, überethnische Basis der städtischen Mittelklasse. Unter ihren führenden Repräsentanten waren Universitätsdozenten, Intellektuelle, Geistliche der verschiedenen Kirchen, Journalisten, Unternehmer und andere Freiberufler neben alten Oppositionspolitikern und ehemaligen Politikern, die einst als KANU-Mitglieder führende Positionen im Staat (Ministerämter) und in der staatlich kontrollierten Wirtschaft inne gehabt und damit der Staatsklasse angehört hatten.

Erste Konflikte hatte es innerhalb der FORD-Bewegung bereits im Dezember 1991 gegeben, als das Einparteiensystem abgeschafft wurde und FORD, das bis dahin als überparteiliches Diskussionsforum und als demokratische Sammelbewegung agiert hatte, vor der Frage stand, die Organisation als Partei registrieren zu lassen. Damals stand sich im Kern die alte Garde ehemaliger Politiker auf der einen und jüngere Oppositionelle und Bürgerrechtler, die sogenannten 'Jungtürken', zusammen mit dem Altoppositionellen Odinga auf der anderen Seite gegenüber. Letztere hatten sich gegen eine Parteigründung ausgesprochen, durchgesetzt hatte sich die Fraktion der Altpolitiker.

Anlaß für die formale Spaltung von FORD Mitte Oktober 1992 waren unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie die Präsidentschaftskandidaten nominiert werden sollten - ob durch direkte Wahlen der Parteibasis oder durch ein Wahlmännergremium. Der entscheidende Grund für die Spaltung lag allerdings in der Konkurrenz der Oppositionspolitiker um die Präsidentschaftskandidatur. Siegreich aus dem Konflikt der beiden FORD-Gruppierungen hervorgegangen waren schließlich Odinga von den Luo für FORD-Kenia und Matiba von den Kikuyu für FORD-Asili.

Beim Führungskonflikt spielten weniger ethnische Interessenkonkurrenz oder gar politisch-ideologische Gründe, sondern vor allem persönliche Rivalitäten verbunden mit extravaganten Selbstherrlichkeiten die maßgebliche Rolle. Denn beide Fraktionen waren ethnisch heterogen; führende Vertreter der Kikuyu wie auch der Luyia waren in beiden Fraktionen zu finden; nur die Luo scheinen geschlossen Odinga unterstützt zu haben.

Neben FORD waren im Januar 1992 noch weitere Oppositionsparteien gegründet worden. Die wichtigste darunter, die auch maßgeblich zur Zersplitterung und der Wahlniederlage beigetragen hat, war die Democatic Party (D.P.) gegründet von Mwai



Demonstration von Ford-Anhängerinnen im Vorfeld der Wahlen

Kibaki dem ehemaligen Vizepräsidenten Mois (bis Ende 1991). Ihr wurde lange nachgesagt, nur eine Partei der Unternehmerelite der Kikuyu oder gar eine 'KANU-B' zu sein, die nur zur Spaltung der Oppositionswähler vor allem der Kikuyu, dem stärksten ethnischen und oppositionellen Stimmenblock, beitragen sollte. Tatsächlich fand sie starken Zulauf von aktiven KANU-Politikern und gilt wie Kibaki selbst wegen seines späten Wechsels ins Lager der Opposition als Partei der 'Wendehälse'. Trotz alle dem lag Kibaki in den (noch wenig gesicherten) Umfrageergebnissen wenige Wochen vor der Wahl unter den drei Oppositionskandidaten knapp in Führung - allerdings hinter Moi[8]. Dies und die Konkurrenz um die Kikuyu-Stimmen veranlaßte Kenneth Matiba (FORD-Asili) seinen Wahlkampf vor allem gegen Kibakis D.P. und weniger gegen Moi und KANU zu führen.

Den Wählern stellte sich am Wahltag damit folgende Alternative: Auf der einen Seite eine politisch bereits lange abgewirtschaftete Partei und Regierung, die mehr oder minder die Kontinuität des Status quo versprach - besonders aus ethnopolitischer Perspektive, als vor allem die kleineren, peripheren Ethnien durch das Moi-Regime profitiert hatten. Auf der anderen Seite stand eine zersplitterte Opposition, der deshalb wenig Siegchancen einzuräumen waren. Abgesehen vom politisch-institutionellen Bereich, der Proklamation politischer Liberalität und entsprechender Reformen - FORD-Kenia versprach etwa die Autonomie der Regional- und Lokalverwaltung -, bot sie indessen kaum eine programmatische Alternative. Wirtschaftspolitisch folgten Opposition und Regierung weitgehend den Strukturanpassungsvorgaben von IWF und Weltbank.

Auch personalpolitisch vermochten die Opposionsparteien nur partiell eine Alternative zu verheißen, da sich ihre Führung mehrheitlich aus Altpolitikern zusammensetzte, die einst selbst im Moi-Regime beteiligt gewesen waren. Ausgenommen davon war allein die Riege der 'Jungtürken' in FORD-Kenia, die personell einen entscheidenden Wandel von den Prinzipien des Moi- und Kenyatta-Systems verkörperte.

Aus ethnischer Perspektive allerdings verband sich mit der Opposition ein gravierender Wechsel. Denn bei einem Oppositionssieg wären vor allem die Repräsentanten der bevölkerungsstärksten und wirtschaftlich wichtigen Ethnien an die Macht gekommen. Unter den Bedingungen ethnisch klienteler Politikkultur wäre damit auch eine staatliche Ressourcenumverteilung zugunsten der großen und zum Nachteil der kleineren Ethnien zu erwarten gewesen.

Angesichts fehlender programmatischer Alternativen und der ethnisch klientelen Politiktradition scheint für die Mehrzahl der Wähler, vor allem im ländlichen Bereich, das ethnische Kalkül, beziehungsweise das Kalkül des größten wirtschaftlichen Vorteils als ethnische Gruppe wie als Individuum, neben lokalen, oft klientelpolitischen Loyalitäten mit den verschiedenen Politikern, als das entscheidende Wahlkriterium übrig geblieben zu sein. Entsprechend haben Wahlstrategen von FORD-Kenya ihre Arbeit beschrieben: "Wir sitzen da, schauen uns Landkarten an und versuchen vorauszusehen, wer für wen, den Stämmen entsprechend, wählen wird".

Das Wahlergebnis: Die Niederlage der Opposition

Eine klare Mehrheit der Wähler votierte bei den Präsidentschaftswahlen gegen Moi und stimmte für einen Präsidentschaftskandidaten der Opposition. Moi gewann die Wahl mit nur wenig mehr als 36 Prozent der

abgegeben gültigen Stimmen, gefolgt von Matiba, Kibaki und Odinga. Moi gewann die Wahl schlicht dank der einfachen Mehrheitsregel des relativen Mehrheitswahlsystems. Das Wahlergebnis offenbart, daß es in Kenia heute einen anderen Präsidenten geben würde, wenn die Opposition vereint mit einem einzigen Kandidaten angetreten wäre, wobei wohl schon ein einzelner Kandidat der beiden FORD-Parteien genügt hätte (siehe Schaubild 1). Denn beide hätten, wenn auch nur knapp ohne D.P., in mindestens fünf der acht Provinzen 25 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können - ein Quorum, das einen Präsidenten verhindern sollte, der sich nur auf eine schmale Basis weniger ethnischer Gruppen stützt.

Weit klarer noch als bei den Präsidentenwahlen fiel auf den ersten Blick die Niederlage der Opposition bei den Parlamentswahlen aus. Die KANU gewann mit 94 Wahlkreisen die absolute Mehrheit der insgesamt 188 zu vergebenden Parlamentssitze (Schaubild 1). Allerdings verschoben sich bei der Mandatsverteilung auch die Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Opposition. Während Odinga als Präsidentschaftskandidat von FORD-Kenia weit abgeschlagen aus der Wahl hervorgegangen war, lag seine Partei bei der Mandatsverteilung mit 31 Sitzen gleich auf mit Matibas FORD-Asili, der bei der Präsidentschaftswahl noch klar geführt hatte; Kibakis Democratic Party hatte von den drei großen Oppositionsparteien die wenigsten Mandate gewinnen können.[9]

Auch hier gilt wieder: Vereint angetreten hätte die Opposition mindestens 17 Mandate mehr, KANU die gleiche Zahl weniger bekommen - die Mehrheitsverteilung im Parlament wäre dadurch klar zugunsten einer absoluten Mehrheit von etwa 102 Mandaten für die drei größten Oppositionsparteien verändert worden. Ein Grund für die absolute Mehrheit der KANU bei den Parlamentswahlen liegt gleich wie bei den Präsidentenwahlen im relativen Mehrheitswahlsystem - im Prinzip des 'Alles für den Sieger'.

Der zweite Grund für die klare Wahlniederlage der Opposition lag in der ethnischen Wahlkreiseinteilung. Die Wahlkreise sind in Kenia nicht ausschließlich nach gleichen oder ähnlich großen Bevölkerungsgruppen formiert. Die Wahlkreiseinteilung unterliegt auch einem ethnischen Proporz. Danach wird möglichst jeder Ethnie - oder jeder Bevölkerungsgruppe, die sich so versteht - zumindest ein oder mehrere Sitze in der parlamentarischen Volksvertretung eingeräumt. Dies hat zur Folge, daß nicht nur wie in vielen Ländern üblich große Differenzen zwischen ländlichen und städtischen Wahlkreisen bestanden, sondern auch zwischen den ländlichen Wahlkreisen der verschiedenen Ethnien. So gibt es Wahlkreise vor allem im teilweise dünn besiedelten Rift Valley und in der North Eastern Province mit weniger als zehntausend registrierten Wählern, während in den dicht besiedelten Gebieten der Central Province bis zu mehr als 70 000 Wähler einen Abgeordneten wählen.

Die Wahlkreiseinteilung kann dabei nicht der Moi-Regierung als eine mehr oder weniger geschickte Wahlregie angelastet werden. Denn die Wahlkreise blieben die gleichen wie bei den letzten Einparteienwahlen von 1988. So gab es über die Wahlkreiseinteilung auch keine Auseinandersetzung mit der Opposition. Das ethnische Prinzip war bereits in der Verfassung von 1966 festgelegt. Die Zahl der Wahlkreise war allerdings seither um 30 erhöht worden.

Begünstigt vom Wahlsystem und der Wahlkreiseinteilung war es vor allem eine Koalition der kleineren Ethnien zusammen mit einem Teil der Luyia, die Moi zu seinem Wahlsieg gegen die Opposition der größeren Ethnien, der Luo und Kikuyu, verholfen hat, die wiederum entlang ethnischer Linien fraktioniert war. Auf die Allianz jener kleineren, geographisch und wirtschaftlich oft peripheren Ethnien in ariden und semiariden Gebieten hatte Moi seit Ende der 80er Jahre seine politische Herrschaft gestützt (siehe dazu Kasten).

Angesichts der breiten Opposition aus den Reihen der Kikuyu und Luo fürchteten die politischen Führer all jener Ethnien, die von der Patronagepolitik Mois profitiert hatten, den Machtverlust Mois und damit die Aussicht einer neuerlichen Umverteilung staatlicher Patronage zugunsten von Luo, Kikuyu und teilweise der Luyia, der drei bevölkerungsstärksten Ethnien.

Die Koalition der kleineren Ethnien zeigt sich unter anderem darin, daß in drei Provinzen, Rift Valley, Coast und North Eastern, mit der größten Zahl von ethnischen Gemeinschaften, jeweils mehr als 60 Prozent für Moi stimmten. Der ethnische Charakter der Wahl offenbart sich ebenso auf Seiten der Opposition. Odinga gewann in der überwiegend von Luo bewohnten Nyanza Province 75 Prozent der Stimmen, wobei 90 Prozent der Luo für ihn stimmten. In der Central Province votierten die Kikuyu zu 96 Prozent für einen der beiden Kikuyu-Kandidaten, Kibaki und Matiba. Moi kam bei den Kalenjin auf eine ähnlich hohe Quote. Von den drei größten Ethnien zeigten sich man-

KANU und der Wandel ihrer ethnischen Basis

Zu Zeiten der Unabhängigkeit beruhte die KANU, die einst führende und radikalere Partei der Unabhängigkeitsbewegung, im wesentlichen auf einer Allianz der Kikuyu und Luo (damals die zwei stärksten Bevölkerungsgruppen). In der weniger radikalen und von der britischen Kolonialmacht gestützten Kenya African Democratic Union (KADU), die die ersten Wahlen gegen KANU klar verlor, war die politische Führung der (damals) kleineren Ethnien, vor allem der Luyia, Kalenjin, Mijikenda und Maasai organisiert. Die KADU-Führung wurde nach der Unabhängigkeit durch entsprechende Patronagepolitik in relativ kurzer Zeit in die KANU kooptiert, womit de facto ein Einparteienstaat und formell die 'nationale Einheit' gewonnen war.

Der Bruch zwischen Kenyatta und dem sozialistisch orientierten Odinga, der gleichbedeutend war mit dem Bruch der Luo-Kikuyu-Allianz, hatte zur Folge, daß sich das Kenyatta-Regime seit Mitte der 60er Jahre auf den Kern einer Koalition von Kikuyu, Kamba und Kalenjin stützte, die an die Stelle der Luo getreten waren und mit Moi, der Odinga als Vizepräsident ablöste. Benachteiligt wurden in dem Regime, auch später unter Moi, vor allem die beiden größeren Ethnien im Westen des Landes, die Luo und Teile der Luyia.

Moi hatte als zunächst schwacher Nachfolger Kenyattas zwar versucht die ethnische Basis seines Regimes zu verbreitern, indem er etwa über Zugeständnisse an Odinga die Loyalität der Luo zu gewinnen suchte. Der gescheiterte Putsch von Luftwaffenoffizieren 1992, unter führender Beteiligung vieler Kikuyu und Luo sowie der Versuch Odingas eine eigene, sozialistische Partei zu gründen, offenbarten jedoch die Fragilität des Moi-Regimes. Zwar gelang ihm durch gezielte klientelpolitische Patronage eine zeitweilige Stabilisierung seiner Herrschaftsposition, doch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre hatte er auch die Unterstützung fast der gesamten Kikuyuelite verloren, da er sich zu einseitig, etwa auch beim Ausbau des Sicherheitsapparates, auf die Kalenjin und auf kleinere Ethnien gestützt hatte.

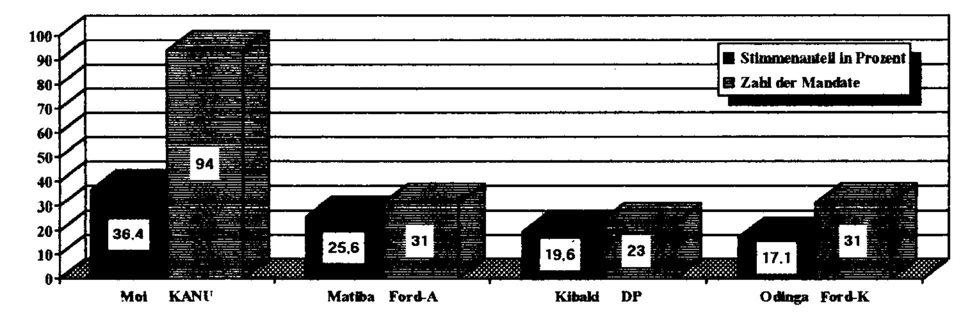


Schaubild 1: Stimmanteile bei den Präsidentschafts- und Mandate der Parlamentswahlen

Tafel 1:
Ethnische und parteipolitische Mandatsverteilung im Parlament

KANU		FORD-Kenia	D.P.	FORD-Asili
Kalenjin 10	Araber 2	Luo 19	Kikuyu 12	Kikuyu 21
Kamba 12	Pokomo 2	Luyia 5	Meru 4	Luyia 9
Somali 9	Samburu 2	Kisii 2	Kamba 4	Kamba 1
Luyia 7	Digo 2	Digo 2	Embu 2	
Kisii 6	Meru 2	Meru 1	Kisii 1	
Maasai 6	Bohra 1	Kikuyu 1		
Boran 6	Duruma 1	Somali 1		
Giriama 4	Kuria 1			
Taita 3	Asiaten 1			
Pokot 3	Griechen 1			
Turkana 3				

Quelle: Weekly Review, Jan. 8, 1993

gels eines eigenen Kandidaten nur die Luyia gespalten, doch wählte auch bei ihnen eine klare Mehrheit einen der Oppositionskandidaten aus den beiden FORD-Parteien. Der Grund dafür ist: Führende Luyia-Politiker hatten sich einer der beiden FORD-Parteien angeschlossen, wobei Interessengegensätze unter den Untergruppierungen der Luyia zum Tragen kamen.

Deutlich wird das ethnische Wahlverhalten bei der ethnischen Verteilung der Parlamentsmandate (Tafel 1). Die KANU konnte beispielsweise bei den Kikuyu und den Luo kein einziges Mandat gewinnen, während umgekehrt die Oppositionsparteien bei den kleinen Ethnien kaum einen Wahlkreis gewinnen konnte - mit Ausnahme bei jenen größeren Ethnien, vor allem der Luyia und Kamba sowie partiell auch Kisii, deren politische Führer parteipolitisch nicht nur zwischen KANU und Opposition, sondern auch unter den Oppositionsparteien gespalten waren.

Die ethnische Sitzverteilung illustriert zudem, daß die KANU mit Repräsentanten von 21 ethnischen Gemeinschaften (einschließlich der Nicht-Afrikaner) über die breiteste ethnische Basis verfügt. Aus dieser ethnischen Perspektive kann die KANU, im Gegensatz zur reinen Wählermehrheit, mithin als 'national' etablierte Partei angesehen werden. Sie ist nur in zwei ethnischen Regionen nicht repräsentiert, die allerdings zahlenmäßig zu den stärksten gehören: in Luo- und Kikuyuland. Von den drei Oppositionsparteien konnte nur FORD-Kenia eine breitere ethnische Basis gewinnen.

Kenia nach der Wahl

Mit den Mehrparteienwahlen ist in Kenia noch keineswegs eine neue Stabilität eingekehrt. Moi ist, trotz seiner demokratischen Legitimation, nicht plötzlich zum überzeugten Demokraten geworden. Während der ersten, naturgemäß lebhaften Parlamentssitzung schickte er zunächst einmal die Abgeordneten wegen 'Unbotmäßigkeit' der Opposition nach Hause. Ebenso droht die Pressefreiheit wieder eingeschränkt zu werden. Mehrfach wurden bereits wieder oppositionelle Zeitschriften von der Polizei konfisziert. Auch Demonstranten, Oppositionelle und jüngst Gewerkschaftsführer wurden wieder inhaftiert, und bei der Eröffnung der zweiten Parlamentssitzung durften von der KANU bestellte Maasaikrieger in traditionellen Gewändern und Waffen Anti-Moi-Demonstranten unter den Augen einer tatenlosen Polizei angreifen.

Nach den Wahlen lebten die gewaltsamen 'tribalen' Auseinandersetzungen und Vertreibungen wieder auf, die seither erneut zahlreiche Menschenleben gefordert haben. Dies veranlaßte den kenianischen Kirchenrat, die Industrieländer aufzufordern, ihre Sanktionen beizubehalten, solange die Regierung nicht gegen die politisch motivierte Gewalt einschreitet[10]. In Reaktion darauf sollen inzwischen die Kikuyu, die vor allem davon betroffen waren, begonnen haben, sich in ähnlicher Weise wie im kolonialen Befreiungskrieg zur organisierten Gegenwehr zu formieren. All dies wie auch die drastischen Drohungen der Oppositionsführer und wahrscheinlich diplomatische Interventionen der Geberländer haben schließlich dazu geführt, daß die gewaltsamen 'tribalen' Auseinandersetzungen Ende Februar plötzlich wieder verebbt sind. Das vielfach befürchtete Szenario eines ethnisch organisierten Bürgerkrieges, das möglicherweise den gewünschten Vorwand für ein Eingreifen des Militärs oder zumindest für polizeistaatliche Maßnahmen gegen die Opposition liefern könnte, ist damit jedoch noch nicht gebannt.

Die Opposition erscheint dabei weiterhin hilflos und zerstritten. Sie ist nicht nur parlamentarisch in einer klaren Minderheitenposition, sondern sie konnte ihre innere Zersplitterung trotz der Wahlniederlage und ihren offenkundigen Gründen noch immer nicht überwinden. Zudem haben die Oppositionsparteien jeweils eigene Probleme. Eine Gruppe von Luo-Abgeordneten forderte unmittelbar nach der Wahl Odinga und die Führung von FORD-Kenya auf, nicht in der Opposition zu bleiben, sondern mit der KANU-Regierung zusammenzuarbeiten: Nur so könne den Interessen der Luo gedient werden, da ihre Region seit Kenyattas Zeiten aufgrund der Opposition ihrer politischen Führer in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung von der jeweiligen Regierung vernachläßigt worden sei. Odinga und die restliche Führung von FORD-Kenia wies ein solches Ansinnen weit von sich. Gleichzeitig jedoch forderte Moi die KANU-Politiker öffentlich auf, alle verfügbaren Ressourcen für die Rückgewinnung von Oppositionsabgeordneten zu mobilisieren. Anfang März hatten bereits vier prominente Oppositionspolitiker das Lager gewechselt[11].

Mitentscheidend für die Demokratisierung Kenias ist der weitere Verlauf der wirtschaftlichen Krise, die als die schwerste seit der Unabhängigkeit gilt und sich seit den Wahlen noch verschärft hat. Die Überwin-

Polizeieinsat gegen DemonstrantInnen, die die Freilassung von politischen Gefangenen forderten



dung derselben ist von rasch gewährten Finanzhilfen durch IWF/Weltbank und durch die westlichen Geberländern abhängig - eine Hilfe, die sich bisher nicht realisieren ließ und wohl auch kurzfristig nicht zu erwarten ist. Denn Moi und seine Regierung auf der einen und die Opposition zusammen mit den westlichen Gebern und den internationalen Finanzinstitutionen auf der anderen Seite blockieren sich gegenseitig.

Die Reaktionen der Geberländer auf den Wahlsieg Mois waren zunächst gemischt. Einigkeit herrschte weitgehend darüber, das problematische Wahlergebnis anzuerkennen, Differenzen gab es jedoch über das Ende der finanziellen Sanktionen. Eine Reihe von Geberländer - vor allem Großbritannien und Japan, die sich nur wenig um Menschenrechte gekümmert hatten sowie Italien und Frankreich - erschienen anfangs bereit, Mois Wahlen finanziell zu honorieren. Dagegen blieben die Bundesregierung, die Skandinavier und teils auch die USA höchst skeptisch. Für sie waren mit den Mehrparteienwahlen noch nicht automatisch die Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe und der seit 1991 blockierten Finanzmittel des IWF verbunden. Wie die Opposition verlangten sie nicht nur eine formale Demokratisierung, sondern auch nach einem deutlichen Bruch mit der korrupten Politik der Vergangenheit. Die neue Regierung Mois konnte jedoch nicht als ein klares Signal für eine auf wirtschaftliche und administrative Effizienz bedachte Politik angesehen werden. Zur Belohnung für die Unterstützung bei den Wahlen hatte Moi zu viele Minister berufen, die mehrheitlich bereits der alten Regierung angehört hatten und mit dem alten System von Korruption, Mißwirtschaft und Betrug verbunden waren.

Durch Mois jüngst wiederbelebte repressive Politik sahen sich schließlich die Geberländer mehrheitlich darin bestärkt, Moi nicht bedingungslos durch die Freigabe alter und durch neue Kredite zu stützen. Dazu beigetragen hat zudem, daß IWF/Weltbank zu erkennen gaben, daß das vereinbarte Reformprogramm, vor allem die Wirtschaftsliberalisierung und geldpolitischen Ziele, von der Moi-Regierung nicht erfüllt worden war.

Der Moi-Regierung erschien dies als Willkür, da die westlichen Geber anscheinend je nach Gelegenheit, immer neue Bedingungen, beziehungsweise wechselnde Prioritäten in ihrer 'Konditionenliste' setzen. Moi hatte gehofft, daß nach der Freilassung politischer Gefangener und den Mehrparteienwahlen die internationalen Finanzquellen wieder sprudeln würden. Die getrogenen Hoffnungen veranlaßten ihn schließlich Ende März in einer dramatischen Wendung öffentlich das Ende des mit IWF/Welbank vereinbarten Reformprogramms zu verkünden. Dabei handelte es sich vor allem um eine innenpolitische Anti-IWF-Rhetorik, denn hinter den Kulissen wurde weiter verhandelt.

Zu diesem Schritt beigetragen hat, daß jüngste Reformmaßnahmen, wie die Preis- und Devisenliberalisierung im Februar, Kenia an den Rand der bekannten 'IWF-Unruhen' gebracht hatte, die sich gegen die Regierung richteten. Ohne schlüssige Alternativen anbieten zu können, suchte die Opposition die verschärfte wirtschaftliche Krise gegen die Regierung propagandistisch auszuschlachten. Sie macht weniger die Rezepte von IWF/Weltbank als vielmehr die Regierungspolitik verantwortlich. Sie forderte nicht nur die Fortsetzung der Finanzsanktionen gegen die Moi-Regierung, sondern kritisierte auch den 'Bruch' mit IWF/Weltbank[12].

Tatsächlich ist vor allem Moi für die verschärfte Wirtschaftskrise verantwortlich. Denn die Preisreformen waren längst überfällig und wohl bewußt auf die Zeit nach den Wahlen verschoben worden, ebenso wie die Inflation durch die fast beispiellose, wahlpolitisch motivierte Ausweitung der Geldmenge im letzten Jahresviertel 1992 angeheizt wurde. Dabei ist er auch von der Plünderung der staatlichen Sozialversicherung nicht zurückgeschreckt und hat durch die Gründung zweifelhafter 'politischer' Banken seitens seiner Klientel nicht nur das heimische Finanzsystem, sondern auch die Ersparnisse vieler Bürger gefährdet - was die Regierung natürlich bestreitet.

So problematisch einzelne IWF-Bedingungen zweifellos sind - sie besonders in der gegenwärtigen Situation auch für eine andere Regierung wären - , für Moi geht es nach 13-jähriger Zusammenarbeit nicht um eine ideologisch fundamentale Differenz mit IWF/Weltbank. Für ihn geht es um die Macht, ums schlichte politische Überleben. Denn die von IWF/Weltbank geforderte Privatisierung und Liberalisierung trifft in vielen Bereichen das exzessive Patronagesystem Mois an zentralen Stellen und würde seinen politischen Spielraum drastisch einschränken. Kaum überraschend ist es daher, daß offenbar hauptsächlich politische 'Falken' aus der engeren Umgebung Mois zum 'Bruch' mit IWF/Weltbank geraten haben - etwa jener Nicholas Biwott, der mit am meisten von der Korruption des Moi-Regimes profitiert hat (berüchtigt aus seiner Ministerzeit als 'Mr. Fifteen-per-cent') sowie als Drahtzieher politischer Morde und der 'tribalen' Konflikte angesehen wird.

Die Opposition war zu optimistisch, der Hahn (Symbol für die Regierungspartei) ist quicklebendig



War Mois autoritäres Regime nach dem Ende des Kalten Krieges für die westlichen Geberländer ein Problem, so ist es das demokratisch legitimierte Regime Mois kaum weniger. Bleiben die westlichen Geber bei ihren harten wirtschafts- und finanzpolitischen Bedingungen für weitere Hilfe, tragen sie zur Verschärfung der Krise in Kenia mit allen sozialen und politischen Konsequenzen bei. Die für die weitere und dauerhafte Demokratisierung notwendige Stabilisierung wäre damit zweifellos in Gefahr. Die uneingeschränkte Freigabe der finanziellen Hilfen käme allerdings einer wirtschaftlichen Sicherung des Moi-Regimes und seiner Herrschaftsmethoden gleich - wäre eine politische Unterstützung gegen die Opposition. Sie würde die Politik der Geberländer nicht nur in den Augen der kenianischen Opposition, sondern auch anderer Demokratisierungsbewegungen in Afrika weiter diskreditieren.

Gero Erdmann

Anmerkungen:

1) Offener Brief kenianischer Bürgerrechtler an den Pariser Klub, 14. 11. 1991; abgedruckt in Frankfurter Rundschau, 21. 11. 1991

2) Weekly Review (WR), Sept. 18; Sept. 25, 1992

3) JPR News Analyses & Reports, Dec 10 - 12, 1992, S. 4; die höhere Zahl stammt aus Oppositionskreisen, wird jedoch auch von anderen Quellen bestätigt (International Republican Institute [IRI], Kenya, Pre-election Assessment Report, Nov. 1992).

4) Je nach Quelle gibt es leicht abweichende Angaben; WR berichtet von nur fünf solcher aus besagten Gründen angefochtener Mandate; insgesamt wurden 72 Klagen gegen die Nominierungsprozedur für die Parlaments- und gleichzeitigen Kommunalwahlen bei der Wahlkommission eingereicht, von denen nur der genannte Bruchteil noch auf eine gerichtliche Entscheidung wartet.

5) IRI, Preliminary Statement of Findings, Observation of the Campaign and Nomination Process, 16 Dec. 1992; The Presidential, Parliamentary and Civic Elections in Kenya, 29 December, 1992, The Report of the Commonwealth Observer Group, Commonwealth Secretariat, London 1993, S. 26ff.; WR, Jan. 1, 1993

6) Neue Züricher Zeitung, 29. 12. 1992; taz, 2. 1. 1993; 28. 1. 1993; International Herald Tribune, Dec. 30, 1992; Jan 2 - 3, 1993; National Election Monitoring Unit, Public Statement by the Council of Elders and the Monitors Committee NEMU; in: Daily Nation, Jan 8, 1993

7) WR, Febr. 5; Feb. 12; Feb. 19, Feb. 26, 1993; WR hat 81 der 85 Klagen gegen die Parlamentswahlen dokumentiert; 29 Klagen wurden von KANU gegen siegreiche Oppositionskandidaten eingereicht, 37 Klagen von der Opposition gegen KANU, zehn Klagen betreffen Oppositionkandidaten untereinander und von fünf, parteipolitisch nicht eindeutig zuweisbaren Wählerklagen richten sich vier gegen KANU und eine gegen die Opposition.

8) Umfragen der (unabhängigen) kenianischen National Election Monitoring Unit (NEMU) und im Auftrag von Weekly Review hatten Anfang und Ende Dezember 1992 für die Präsidenschaftswahl folgende Reihenfolge: Moi, Kibaki, Matiba und Odinga; WR, Dec 11; Dec 25, 1993

9) Drei Sitze waren an drei kleine Oppositionsparteien gefallen.

10) WR, Feb. 19; March 26; April 2, 1993; Süddeutsche Zeitung, 27./28. 2. 1993

11) WR, Jan 15; Jan. 22; Feb. 19; March 5, 1993

12) WR, March 26; April 9, 1993

Die revolutionäre Linke im Kampf um den Kurs

In der Nationalen Demokratischen Front (NDF), der größten Kraft der philippinischen Linken, hat sich die Debatte um Wege aus der Krise zu einem Machtkampf entwickelt, der die revolutionäre Bewegung zu zerbrechen droht. Der Graben verläuft zwischen Reformkräften und den Anhängern der alten Linie, die von Liwanag, dem Führer der maoistischen CCP, vertreten wird.



18jähriger Guerillero der NPA — Foto: Gebhard Körk

Am 24. April ist die NDF 20 Jahre alt geworden. Doch zum Feiern war nur wenigen zumute. Denn bei diesem Jubiläum wurde die tiefe Zerrissenheit der von der Kommunistischen Partei (CPP) geführten Untergrundfront deutlich. "Eine starke von Armando Liwanag geführte Fraktion der Kommunistischen Partei ist dabei, die NDF zu unterminieren", hieß es in der Erklärung, die von knapp der Hälfte des NDF-Nationalrates unterzeichnet worden war.

In Westeuropa, wo hohe NDF-Führer im Exil leben, wurden aufgrund der ideologischen Spaltung des Untergrundes zwei konkurrierende Geburtstagsfeiern veranstaltet. Zuvor hatte die Liwanag-Fraktion fast alle Europa-Repräsentanten der Front ihrer Ämter enthoben. Die Ausgeschlossenen organisierten daraufhin aus Protest ihre eigene Jubiläumsveranstaltung. "Die NDF steckt in der schwersten Krise ihrer Geschichte," sagt der bisherige Europa-Repräsentant Byron Bocar. Liwanag, der laut Bocar für die "stalinistischen Manöver" verantwortliche CPP-Vorsitzende, sieht es drastischer: "Das Leben der Partei und der revolutionären Bewegung ist bedroht".

Als Liwanag gilt der im niederländischen Exil lebende CPP-Gründer José Maria Sison. Ende 1991 verfaßte der CPP-Vorsitzende das umstrittene Papier "Die Grundprinzipien bekräftigen, die Fehler berichtigen".[1] Darin werden die Erfahrungen der revolutionären Bewegung seit 1980 ausgewertet. Mit Schuldzuweisungen hat Liwanag die im Untergrund schwelenden Debatten polarisiert. Sie drehen sich um Fragen von Strategie und Taktik, die Rolle des bewaffneten Kampfes, den Führungsanspruch der CPP, ihr Verhältnis zur NDF, um interne Demokratie und die Vision der angestrebten sozialistischen Gesellschaft.

Auslöser der Debatten ist die in den letzten Jahren offensichtlich gewordene Schwächung der "nationalen demokratischen Bewegung", also jenen illegalen und legalen Organisationen, die der NDF angehören oder ihr ideologisch nahestehen. Im Mittelpunkt dieser die gesamte philippinische Linke dominierenden Bewegung steht die maoistische CPP. Sie war 1968 bei einer Spaltung entstanden und initiierte ihrerseits die Gründung der NDF 1973. Die Einheitsfront, auch als "Schild der Partei" bezeichnet, war die Antwort auf das zuvor von Diktator Ferdinand Marcos verhängte Kriegsrecht. Uneingeschränkte Souveränität, (Volks-)Demokratie und umfassende Landreform lauten seitdem die zentralen Punkte des NDF-Programms.

Neben der CPP und der Neuen Volksarmee (NPA) - dem bewaffneten Arm oder "Schwert der Partei" - besteht die NDF aus sektoralen Massenorganisationen von Bauern, Arbeitern, Christen, ethnischen Minderheiten, Frauen, Jugendlichen, Lehrern, Künstlern und Wissenschaftlern. Die CPP ist die einzige Partei unter den heute 15 NDF-Mitgliedsorganisationen. "Alle in der NDF zusammengeschlossen Organisationen wur-

den bis auf eine mit Hilfe der Partei gegründet", sagt der NDF-Vorsitzende Manuel Romero.[2]

"Strategie des langwierigen Volkskrieges"

Die CPP analysiert die philippinische Gesellschaft als "semifeudal und semikolonial", woraus sie die "Strategie des langwierigen Volkskrieges" ableitet: Ein bäuerlicher Guerillakrieg, der den militärischen eng mit dem politischen Kampf verknüpft und in dessen Mittelpunkt die "Agrarrevolution" steht, soll die Armee des Staates und die bewaffneten Kräfte der Großgrundbesitzer zermürben. Mit wachsender Stärke sollen vom Hinterland aus die Städte eingekreist und schließlich eingenommen werden. Auf diese erste nationale demokratische Etappe der Revolution soll dann die sozialistische folgen.

Unter dem Kriegsrecht leistete die CPP den entschiedensten Widerstand. In den 70er Jahren konnten die revolutionären Kräfte landesweit verankert werden, indem sie den Bauern konkrete Hilfe gegen despotische Großgrundbesitzer, brutale Militärs oder korrupte Beamte boten. Ohne wesentliche ausländische Unterstützung expandierte die CPP/NDF rasch in der ersten Hälfte der 80er Jahre. Als nach der Ermordung des oppositionellen Politikers Benigno Aquino 1983 ein großes städtisches Protestpotential mobilisiert wurde und Marcos' Macht zunehmend erodierte, hatte der Untergrund Schwierigkeiten, sich auf die veränderte Lage einzustellen. Wiederholt scheiterten Bündnisse mit der erstarkten bürgerlichen Opposition, gleichzeitig wurden auf dem Land die Anstrengungen für den bewaffneten Kampf verstärkt.

Eine mechanische Analyse und Selbstüberschätzung führten trotz warnender Stimmen aus den eigenen Reihen zum Boykott der Wahlen vom Februar 1986. Eine schnelle Folge von Militärputsch, friedlichem Volksaufstand, Unterstützung der katholischen Amtskirche und US-amerikanischem Krisenmanagement verhalf Corazon Aquino zur Präsidentschaft. Die NDF, die nach eigenen Angaben 50.000 Vollzeitkräfte und eine Million Mitglieder zählte, hatte sich durch den Boykott ins Abseits manövriert.

Boykottfehler und Selbstkritik

Der Boykottfehler löste die bis dahin umfangreichste Selbstkritik aus. Der CPP-Vorsitzende und der Generalsekretär traten zurück. Einige Beiträge der von der Parteiführung ermunterten Debatte gingen weit über den Boykott hinaus und warfen grundsätzlichere Fragen auf. Doch letztlich wertete die CPP den Fehler nur als taktisch. Mangelnde Reformbereitschaft der Aquino-Regierung, gescheiterte Friedensverhandlungen und enttäuschende Wahlergebnisse der Linken ließen die CPP/NDF schließlich zur Strategie des Volkskrieges zurückkehren.[3]

In den vergangenen Jahren nahm die Fähigkeit der nationalen demokratischen Bewegung ab, die Initiative zu erringen und ihre Basis zu mobilisieren. Seit der ehemalige General und Verteidigungsminister Fidel Ramos im Mai letzten Jahres zum Präsidenten gewählt wurde, hat sich daran nichts geändert. Vielmehr verdeutlichten die Wahlen die Krise der gesamten Linken. Sie konnte sich nicht einigen und hatte auf die Wahlentscheidung kaum Einfluß.

Inzwischen ist die Ramos-Regierung bei fortgesetzter militärischer Aufstandsbekämpfung auch politisch in die Offensive gegangen. Ramos bot Friedensgespräche an, hob das CPP-Verbot auf und ließ prominente politische Gefangene frei. Kriegsmüde Rebellen sollen mit einem Amnestieprogramm zur Aufgabe bewegt werden. Das Militär gibt die Zahl der 1987 auf über 25.000 bezifferten NPA-Kämpfer und Kämpferinnen inzwischen mit knapp 12.000 an und hofft, die Guerilla Ende 1993 unter strategischer Kontrolle zu haben. Mit Friedensverhandlungen soll die NDF offenbar zusätzlich geschwächt werden. Die CPP räumt ein, daß die NDF von 1986 bis 1991 fast 60 Prozent ihrer Mitglieder verloren habe.[4]

Analyse der Krise

Über die Ursachen der Schwäche der revolutionären Linken herrscht in der NDF keine Einigkeit. Der derzeitige CPP-Vorsitzende macht vor allem Abweichungen vom maoistischen Kurs und die Mißachtung marxistisch-leninistischer Prinzipien dafür verantwortlich. Er verurteilt eine Hinwendung zur Strategie städtischer Aufstände in Kombination mit der voreiligen Aufstellung großer NPA-Einheiten, deren ländliche Basis nicht ausreichend konsolidiert gewesen sei. Die Organisierung der Landbevölkerung sei vernachlässigt worden, was zu zahlreichen Fehlentwicklungen geführt habe.

Als Korrektur fordert Liwanag die bedingungslose Rückkehr zur alten Parteilinie und zur Strategie des langwierigen Volkskrieges. Es sei vernachlässigt worden, bürgerliche Einflüsse in und außerhalb der Partei zu bekämpfen. So sei die NDF 1990 in ihren Statuten als Föderation gleichberechtigter Organisationen charakterisiert worden, statt als Bündnis unter Führung der CPP. Die proletarische Führung sei jedoch wichtig, da es sonst nur zu einer Neuauflage der bürgerlichen Revolution käme. Das auf dem NDF-Kongreß 1990 verabschiedete Programm sehe für die Zeit nach der Revolution eine gemischte Wirtschaft und demokratischen Pluralismus vor, was den Prinzipien der CPP zuwiderlaufe. Die NDF-Statuten und das Programm seien deshalb zu ändern. Um zur alten Parteilinie zurückzukehren, müsse in der CPP eine "Berichtigungsbewegung" durchführt werden.

Schwere Rückschläge in Mindanao

Liwanag sieht in der CPP-Führung auf der südlichen Insel Mindanao in ihrer Zusammensetzung der ersten Hälfte der 80er Jahre die Hauptquelle der Fehlentwicklungen. Damals war in Mindanao der Kampf weit fortgeschritten. Relativ erfolgreich wurden in den Städten mittelamerikanische Aufstandskonzepte angewendet, während im Hinterland größere NPA-Einheiten kämpften. Die Mindanao-Führung plädierte deshalb für eine Flexibilisierung der Strategie. Als Mitte 1985 einiges darauf hinzudeuten schien, daß das Militär in Mindanao weite Teile der Bewegung bis in hohe Ebenen unterwandert hatte, brach eine tödliche Hysterie aus. Bis zu 950 - wie sich später herausstellte - meist unschuldige Mitglieder wurden im Rahmen einer "Säuberung" gefoltert und hingerichtet. Das bis dahin dunkelste Kapitel in der Geschichte der NDF fügte den revolutionären Kräften in Mindanao und dem Ruf der Bewegung insgesamt schweren Schaden zu.

Liwanag bezeichnet heute die tödlichen Exzesse zu Recht als Verbrechen. Er stellt jedoch nicht die Frage, welche Verantwortung die nationale Parteiführung hatte, die über die Vorgänge informiert war und generell "Säuberungen" billigte. Noch im Juni 1988 war das CPP-Zentralkomitee zu folgender Einschätzung gekommen: "Der Beschluß einer Anti-Infiltrationskampagne war richtig. In der Hauptsache wurde sie gerecht, fair und in Übereinstimmung mit revolutionären Prinzipien durchgeführt."[5] Angesichts dessen erweckt die Argumentation des heutigen CPP-Vorsitzenden den Eindruck, er wolle damit vor allem innerparteiliche Gegner ausschalten.

Neue Verhältnisse, alte Strategie?

Der in den USA lebende philippinische Soziologe Walden Bello hat die vielschichtigen Ursachen der tödlichen Exzesse in Mindanao näher untersucht. Er verweist darauf, daß es später in einer anderen Region, in der nicht mit Aufstandskonzepten experimentiert worden war, ebenfalls eine "Säuberungswelle" gab (mit weit weniger Toten). Die Vorgänge könnten also nicht allein auf die Anwendung einer bestimmten Strategie zurückgeführt werden. Bello macht vielmehr das in der Bewegung vorherrschende mangelnde Bewußtsein für individuelle Rechte und den taktischen Umgang mit

Menschen verantwortlich, der dazu führe, sie danach zu beurteilen, ob sie die Revolution voranbringen oder ihr im Wege stehen.[6]

Die Krise der nationalen demokratischen Bewegung führt Bello darauf zurück, "daß es ihr nicht gelungen ist, sich organisatorisch, ideologisch und strategisch an die veränderten Bedingungen anzupassen, die sich durch den Wechsel von der Diktatur zur Elitedemokratie ergaben. Ein fundamentaler Fehler sei gewesen, die Diktatur und nicht die Elitedemokratie als normale Herrschaftsform der Elite anzusehen." Für die Bevölkerung habe sich das Leben unter Aquino nicht gebessert, aber im Unterschied zu Marcos verfüge ihre Herrschaft über größere Legitimität. Deshalb hätte die Polarisierung der Gesellschaft abgenommen, die die CPP für ihre Strategie brauche.[7]

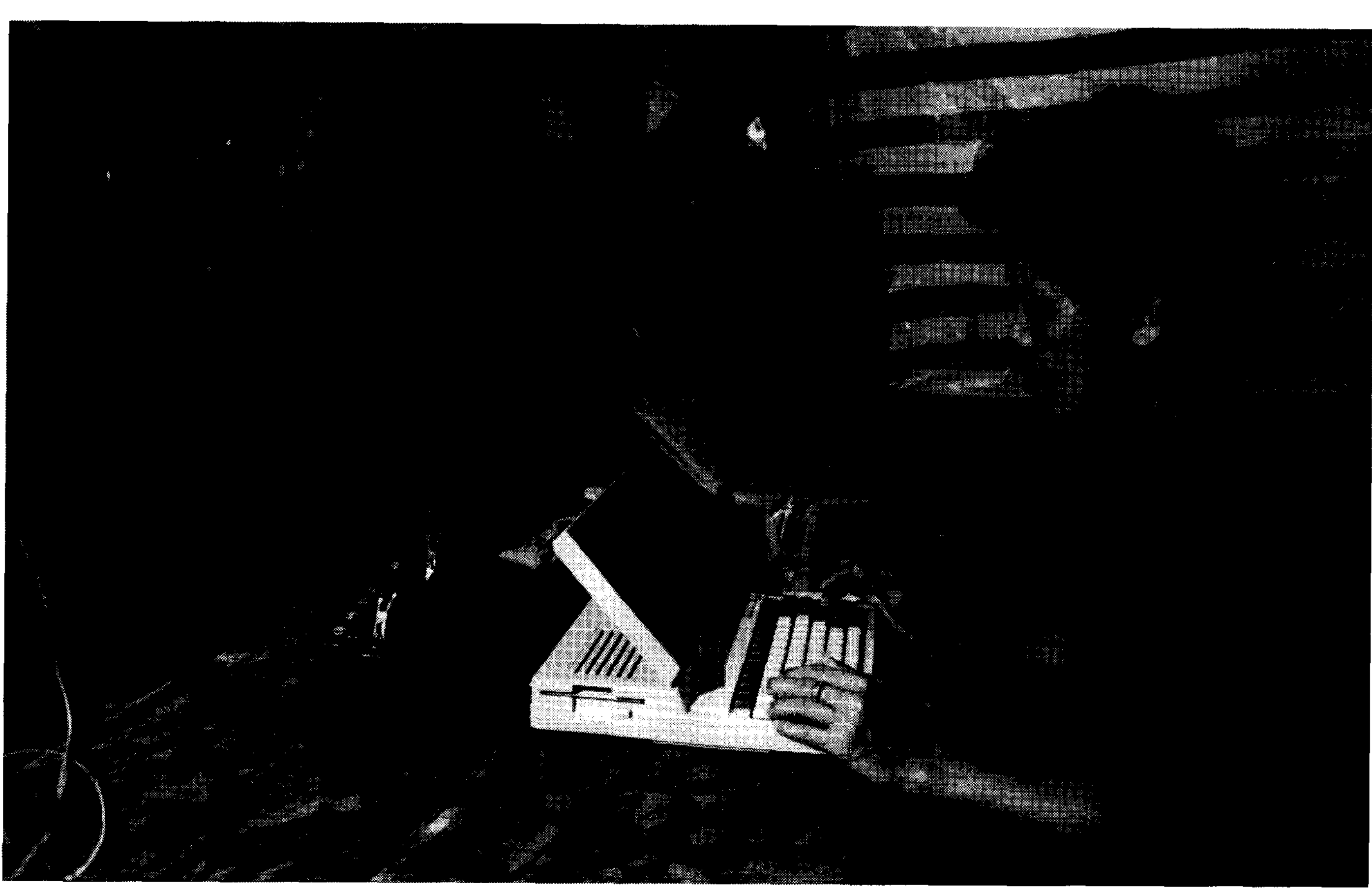
In zahlreichen von Bello geführten Interviews nannten aktive und ehemalige Kader weitere Gründe für die Krise der Bewegung: Effektivere und verstärkte Aufstandsbekämpfung des Militärs, Kriegsmüdigkeit unter den Bauern, Vernachlässigung kultureller Faktoren, mangelnde Fähigkeit zur Integration der Mittelschichten und die ideologischen Auswirkungen des Zusammenbruchs des Sozialismus in Osteuropa. Omar Tupaz, damals Mitglied der von Liwanag angegriffenen Führung in Mindanao, macht gerade das Festhalten an der Strategie des langwierigen Volkskrieges für Fehlentwicklungen verantwortlich. Die Strategie habe die revolutionäre Bewegung unflexibel gemacht; Fortschritte seien hauptsächlich in militärischen Kategorien gemessen worden. Dies habe z.B. zum Fehler des Wahlboykotts geführt. Tupaz hat wiederholt eine Neufomulierung der Strategie gefordert. Liwanag wirft ihm vor, von den eigenen Fehlern in Mindanao ablenken zu wollen.

Liwanags Forderung, diejenigen aus der Partei zu entfernen, die nicht gewillt seien, zur alten Linie zurückkehren, spitzte die Debatte unweigerlich auf einen Machtkampf zu. Liwanag setzte sich beim 10. Plenum des CPP-Zentralkomitees im Sommer letzten Jahres vorerst durch. Er wurde wieder zum Parteivorsitzenden, sein Vertrauter zum Vize und dessen Frau zur Generalsekretärin gewählt. Ergänzt und etwas ausdifferenzierter wurde das Liwanag-Papier im Juli zum Parteidokument. Die "Berichtigungsbewegung" und damit die Trennung von "Abweichlern" wurde offizielle CPP-Politik.

Mit dem Parteiausschluß von Tupaz und scharfen Angriffen gegen andere Opponenten wurden im Oktober Beschlüsse des CPP-Plenums umgesetzt. Mehrere Gruppierungen, darunter mit dem Hauptstadt-Komitee die größte Parteiorganisation, verweigerten dem Plenum und dem Liwanag-Papier die Anerkennung. Das Hauptstadt-Komitee forderte den Rücktritt des Vorsitzenden, die Einsetzung einer Übergangsführung und einen Parteikongreß. Ein hohes CPP-Gremium der Inselgruppe der Visayas erklärte: "Das sogenannte 10. Plenum war von Anfang bis Ende gefälscht". Es sei nicht beschlußfähig gewesen; einige Mitglieder des Zentralkomitees seien nicht eingeladen worden. Die Partei leide an der "Krankheit eines Ein-Mann-Monopols": das Liwanag-Papier sei "höchst fragwürdig aufgrund falscher Angaben tendenziöser Schlüsse, Einseitigkeit und böswilliger Vorwürfe".[8]

Als der CPP-Vorsitzende in den eigenen Reihen immer stärker kritisiert wurde, trat er im Dezember die Flucht nach vorn an. Dabei "löste sich der Mythos Liwanag in dem Menschen Sison auf", sagt Joel Rocamora, Mitherausgeber einer linken Zeitschrift.[9] Denn es war der CPP-Gründer José Maria Sison, der vom niederländischen Exil aus per Fax an Manilas Presse drei innerparteiliche Gegner als "Abtrünnige" bezeichnete und ihnen vorwarf, sich an "psychologischer Kriegsführung" gegen die CPP zu beteiligen und dafür von der Regierung Geld zu erhalten.

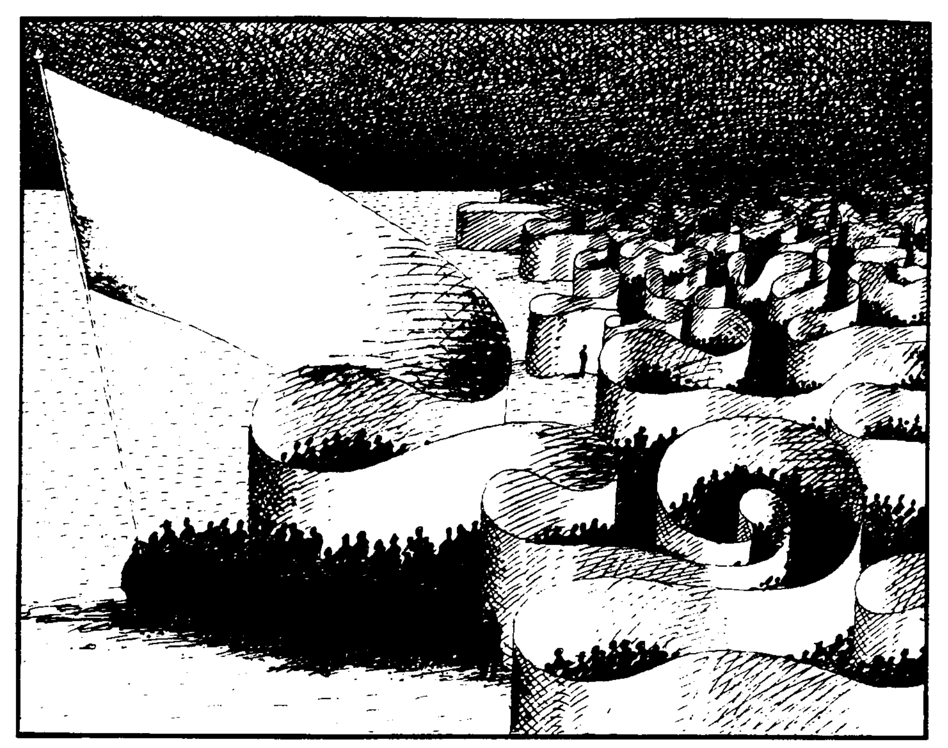
Die drei hohen CPP-Kader gehörten in der ersten Hälfte der 80er Jahre zur Untergrundführung in Mindanao. Sison beschuldigt sie der Verantwortung für die tödlichen



NPA-Kommandant bei der 'Büro-Arbeit' — Foto: Philippinenbüro Köln

"Säuberungen". Im September 1992 waren die drei zusammen mit einigen anderen politischen Gefangenen von der Regierung freigelassen worden, die sicher von den Konflikten im Untergrund wußte. Die drei wiesen die Vorwürfe zurück. Sison schade nicht nur ihnen und sich selbst, sondern auch der revolutionären Bewegung.

Das Ansehen des CPP-Gründers hat selbst bei denen, die seine Ansichten teilen, Schaden genommen. Doch er hat das Blatt zu seinen Gunsten wenden können, wie Tupaz gesteht. Mehrere Parteiorganisationen, die dem Plenum die Anerkennung verweigert oder gar Liwanags Rücktritt gefordert hatten, wurden von der offiziellen CPP-Führung für aufgelöst erklärt. Nur ein kleinerer Teil der revolutionären Bewegung bezieht gegen Liwanag Stellung. Viele verhalten sich passiv. Zu einer formalen Spaltung ist es bisher nicht gekommen. Abgesehen davon, daß auch versucht wird, die eskalierte Debatte einzugrenzen und zwischen den Fraktionen zu vermitteln, erkennen die betroffenen Unterorganisationen ihre Auflösung nicht an. Sie betrachten sich als rechtmäßige Organe der CPP/NDF und verteidigen sie laut Bocar, NDF-Sprecher für Europa, gegen die "hinterhältigen Manöver der Stalinisten".



Der Kampf um den Kurs ist noch nicht entschieden!

NDF-Kongreß als Plattform

Die in Opposition zur offiziellen CPP-Führung stehenden Gruppierungen haben keine einheitliche Meinung und können kein Papier vorlegen, daß das von Liwanag kontert. Sie wehren sich dagegen, daß der Konflikt als Kampf zweier Linien zwischen Anhängern einer Strategie des städtischen Aufstandes und denen des langwierigen Volkskrieges dargestellt wird. Vielmehr geht es um zum Teil fundamentale ideologische und politische Differenzen. Die Plattform der Opposition sind die Beschlüsse des NDF-Kongreßes von 1990. Im Gegensatz zu dem von der Liwanag-Fraktion angestrebten Einparteienstaat mit zentral gelenkter Wirtschaft strebt die Opposition ein System mit demokratischem Pluralismus und gemischter Wirtschaft an. Die führende Rolle der CPP wird anerkannt. Doch Führung dürfe nicht festgeschrieben, sondern müsse verdient werden.[10]

Für den Dozenten und Kolumnisten Alex Magno liegt dem Konflikt letztlich auch die generelle Frage des bewaffneten Kampfes zugrunde. In der NDF plädiert niemand für ein Niederlegen der Waffen, weil die Elite nur durch Druck zu entmachten und die Bewegung ohne Waffen schutzlos sei. Doch für Magno stellt sich die Frage des bewaffneten Kampfes, weil sich die Gesellschaft in den letzten zwanzig Jahren gewandelt habe. Feudale Beziehungen hätten sich weiter aufgelöst, die Verstädterung habe zugenommen, die Wirtschaft sei stärker in den Weltmarkt integriert, während nach Marcos' Sturz die offene Repression nachgelassen habe. Roy Mahinay, Vorsitzender der Gewerkschaft der Zuckerarbeiter, widerspricht. Das Los der Arbeiterfamilien in den Haciendas im Blick, sagt er: "Es hat sich nichts geändert". Die alte Strategie der nationalen demokratischen Bewegung bleibe gültig; die Debatte sei schädlich.

Für viele in der nationalen demokratischen Bewegung ist Liwanags Position attraktiv, weil sie einen klaren Kurs und eine einfache Analyse bietet. Wieweit sich die Rahmenbedingungen gewandelt haben, innerhalb dessen der revolutionäre Kampf erfolgt, ist umstritten. Für Liwanag hat sich nichts geändert. Doch während er die Antwort schuldig bleibt, wie der Kampf ohne Unterstützung von außen überhaupt militärisch zu gewinnen sei, waren die Versuche mit anderen Formen des Kampfes bisher entmutigend. Genau darin besteht das Dilemma der Linken.

Magno sieht für die Linke nur eine Chance, wenn es ihr gelingt, eine höheres Maß an Demokratie, als in Staat und Gesellschaft vorherrschen, zu entwickeln und glaubhaft zu vertreten . Einige sehen inzwischen, daß es als Ziel nicht ausreicht, die Staatsmacht zu erobern und die "herrschenden Klassen" auszutauschen. Schon auf dem Weg dorthin müsse das Verhältnis von Staat und Gesellschaft qualitativ verändert und partizipatorische Formen der Demokratie entwickelt werden. Der gegenwärtige Konflikt zeigt, daß die Bewegung davon noch weit entfernt ist. Vielmehr droht der Rückfall in eine überwunden geglaubte Epoche. Sollte sich die Liwanag-Fraktion durchsetzen, wird die NDF wohl weiter schrumpfen. Daneben wird sich dann wahrscheinlich ein neue linke Organisation bilden. Doch der Kampf um den Kurs der NDF ist noch nicht entschieden.

Sven Hansen

Anmerkungen:

1) Es gibt mehrere Fassungen. Die verbreitetste ist: Armando Liwanag, Central Committee CPP: Reaffirm our basic principles and rectify errors, Dec. 26. 1991, in: KASARINLAN Vol. 8, No. 1, 1992.
2) Manuel Romero: Consolidating for bigger struggles ahead, Liberation-International (Organ der NDF), März-April 1993.
3) Ausführlich zu den Debatten bis 1991: Sven Hansen: Philippinen: Guerilla und Revolution. Ursprünge, Entwicklungen und Krise der NDF, Münster 1991.
4) Manila Chronicle 28.12.1992; Statement of the Central Committee, CPP on its 24th Anniversary, December 26, 1992 in: Rebolusyon (Theoretisches Organ des ZK der CPP) No. 1, Series 1993, Jan.-March 1993.
5) Ang Bayan (Zentralorgan der CPP) June 1988: Revolution in Mindanao, recovery and advance.
6) Walden Bello: The crisis of the Philippine Progressive Movement. A preliminary investigation, 29.7.1992, in: KASARINLAN, Vol. 8, No. 1, 1992.
7) Walden Bello: The dual crisis of the Philippine progressive movement, Discussion Paper, Forum for Philippine Alternatives, First International Conference, Berkeley 2.- 4. April 1993.
8) SG-Visayas Commission, CPP: Party Unity and Leadership Processes, 1.11.1992. Der Artikel erschien im Januar 1993 in einem vermutlich von Liwanags parteiinternen Gegnern in Manila veröffentlichten Buch, in dem die Debatte umfangreich dokumentiert wird. In Anlehnung an Mao wird das über 400 umfassende Werk scherzhaft als "Das Große Rote Buch" bezeichnet.
9) Joel Rocamora: The Crisis in the National Democratic Movement and the Transformation of the Philippine Left, in: Debate, Philippine Left Review, No. 6, March 1993.
10) Byron Bocar: 20 years of the NDF. Towards a more democratic, responsible and relevant revolutionary movement, Utrecht 24.4.1993.

Kurzer politischer Frühling in Kurdistan

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) hatte am 17.3. kurz vor dem kurdischen Neujahrsfest Newroz einen zunächst bis zum 15.4. befristeten Waffenstillstand verkündet und diesen am 16.4. vorläufig verlängert. Die „neue Strategie" der PKK hatte in der hiesigen Öffentlichkeit zu Spekulationen geführt, daß die Hintergründe in einer militärischen Schwächung der PKK nach den „vernichtenden" Schlägen der türkischen Armee im letzten Winter bestünden. Gleichzeitig wurde ein Einlenken des türkischen Staates ausgemacht, obwohl dieser seine militärischen Angriffe in Kurdistan fortsetzte und auf das Verhandlungsangebot nicht einging. Nach einem ersten neuen Angriff der PKK am 25.5. hat die türkische Armee ihre „Frühjahrsoffensive" wieder voll aufgenommen, die PKK ihrerseits hat ihren Waffenstillstand am 8.6. offiziell vorläufig aufgekündigt.

Daß sich die, in der Tat, "historische" Entwicklung nicht auf diese Aspekte beschränken läßt, zeigt ein Blick auf die innerkurdischen Entwicklungen. Schließlich war auch für viele BeobachterInnen, mehr noch als der Waffenstillstand, die Tatsache überraschend, daß es zu einer neuen Annäherung der PKK an die südkurdischen Parteien im Irak, namentlich Talabanis Patriotischer Union (PUK) gekommen war, mit denen man gerade ein halbes Jahr zuvor in offenen militärischen Auseinandersetzungen gestanden hatte. Kaum weniger überraschend war schließlich auch der Beginn eines Verständigungsprozesses zwischen PKK und verschiedenen seit langem mit der PKK im Streit befindlichen Gruppierungen aus dem türkischen Teil Kurdistans.

Talabani war es auch, der die Bereitschaft des PKK-Vorsitzenden Abdullah "Apo" Öcalan zum Waffenstillstand und zu einer politischen Lösung bereits Anfang März in Ankara durch einen auch der Presse zugeleiteten Brief an den damals noch lebenden Staatspräsidenten Özal, Ministerpräsidenten Demirel und Außenminister Cetin angekündigt hatte. Was Öcalan dann bei seiner gemeinsam mit Celal Talabani am 17.März im libanesischen Bar Elias abgehaltenen Pressekonferenz verkündete, ging allerdings weiter als alle bisher bereits erfolgten Angebote der PKK an den türkischen Staat. Daß die PKK nämlich durchaus für eine Lösung des Kurdistankonfliktes innerhalb des türkischen Staates etwa in Form einer föderativen Struktur offen sei und die Legalisierung kurdischer Parteien und ein Referendum der kurdischen Bevölkerung über ihre Zukunft für sie wichtige, anzustrebende Ziele darstellen, hatte Öcalan in den letzten Jahren in zahlreichen Interviews immer wieder betont.

Neu war jetzt neben der Verkündung eines bedingungslosen Waffenstillstandes seitens der PKK vor allem der Verzicht auf direkte Verhandlungen mit dem türkischen Staat bis hin zu Öcalans Erklärung, er könne sich sogar vom Vorsitz der PKK zurückziehen, falls seine Person ein entscheidendes Hindernis für Verhandlungen darstelle. Als mögliche Vermittlungsinstanz wurden dabei die kurdischen Abgeordneten im türkischen Parlament genannt, deren 'Partei der Volksarbeit'(HEP) allerdings mit einem Verbotsprozeß konfrontiert ist. Daß Öcalan als Ziele bei der Pressekonferenz am 17.3. auch die Erlangung kultureller Rechte wie die Zulassung kurdischer Fernsehprogramme als Ziel formulierte, bedeutet jedoch keineswegs eine Beschränkung auf diese. Er machte deutlich, daß die Neugestaltung der Beziehungen zwischen dem türkischen und kurdischen Volk auch verfassungsrechtliche Konsequenzen haben müsse...

Der Termin des Waffenstillstandsangebotes durch die PKK unmittelbar vor dem Newrozfest am 21.3. sollte der auch in diesem Jahr zu befürchtenden Eskalation der Ereignisse vorbeugen, nachdem im letzten Jahr bekanntlich über 100 Menschen von Sicherheitskräften erschossen worden waren. Daß mit drei Todesopfern in diesem Jahr Newroz vergleichsweise "friedlich" verlaufen ist, wird denn auch allgemein als Zeichen einer Zurückhaltung der Sicherheitskräfte als Reaktion auf den verkündeten Waffenstillstand gewertet.

Ankara reagiert nur halbherzig

Die politischen Reaktionen in Ankara bestanden zunächst in einem brüsken "Ergebt euch!" und "Es kann keine Verhandlungen mit Terroristen geben" seitens Demirels, damals noch Premier, und seines Innenministers Sezgin. Zynisch wurde den KämpferInnenn nahegelegt, sich den "unabhängigen und fairen türkischen Gerichten" zu stellen. Nach dem halbwegs friedlich verlaufenen Newroz waren dann zumindest einige vorsichtigere Töne zu hören. Innenminister Sezgin ließ in Presse- und Fernsehinterviews verlauten, daß möglicherweise mit einer Einstellung der Frühjahrsoffensive der Armee und sogar einer Aufhebung des Ausnahmezustands in den kurdischen Provinzen zu rechnen sei, falls die PKK weiterhin ihren Waffenstillstand so ernsthaft einhalte. Außerdem wurde die Zulassung kurdischer Fernsehprogramme sowie die Wiederzulassung der kurdischen Namen von Dörfern erwogen, die während der letzten Jahrzehnte türkisiert worden waren.

Die Halbherzigkeit dieser Vorschläge kommt am deutlichsten in der Amnestiefrage zum Ausdruck: statt der mittlerweile nicht nur von den Abgeordneten der (noch) legalen prokurdischen HEP-Partei, sondern auch von 36 der 54 Abgeordneten der mitregierenden, sozialdemokratischen SHP geforderten generellen Amnestie für Kurden bot er eine Art Teilamnestie für „reuige junge Leute, die aus den Bergen herabkommen und an keinen bewaffneten Aktionen beteiligt waren" an, während für inhaftierte PKK-Mitglieder nur Strafmilderung nach dem „Reuegesetz" in Aussicht gestellt wurde. Dieses Gesetz verlangt das Abschwören von den Zielen der PKK und eine Zusammenarbeit mit dem Staat.

Wird sich Demirel einen Ruck geben?

Wesentlich weiter ging Staatspräsident Turgut Özal, als er vorschlug, daß sich die KämpferInnen der PKK einer neutralen Einheit stellen müßten und nach Entwaffnung und dem Ablegen von Geständnissen freikommen sollten. Außerdem sollten sie ihre bürgerlichen Rechte erhalten und die über sie vorhandenen Unterlagen sollten nach fünf Jahren ohne neue Vorwürfe gegen sie vernichtet werden. Dieser Weg hätte unter Umständen sogar die Möglichkeit zur Realisierung des von Öcalan vehement geäußerten Wunsches nach legaler politischer Betätigung in der Türkei eröffnen können. Özals plötzlicher Tod ließ diese Pläne allerdings Makulatur werden.

Es bleibt nun abzuwarten, ob sich Demirel als Özals Nachfolger im Präsidentenamt von seiner Fixierung auf eine militärische "Lösung" der kurdischen Frage lösen kann oder ob er weiterhin nach dem noch kurz vor dem Waffenstillstand verkündeten Motto zu verfahren gedenkt: "Wir werden auch

den 29. Kurdenaufstand niederschlagen". Bis jetzt hat er jedenfalls keine deutliche Bewegung in Richtung auf eine politische Lösung des Konfliktes erkennen lassen. Sollte sich Demirel doch dazu entschließen, in welcher Form auch immer auf die kurdische Seite zuzugehen, so wird er dabei auf jeden Fall mit Widerstand seitens der Betonköpfe im Sicherheitsapparat rechnen müssen.

Ein sehr einseitiger Waffenstillstand

Während der PKK bis zum 25.5. allgemein eine strikte Einhaltung ihrer Waffenruhe attestiert wurde, haben die Sicherheitskräfte zwar ihre massive Präsenz in den kurdischen Städten etwas heruntergefahren, ihre Inlandsoperationen jedoch mit nur leicht gebremster Intensität mit Bombenangriffen und Bodentruppen fortgesetzt und im Zeitraum vom 20.3. bis 15.4. etwa 50 PKK-Guerillas umgebracht, - diese hatten ihre Waffen wie angekündigt nur zur Selbstverteidigung eingesetzt. Auch die Dorfzerstörungen setzte die Armee fort, allein in der zweiten Aprilwoche wurden 14 Dörfer in der Provinz Batman bombardiert und die BewohnerInnen zur Flucht gezwungen - was angesichts des bevorstehenden vorläufigen Auslaufens des Waffenstillstandes nur als Provokation verstanden werden kann.

Trotzdem wurde der Waffenstillstand am 15.4. von Abdullah Öcalan auf einer weiteren Pressekonferenz unbefristet verlängert - es waren außer Talabani diesmal noch Kemal Burkay, Generalsekretär der PSK, der Generalsekretär der PDK-Hevgirtin, Hemres Reso, sowie der HEP-Vorsitzende Ahmet Türk dabei. Diesmal wurde er allerdings an konkrete Bedingungen geknüpft und eine Wiederaufnahme bewaffneter Aktionen angekündigt, falls binnen einiger Monate immer noch keine Bewegung in die türkische Politik kommen sollte. Als wichtigste Bedingungen wurde genannt, daß der Waffenstillstand nicht einseitig bleiben und die Vernichtungsoperationen gegen die PKK aufhören müßten. Weiter wurde ein Ende der Morde mit "unbekannten Tätern" und eine Generalamnestie gefordert.

Eine neuerliche Eskalation

Am 25.5. hat die PKK als Antwort auf einen neuerlichen Armeeangriff in der Gegend von Bingöl bei einer Straßensperrungsaktion von 150 Guerillas mindestens 35 Soldaten eines Militärtransportes getötet und 15 Personen gefangengenommen. Die türkische Regierung hat darauf ihre Vorlage der o.g. „Teilamnestie" für reuige PKK-Mitglieder zunächst ausgesetzt, inzwischen aber verabschiedet. Die gesamte türkische Presse bezichtigte die PKK des Bruchs des Waffenstillstandes und eines "Anschlages auf den Frieden". Apo dagegen erklärte gegenüber der BBC, daß er den Angriff nicht befohlen habe, rechtfertigte aber den



Talabani, Öcalan und Burkay am 16.4. in Bar Elias

Anschlag als Vergeltungsaktion bzw. Warnung und betonte, daß der Waffenstillstand weiter gültig sei. Mit Demirels ausdrücklicher Genehmigung hat die türkische Armee inzwischen wieder intensive Operationen gegen die PKK eingeleitet. Abdullah Öcalan erklärte bei einer Pressekonferenz im Libanon am 8.6. den Waffenstillstand der PKK für beendet.

Die kurdisch-kurdische Annäherung

Über die Beweggründe Apos und der PKK für die Änderung ihrer politischen Linie läßt sich mit Sicherheit sagen, daß es zu kurz gegriffen ist, sie ausschließlich aus der militärischen Schwächung der letzten Monate zu erklären. Sicher ist die PKK durch die Kämpfe im Nordirak gegen Kurdistanfront und türkische Armee im Herbst sowie durch die Inlandsoperationen der türkischen Armee ebenso geschwächt worden, wie durch die diplomatischen Anstrengungen der Türkei, ihr die Basen in Syrien und Iran möglichst weitgehend zu entziehen. Dennoch ist die PKK nach wie vor in allen drei Ländern präsent und unterhält als Ergebnis des Waffenstillstands mit der Kurdistanfront im Nordirak bei Sale, nahe der iranischen Grenze, ein großes Lager mit etwa 2000 KämpferInnen. Auf türkischem Boden verfügt die PKK nach wie vor über mehrere tausend KämpferInnen, aus dem PKK-Lager in Sale wurde von unabhängigen BeobachterInnen über zahlreiche Funkkontakte mit vielen Basen in der Türkei berichtet.

Ein Schlüssel zur neuen Linie der PKK ist in den politischen Entwicklungen seit Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen PKK und Kurdistanfront im letzten Herbst zu finden. Daß es nach Beendigung der Auseinandersetzungen so unerwartet schnell zu der Annäherung von PKK und PUK gekommen ist, hat damit zu tun, daß der Krieg gegen die PKK der Kurdistanfront durchaus nicht die erwünschten Zugeständnisse seitens der Türkei gebracht hat. Die erhoffte politische Unterstützung der Türkei für die kurdische Selbstverwaltung im Nordirak blieb ebenso aus wie die Öffnung der Transportwege zur Türkei. Im Gegenteil: offiziell ist die Grenze heute so dicht wie nie, nicht mal der wirtschaftlich für Südkurdistan wichtige Benzinschmuggel mit "Ersatztanks" an den LKWs wird mehr geduldet.

So setzte sich wohl bei Talabani die Einsicht durch, daß die Südkurdische Selbstverwaltung die PKK und die Bevölkerung in Nordwestkurdistan auch als Faustpfand in den diplomatischen Beziehungen zur Türkei braucht. Daß den mit einem Brief Talabanis an Öcalan begonnenen Bemühungen um eine Wiederannäherung auch seitens der PKK sehr schnell entsprochen wurde, steht durchaus im Einklang mit den offiziellen PKK-Verlautbarungen zu den Auseinandersetzungen mit den südkurdischen Brüdern. In diesen war immer wieder betont worden, daß die Eskalation von der PKK weder gewollt noch betrieben worden sei.

Kurdische Realpolitik

Wichtiger scheint jedoch die außenpolitische Dimension der jetzt eingetretenen Entwicklungen zu sein. Die diesjährigen Zusammenkünfte zwischen Türkei, Syrien und Irak bezüglich der Kurdistanfrage ebenso wie die jüngsten Entwicklungen der US-Politik gegenüber dem Irak deuten darauf hin, daß eine Wahrung der territorialen Integrität des Irak (und mögliche Rehabilitierung des Saddam-Regimes) und die Respektierung sämtlicher Grenzen in der Region ausgemachte Sache ist. In dieser Situation scheint es nur vernünftig, wenn die kurdischen Gruppierungen in den verschiedenen Ländern einerseits zwar die realpolitischen Gegebenheiten akzeptieren und für möglichst weitgehende Rechte innerhalb der jeweiligen Staatsgrenzen kämpfen, gleichzeitig aber einen Vereinheitlichungsprozeß anstreben, der es ihnen erlaubt, in wichtigen internationalen Fragen mit einer Stimme zu

sprechen und so ihr politisches Gewicht im internationalen Rahmen wenigstens etwas zu erhöhen.

Eine geeinte kurdische Front in der Türkei?

In engem Zusammenhang mit diesen Feststellungen ist auch die neue Annäherungspolitik zwischen PKK und den anderen kurdischen Kräften in der Türkei zu sehen. Daß die PKK nicht bei der Annäherung an die PSK stehenbleiben will, sondern tatsächlich eine Art Kurdistanfront in der Türkei anstrebt, zeigt das inzwischen ebenfalls veröffentlichte gemeinsame Kommuniqué mit dem Vorsitzenden der PDK-Hevgirtin, Hemres Reso. Weiteres Zeichen der Vereinheitlichung war die gemeinsam von acht kurdischen Gruppen am 29.5. in Bonn veranstaltete Demonstration für "Frieden, Freiheit und national-demokratische Rechte" des kurdischen Volkes in der Türkei, an der sich ca. 70 000 KurdInnen beteiligt haben. Die Vorteile einer gemeinsamen Front möglichst aller kurdischer Gruppierungen in der Türkei für den von der PKK angestrebten Verhandlungsprozeß bestünden auch darin, daß sich die türkische Regierung auf eine solche Front mit ihren gemäßigten Elementen eher einlassen könnte als auf Verhandlungen mit den "Terroristen" der PKK.

Die Hinwendung der PKK zur politischen Ebene verfolgt auch das Ziel, international endlich mehr Anerkennung zu gewinnen und die von den etablierten Parteien und Institutionen in Europa von der türkischen Regierung übernommene Ablehnung der PKK als "terroristisch" aufzubrechen und so eine Erhöhung des äußeren Druckes auf die Türkei in Richtung einer politischen Lösung des Kurdistankonfliktes zu erreichen. Ebenso wird gehofft, daß sich mit der politischen Initiative auch der innere Druck in der Türkei auf die Regierung und vor allem auf die Falken in Sicherheitsapparat und Politik erhöhen läßt. Solcher Druck könnte etwa aus Kreisen von Unternehmern kommen, die bereit sind, in Kurdistan zu investieren und für die der fortdauernde Kriegszustand ein Hindernis darstellt.

uw

Kurdische Demonstration am 29.5. in Bonn — Foto: A. Kauz

"Ein vereinigtes Kurdistan steht momentan nicht zur Debatte"

Das folgende Interview mit Cemil Biyik wurde geführt am 5.April 1993 in Damaskus. Cemil Biyik gilt als zweiter Mann der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) nach Abdullah Öcalan. Auch wenn der Waffenstillstand inzwischen gescheitert ist, so dokumentiert das Interview die politischen Ziele, welche die PKK-Führung mit ihrem am 17.3. einseitig verkündeten Waffenstillstand verbindet und die perspektivisch immer noch gültig sind.

Ihre Partei hat bis zum 15.4. einen einseitigen Waffenstillstand verkündet. In der türkischen Presse gibt es derzeit eine ganze Reihe von Spekulationen über den Fortgang dieses Prozesses. Was erwarten Sie von der Türkei innerhalb dieser Zeitspanne und was passiert, wenn es bis zu diesem Datum zu keiner Reaktion der Türkei kommt?

Es ist richtig, daß der Waffenstillstand eine Initiative von unserer Seite war. Wir sind damit auf Erwartungen der internationalen Öffentlichkeit und unseres eigenen und des türkischen Volkes eingegangen. Wir haben diese einseitige Initiative ergriffen, um die Voraussetzungen für einen echten Waffenstillstand zu schaffen. Die Türkei stellt das so dar, daß wir so schwach geworden sind, daß uns kein anderer Weg mehr bleibt, aber da täuschen sie sich selbst und die Öffentlichkeit. Wir hätten eine solche Entscheidung auch schon eher treffen können, doch im vergangenen Herbst wurde, wie ja bekannt ist, versucht, uns einen endgültig vernichtenden militärischen Schlag zu versetzen. Mitten in einer solchen Situation ein Waffenstillstandsangebot zu machen, hätte zwangsläufig als Zeichen der Schwäche interpretiert werden müssen. Jetzt haben wir bewiesen, das wir diesen Schlag überlebt haben und können unser Angebot vorbringen.

In der Türkei hat Ihre Initiative eine intensive Diskussion eingeleitet. Allerdings gibt es übereinstimmende Äußerungen dahingehend, sich "mit dem Terroristen Öcalan nicht an einen Tisch zu setzen." Um überhaupt einen Prozeß in Gang zu bringen, scheint ein Vermittler notwendig zu sein. Wie sehen sie das? Wären sie mit einer Vermittlung einverstanden und wen könnten sie sich in dieser Rolle vorstellen?

Ihre Einschätzung teile ich. Das kann natürlich nicht davon ablenken, daß die PKK der eigentliche Gesprächspartner jeglicher Verhandlungen ist. Also wenn sie in Ankara das Problem wirklich lösen wollen, dann müssen sie es mit uns lösen, denn schließlich hat ja die PKK die Entwicklung bis zum heutigen Punkt gebracht. Doch als ersten Schritt wollen wir das von der Türkei nicht erzwingen.

Celal Talabani wird häufig als möglicher Vermittler genannt...

Talabani hat seine Meinung in den Entscheidungsprozeß eingebracht, es hat Gespräche mit ihm gegeben; die eigentliche Entscheidung haben wir getroffen. Er hat konstruktive Vorschläge gemacht, die von uns berücksichtigt wurden. Auch die Pressekonferenz kam durch seine Initiative zustande. Wenn er bereit ist und die Türkei ihn als Gesprächspartner akzeptiert, so steht dem von unserer Seite aus nichts entgegen. Ich würde sagen, er könnte eher ein Vorbote sein als ein Vermittler, also einer der die Voraussetzungen für Verhandlungen schafft.

Wenn wir jetzt mal voraussetzen, daß die Tür für Verhandlungen geöffnet werden kann - was sind denn die Minimalforderungen ihrer Partei? Mit dieser Frage meine ich nicht nur Fragen die militärische Situation betreffend. Welche politischen Forderungen müssen aus Ihrer Sicht auf jeden Fall erfüllt werden, als ein erster Schritt?

Es geht ja hier um die Identität eines Volkes. Wir wollen, daß beide Völker in der Türkei frei und völlig gleichberechtigt leben können. Wir wollen nichts fordern, was offensichtlich nicht erfüllt werden kann oder werden wird. Wir haben sehr realistische Erwartungen an die Türkei und wir erwarten von der Türkei den gleichen Ansatz; sie muß sich in Bezug auf uns auch realistisch verhalten. Als erste Schritte erwarten wir zum Beispiel, daß unsere einseitige Initiative in einen wirklich beidseitigen Waffenstillstand mündet. Das haben wir auch in unserer gemeinsamen Erklärung mit der Sozialistischen Partei Türkei Kurdistan angesprochen. Weiterhin haben wir in dieser Erklärung auch andere Minimalforderungen genannt, wie das Recht auf freie politische Organisierung und legale politische Arbeit in der Türkei und verschiedene Verfassungsänderungen, die eine wirklich demokratische Verfassung garantieren sollen, Amnestie und die Auflösung der paramilitärischen Milizen in den kurdischen Dörfern, die Auflösung der Sondereinsatzkommandos und der Konterguerilla. Das sind wirklich minimale Forderungen, die zudem noch einen positiven Einfluß auf den Demokratisierungsprozeß in der gesamten Türkei haben können. Wenn auf diese Forderungen eingegangen wird, dann werden wir auch über weitere Schritte nachdenken. Ich muß allerdings hier erwähnen, daß uns bis heute noch keinerlei Antwort oder Reaktion auf unsere einseitige Leistung zugekommen ist. Im Gegenteil, auch nach dem einseitigen Waffenstillstand wurden kurdische Dörfer bombardiert, haben neue Verhaftungswellen begonnen. Wenn das so weitergeht, dann werden wir uns auch dementsprechend verhalten. Aber dafür sind wir dann nicht verantwortlich, unsere Option ist, die Probleme auf dem Verhandlungsweg zu lösen.

Wenn wir jetzt mal annehmen, daß diesen Forderungen entsprochen wird und diese Rechte gewährleistet werden, wie geht es dann weiter. Die PKK hatte ja die Forderung nach einem unabhängigen kurdischen Staat in ihrem Programm, wird an dieser Forderung festgehalten?

Ich glaube, da liegt ein Mißverständnis vor. Allgemein wird angenommen, daß die PKK sich mit diesem einseitigen Schritt sehr verändert hat. Die PKK hat sich nicht verändert, sie wurde nur sehr oft mit Vorurteilen betrachtet. Wir haben eigentlich noch nie darauf bestanden, daß unser Problem unbedingt mit einem eigenen Staat gelöst werden muß. Wir haben immer von der Freiheit und Unabhängigkeit des kurdischen Volkes gesprochen. Das geht auch aus alten Dokumenten hervor. Wenn diese Rechte in einer Föderation gewährleistet sind, dann ist auch das möglich. Wir wollen Freiheit für unser Volk, die Menschen sollen sich zu ihrer Identität bekennen können. Wir haben schon öfter betont, daß wir zusammen mit dem türkischen Volk leben wollen, nicht uns abspalten. Aber unter den gleichen Bedingungen wie alle anderen Bürger auch.

Wenn ich richtig verstanden habe, dann heißt das, daß die aktuellen Diskussionen in der Türkei um die Einrichtung von türkischen Fernsehen, Verlagen u.ä. für Sie noch keine ausreichende Schritte sind, da die PKK bei den Diskussionen um kulturelle Rechte nicht einmal erwähnt wird. Sie fordern praktisch in der ersten Runde explizit politische Freiheiten für ihre Partei?

Ja. Diese kulturellen Ansätze sind zwar positiv, aber sie sind nicht genug. Wenn ein Volk in der politischen Arena nicht mit seiner eigenen Partei vertreten sein kann, dann kann von gleichen Rechten nicht die Rede sein. Das muß garantiert werden.

Von den Militärs gibt es noch keine Stellungnahme zu Ihrer Initiative, bekannt ist allerdings, daß die Militärs die Falken in der türkischen Politik darstellen. Denken sie, daß die Militärs in der Türkei eine halboffene Tür auch wieder zuschlagen könnten?

In der Türkei wird die Politik von den Militärs bestimmt. Sie sind einflußreicher als das Parlament und die Regierung und das in so gut wie allen Bereichen, außen- und innenpolitisch. Auch in der Bevölkerung ist so ein Bewußtsein verankert. "Heer und Bevölkerung Hand in Hand" heißt es von jeher in der Türkei. In der Türkei gibt es die Konterguerilla, eine Einheit, die der Abteilung für Spezialkriegsführung untersteht. Von dort aus wird die eigentliche Politik der Militärs bestimmt. Der schmutzige Krieg in Kurdistan wird von dieser Abteilung aus dirigiert. Da gehören militärische und zivile Kräfte dazu. Als wir unsere Entscheidung verkündeten, gab es sehr heftige Reaktionen aus der Türkei. Wir glauben, daß die Falken nicht auf einen solchen Schritt von unserer Seite eingestellt waren und im ersten Moment nicht wußten, was sie tun sollten. Sie befinden sich immer noch in der Sackgasse. Wir wissen zur Zeit wirklich nicht, wer unser Verhandlungspartner ist. Wer kann heute in der Türkei entscheiden? Das ist nicht offensichtlich. Der Staatspräsident, das Heer, die Regierung? Wir wissen nicht, mit wem wir gegebenenfalls an einem Tisch sitzen sollen.

Kann das zu einem ernsten Widerspruch innerhalb der türkischen Eliten führen? Es gibt doch Kreise, vor allem die um Özal, die ein Ende des Krieges im Rahmen ihrer eigenen Interessen - ausländische Investitionen in Kurdistan, Anbindung an den Westen - wirklich wünschen, die Militärs haben eher entgegengesetzte Interessen.

Ein Widerspruch kann entstehen, aber ich glaube nicht, daß der sehr weit gehen wird, denn ich denke die Zivilen werden den Militärs nicht langfristig widerstehen können. Nur wenn die Militärs zustimmen, rechne ich dem Chancen aus.

Es gibt ja enge Bindungen der Türkei an Europa, auf politischem, ökonomischem und militärischem Gebiet, können die nicht genutzt werden, um Druck zu erzeugen?

Ohne Zweifel. Die Türkei will ja eine noch weitergehende Integration in den Westen. Da befindet sie sich nun in einer Sackgasse. Die innere Struktur der Türkei stammt noch aus der Zeit des Kalten Krieges, das muß sich jetzt ändern und da kann es auch Druck von außen geben. Wenn die Kurdenfrage gelöst ist, dann kann von einer echten Demokratisierung in der Türkei die Rede sein, vorher nicht. Europa will, daß die anachronistischen Elemente aus der türkischen Gesellschaft verschwinden. Darauf gründet sich unsere Vermutung, daß in der Türkei einiges in Bewegung kommt.

In letzter Zeit wird von türkischer Seite immer wieder erklärt, daß ein großer Teil dieser anachronistischen Elemente auf das Konto der Hizbollah gehen, einer irangesteuerten fundamentalistischen Organisation. Sie soll in Kurdistan den größten Teil der kritischen Intellektuellen und legalen Oppositionspolitiker umgebracht haben und ihren eigenen Krieg gegen die PKK führen. Was wissen sie über diese Organisation, was hat sie für eine Bedeutung in der politischen Landschaft der Türkei?



Nowroz '93 in Diyarbakir **Foto: A.Kauz**

Ich möchte hier zuallererst betonen, daß wir mit der Hizbollah einen Waffenstillstand geschlossen haben. Das hat vor allen Dingen den Grund, daß wir unterscheiden möchten, was die echte Hizbollah macht und was Aktivitäten der Konterguerilla sind, denen der türkische Staat das Mäntelchen Hizbollah überwirft. Dieser Schritt war mehr als notwendig, denn die echte Hizbollah, also organisierte Moslems, hat keinen Grund, sich gegen uns zu wenden. Auch die Vertreter der Hizbollah waren verärgert, als Deckmantel herzuhalten, so denke ich, daß der Waffenstillstand beiden Seiten nützt.

Ich möchte jetzt die Ereignisse der letzten Wochen mal aus historischer Perspektive betrachten. In der Geschichte der Türkischen Republik, also seit 1925, hat es noch keine Verhandlungen zwischen einer türkischen Regierung und Vertretern der Kurden gegeben. Worauf führen sie zurück, daß dieses Mal zumindest laut darüber nachgedacht wird?

Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Sowohl in der Türkei als auch in Kurdistan wurden bis heute alle Bewegungen vernichtet. Egal ob es sich um einen spontanen Aufstand handelte oder um eine längerfristige politische Organisierung. Der türkische Geheimdienst (MIT) ist auf diesem Gebiet sehr fähig und hat Erfahrung in der Eliminierung jeglicher Opposition. Dem MIT ist es gelungen, in so gut wie alle diese Bewegungen einzudringen und die Organisationen praktisch von innen aufzulösen. Uns ist es gelungen, dem zu widerstehen.

Gibt es außerdem noch Gründe, die zum Beispiel in der internationalen Konjunktur zu suchen sind? Wie wir vorhin schon erwähnt haben, fällt es der Türkei ja wohl auch sichtlich schwerer, den Krieg in ihrem eigenen Land zu legitimieren. Ein Land, das sich als Brücke zu Zentralasien profilieren will, kann eigentlich keinen Krieg ohne Ende gebrauchen.

Als die UdSSR noch bestanden hat, war die Türkei ein wichtiges Land für den Westen. Wenn es diese Bedeutung jetzt auch nicht ganz verloren hat, dann hat es doch an Wichtigkeit eingebüßt. Die Rolle, die sie in Zentralasien oder dem Mittleren Osten spielen kann, ist nicht mit ihrer alten Position zu vergleichen. Andererseits ist die Türkei als schwelender Krisenherd für den Westen auch schädlich und da wird jetzt nicht einfach drüber weg gesehen. 1992 hat der Westen die Vernichtungsaktionen gegen die PKK, wenn auch nicht offen gutgeheißen, dann zumindest schweigend geduldet, also die westlichen Staaten wollten der Türkei die Möglichkeit geben, das Kurdenproblem auf dem Weg der Gewaltanwendung zu lösen. Nachdem das offensichtlich nicht geklappt hat, wird der Westen der Türkei jetzt keine zweite Chance einräumen. Ich glaube auch, daß der Westen zur Überzeugung gekommen ist, daß die PKK keine Bewegung ist, die so leicht zu vernichten ist. Ich kann sagen, der Westen hat die PKK-Realität zur Kenntnis genommen und hat jetzt ein Interesse daran, daß die Türkei ihre Probleme löst, indem sie das auch zur Kenntnis nimmt. Das ist ein Faktor, der sich positiv auf Verhandlungsmöglichkeiten auswirkt.

Eine letzte Frage nach der Zukunft Kurdistans insgesamt. Wie wird sich die Kurdenfrage in allen vier Ländern (Iran/Irak/Türkei/Syrien), vor allem aber in der Türkei und im selbstverwalteten irakischen Teil von Kurdistan entwickeln? Wie weit soll die von Ihnen erwähnte nationale Einheit gehen?

Parallel zu der Diskussion mit den anderen Organisationen in der Türkei haben wir Gespräche mit den kurdischen Gruppierungen im Irak begonnen. Mit der PUK (Patriotischen Union Kurdistan, d.A.) hat es schon einmal vor ein paar Jahren ein gemeinsames Kommuniqué gegeben, das später außer Kraft gesetzt wurde. Jetzt gibt es das wieder ganz offiziell. Wir wollen die gleiche Beziehung auch zur Demokratischen Partei herstellen. 1993 ist für uns das Jahr der Einheit innerhalb der kurdischen Bewegung.

Was ist denn das Ziel bezüglich dieser kurdischen Einheit? Einfach gegenseitige Unterstützung oder soll das weitergehen im Sinne von gemeinsamer Strategie?

Wir haben noch eine Reihe interne Probleme in der kurdischen Bewegung. Wir sind nicht nur durch Landesgrenzen gespalten, sondern es gibt auch eine Reihe Widersprüche zwischen den verschiedenen kurdischen Organisationen. Unser Ziel ist zuerst einmal diese Widersprüche zu lösen und dafür zu sorgen, daß es nicht wieder zu kurdisch-kurdischen Kämpfen kommt. Jeder Teil Kurdistans hat seine Besonderheiten, das müssen wir berücksichtigen. Die Organisationen sollen sich gegenseitig nicht in ihre Angelegenheiten mischen, wenn es Probleme gibt, sollen die mit Gesprächen gelöst werden. Das gilt auch für die kurdische Politik in den vier Teilen, deren jeweilige Eigenständigkeit muß respektiert werden. Aber auf der anderen Seite dürfen die Organisationen des einen Teils in den anderen nicht eingeschränkt werden, es muß Solidarität zwischen den einzelnen Teilen geben. In jedem Teil soll es unserem Ansatz gemäß eine eigene Nationalversammlung geben, die dann in einem weiteren Schritt, als eine weitere Instanz eine kurdische Nationalversammlung bilden können, die die internationale Vertretung der Kurden darstellen wird.

Im vergangenen Jahr vor den Wahlen in Südkurdistan (Irak) habe ich in verschiedenen Interviews mit kurdischen Politikern die Einschätzung gehört, wenn Kurden heute irgendetwas fordern, was mit Grenzänderung zu tun hat, verlieren sie alle internationale Unterstützung. Würden sie dem zustimmen?

Die Aufhebung der Grenzen und die Vereinigung Kurdistans steht momentan nicht zur Debatte. Das wäre auch nicht realistisch, auch nicht richtig. Zu einem viel späteren Zeitpunkt kommt das dann auf den Willen der Bevölkerung an. Wenn die Bevölkerung das entscheidet, dann muß ihr Selbstbestimmungsrecht akzeptiert werden, auch auf internationaler Ebene. Wenn aber die Bevölkerung in ihrem jeweiligen Teil mit der jeweiligen Bevölkerung gleichberechtigt zusammenleben will, dann wird es eben so sein.

Im vergangenen Herbst hat der Krieg zwischen PKK und der kurdischen Regierung im irakischen Teil auch im Ausland Schlagzeilen gemacht. Aus diesem Grund wurde jetzt die gemeinsame Pressekonferenz von Abdullah Öcalan und Celal Talabani oftmals mit Erstaunen aufgenommen. Können sie kurz erklären, wie es dazu kam?

Das im Herbst war nicht einfach "wieder einmal" ein Krieg der Kurden untereinander. Das hatte viel weitergehende Dimensionen. Das eigentliche Problem war nicht, wie oft dargestellt, daß "die PKK sich da eingenistet hatte und nicht abziehen wollte". Es ging vor allen Dingen darum, daß der Kampf der PKK an den Interessen vieler Mächte rührte. Es ging darum, uns entweder zum Aufgeben zu



zwingen oder zu vernichten. Beides war bis dahin nicht gelungen. Den Krieg haben wir nicht angefangen. Es hat sogar ziemlich schnell einen Waffenstillstand zwischen uns und der kurdischen Regierung gegeben. Wir haben versucht, es nicht zum Krieg kommen zu lassen, es gab ein Abkommen, aber dann kam es trotz des Abkommens zum Krieg. Das war weder unsere Entscheidung noch die der Gegenseite. Die wurde in dieser Angelegenheit benutzt. Als das klar wurde, hat es auch von ihnen Anstrengungen gegeben, die Beziehungen wieder zu verbessern. Sie haben jetzt auch gemerkt, daß keine der ihnen gegebenen Versprechungen eingehalten wurden. Dazu kommt, daß die Türkei wieder Beziehungen zu Saddam Hussein aufgenommen hat. Für die Zukunft heißt das, daß sich für Südkurdistan wieder große Gefahr anbahnen kann. Wenn die Beziehungen zu Nordkurdistan gestört sind, dann gibt es keine Rückzugsmöglichkeit, ja auch keine Fluchtmöglichkeit mehr. Wir sind kein Clan und führen keine Blutracheprozesse. Wir wollen positive Beziehungen, auch wenn wir im vergangenen Jahr gegeneinander gekämpft haben. Einer Auseinandersetzung Kurden gegen Kurden kann nur Schaden für die Bevölkerung bringen.

Rex-Asbest in Südkorea - ein Beispiel krimineller Unbekümmertheit

Die Kritik an den Multis lebte, als es sie noch gab, von einem Hintergedanken. Am Einzelbeipiel sollte das kapitalistische System denunziert werden. Nachdem der Kapitalismus sich alternativlos durchgesetzt hat, sind gute Recherchen zu deutschen Auslandsinvestitionen rar geworden. Eine bemerkenswerte Ausnahme ist die Broschüre "Todesproduktion verlagert - der Fall Rex-Asbest", die das Sozialistische Büro in Offenbach herausgegeben hat. Die Broschüre ist das Ergebnis jahrelanger Arbeit von politischen Gruppen, Wissenschaftlern und Journalisten. Sie informiert über ein Einzelunternehmen und enthält zugleich allgemeine Beiträge zu Südkorea und zum Export gesundheitsgefährdender Technologien.

Ein Graf von Rex hatte 1953 in Vellberg bei Schwäbisch Hall eine Asbestfabrik in Betrieb genommen. Bereits in den fünfziger Jahren, so erinnert sich ein Arbeiter, hatte Rex-Asbest veraltete Maschinen nach Südkorea verschifft, wo sie in einer 1975 in Pusan gegründeten Fabrik eingesetzt wurden. An der hatte Rex laut einem Bericht der südkoreanisch-deutschen Handelskammer seit 1971 Anteile (die Broschüre dokumentiert diese Fakten, die Firma bestreitet sie).

Die Produktionsbedingungen in dieser mitten in einem Wohngebiet gelegenen Fabrik waren für die Arbeiterinnen und Anwohner katastrophal. Nachdem der Offenbacher Express 1989 über den Mißstand berichtet hatte, fand sich eine Vellberger Initiative zusammen, die 1991 mit Hilfe der Grünen eine Reise der beiden New Yorker Arbeitsmediziner Prof. Mark Goldberg und Dr. Eckardt Johanning nach Südkorea organisierte. Das alte Werk war 1990 geschlossen und die Produktion in ein 1981 eröffnetes, moderneres Werk in Yangsan verlegt worden. An dieser Fabrik hält Rex Anteile. Was die Wissenschaftler fanden und maßen, war bedenklich und zum Teil erschütternd. Das alte Werk war nie richtig gereinigt worden und stelle noch immer eine Gefahr für die Anwohner dar. Im neuen Werk lag die Asbestbelastung teilweise über den Werten, die in der BRD gelten. Die Sicherheitsinstruktionen für die Arbeiterinnen und Arbeiter waren unzureichend. Der Untersuchungsbericht der Wissenschaftler ist in der Broschüre abgedruckt. Lutz Drescher, ein in Südkorea arbeitender Theologe, schreibt zu den "ökologischen Folgen bundesdeutscher Direktinvestitionen in Südkorea". Zwei weitere Artikel zu "Deutsche Unternehmen in Fernost" und "Die Verlagerung gesundheitsgefährdender Industrien" runden die Hintergrundinformationen ab.

Nach der Lektüre der Broschüre gibt es keinen Zweifel mehr, daß die Verlagerung gesundheitsgefährdender Produktion in Länder wie Südkorea die dortigen niedrigen Sicherheitsstandards ausnutzt. Gegen diese Verlagerung der Todesproduktion gibt es in Deutschland keine gesetzliche Handhabe. Während der Export von Waffen Kontrollen unterliegt und der Export von hier nicht zugelassenen Medikamenten in die Länder des Südens öffentlich kritisiert wird, passieren gesundheitsgefährdende Produktionsmittel anstandslos den Zoll. Die Herausgeber der Broschüre fordern deshalb: "Keine Maschine darf außer Landes, wenn ihre Funktionsweise Mensch und Natur schadet. Es gilt nichts Geringeres, als den blauen Umweltengel durchzusetzen für den Technologieexport".

Bei kaum einer Substanz dürfte die Kluft zwischen dem Problembewußtsein in den Metropolen und der Praxis des Umgangs im verarmten Süden größer sein als beim Asbest. Asbest erzeugt Krebs. Krebs tötet langsam. Wenn in Deutschland in einem Kindergarten hinter einer Heizung eine Platte gebundener Asbest gefunden wird, stehen am nächsten Tag die Eltern mit Transparenten vor der Tür. Als in Südkorea die Kinder, die neben einem Asbestwerk wohnten, Nasenbluten hatten, weil die Fasern überall herumwirbelten, ließ die Firma die Mauer um das Werksgelände etwas hochziehen. Asbest (Eternit) ist ein beliebter Baustoff in Elendsvierteln. Die tödliche Gefahr, die von Asbest ausgeht, ist nicht unmittelbar greifbar. Asbest ist nur dann ein Skandal, wenn Behörden und die Presse über die Spätfolgen des Kontaktes mit dem Material hinweisen. Auf die deutschen Behörden werden wir uns schwerlich verlassen können. Auf eine parlamentarische Anfrage des SPD-Bundestagsabgeordneten Horst Peter zum Thema Asbestverarbeitung in Südkorea ließ die Bundesregierung ihr ewiges "Liegen-keine-Erkenntnisse-vor" verlauten. Die bürokratische Unbekümmertheit dieser Antwort und die spitzen Finger, mit der diejenigen, die in Bonn Opposition machen sollten, sich des Themas annehmen, deuten darauf hin, daß die Mineralfaser Asbest als ein unpolitisches Stück Natur verstanden wird. Es wird noch ein hartes Stück Arbeit sein, bis die Bundesregierung, um es in ihrer Sprache zu sagen, Handlungsbedarf erkennt.

Dieter Maier

Eckhardt Johanning, Rolf Läpple (Hrsg.): Todesproduktion verlagert -Der Fall Rex-Asbest, Offenbach 1992, 94 S., 15.- DM.

Weitere Hinweise zum Thema:
Der Skandal um die Auslagerung der Asbestproduktion nach Südkorea war Anlaß einer Tagung "Arbeitsschutz am Beispiel Asbest" im März 1991 in Schwäbisch Hall. Die Beiträge zu dieser Tagung und zusätzliche Materialien liegen vor in der Dokumentation "Manuskripte 67 - Arbeitsschutz am Beispiel Asbest, Hrsg: Hans Böckler Stiftung, Berta-von-Suttner-Platz 3, 4000 Düsseldorf 1, 226 S. Einige Angaben zur Verlagerung der Asbestproduktion in die Dritte Welt enthält das fachlich fundierte und gut lesbare Buch von Albracht/Schwerdtfeger (Hrsg): Herausforderung Asbest, Wiesbaden 1991, 432 Seiten.

Abgesang auf das Zeitalter der Entwicklung

Eigentlich ist 'Entwicklung' bereits eine unbegrabene Leiche, die gefährlich die Luft verpestet." Diese Feststellung von Gustavo Esteva könnte als Motto für das neueste entwicklungspolitische Handbuch stehen. Das 'Zeitalter der Entwicklung' wird für tot erklärt, die Leiche muß schleunigst begraben werden. Die Totenrede halten Wolfgang Sachs und KollegInnen, auf daß keiner der Dahingeschiedenen auch nur eine Träne nachweine.

Zu diesem Zweck versammelt Wolfgang Sachs zahlreiche AutorInnen (darunter Ivan Illich, Marianne Gronemeyer, Vandana Shiva, Otto Ulrich u.a.), die in insgesamt 19 Beiträgen liebgewonnene Begriffe aus der Entwicklungspolitik (Entwicklung, Hilfe, Partizipation, Fortschritt, Wissenschaft etc.) begriffs- und kulturgeschichtlich analysieren und gegen den Strich bürsten.

Der Untertitel 'polemisches Handbuch' sollte dabei durchaus ernst genommen werden, denn es handelt sich mitnichten um ein nüchternes wissenschaftliches Nachschlagewerk. Alle AutorInnen gehen von folgenden zwei Prämissen aus: 1. Entwicklung(spolitik) war von Anfang an ein verdeckter Plan zur Verwestlichung der Welt. 2. Entwicklung(spolitik) ist daher grundsätzlich fragwürdig und zu verurteilen.

Entwicklung(spolitik) erscheint als Unglück, das über die Menschen in der sogenannten 'Dritten Welt' hereinbrach und sie ihrer traditionellen Lebensweise, die in der Perspektive westlicher 'Entwicklungsexperten' als rückständig und ineffizient erschien, entfremdete. In den Worten von Ivan Illich: "Wie ein Windstoß erfaßt die Entwicklung die Menschen, sie verlieren das Gleichgewicht, werden weggeblasen aus den vertrauten Räumen und landen in fremden neuen Lebensverhältnissen, wie auf einer künstlichen Insel."

Diese ideologische Grundstruktur zieht sich durch alle Beiträge dieses Handbuchs. Dies macht die Lektüre zuweilen etwas ermüdend. Trotz dieser Wiederholungen (die zu einem guten Teil auch dem Handbuch-Charakter dieses Werkes geschuldet sind) sind eigentlich alle Artikel sehr anregend, insbesondere dann, wenn sie so positiv besetzte Begriffe wie 'Hilfe', 'Partizipation' oder 'Eine Welt' auseinandernehmen. Marianne Gronemeyer beispielsweise untersucht in ihrem Beitrag den Wandel des Begriffs 'Hilfe' von der ursprünglichen Verbindung zu Mitleid und Barmherzigkeit bis hin zu dem Konzept der Modernen Hilfe als 'Selbsthilfe der Moderne': "Moderne Hilfe hat ihre historische Lektion gelernt...: sie hat gelernt, berechenbar zu sein. Sie hat sich darauf verlegt, dem Eigeninteresse zu dienen...Sie hat den Universalismus von der Idee der christlichen Mission geerbt und die Herausforderung angenommen, die ganze Welt in ihr Unternehmen einzuschließen.

Sie hat ihre hervorragende Eignung als Erziehungsinstrument verstanden und sich der Herstellung von Arbeitsdisziplin und Produktionsfleiß verschrieben, ein Vorhaben, das ebenfalls weltumspannend ist. Und schließlich hat sie den Ballast des Mitleids abgeworfen und die Notwendigkeit, effizient und staatstragend zu sein, akzeptiert."

Hilfe als 'Selbsthilfe', Partizipation als "ferngesteuerte Form, den Menschen dazu zu bringen, in einer Weise zu handeln, die von anderen geplant und gesteuert ist" (Majid Rahnema), die 'Eine Welt' als Mittel zur "Gleichschaltung der Erde" (Wolfgang Sachs); der Nebelschleier der Euphemismen wird weggeblasen, sichtbar wird ein veritables Monstrum.

Vandana Shiva behandelt in ihrem Beitrag eine weitere Grundidee des 'Projekts Entwicklung'. Die Natur wird als Ressource betrachtet, "die nur durch ihre Ausbeutung zum Zweck des Wirtschaftswachstums Wert gewinnt". Dies erweise sich gegenwärtig als der entscheidende Faktor für die Krise von Entwicklung. Aus dieser Einsicht heraus entstand die "neueste Version des ständig aktualisierten Programms der Entwicklung; die Konzeption der 'nachhaltigen Entwicklung'". Nachhaltigkeit wird heute allerdings zunehmend als langfristige Sicherung der Entwicklung, weniger der Natur verstanden. Im Mittelpunkt steht die Systemerhaltung, die neue Gefahren in sich birgt, denn: "Kann man sich ein zwingenderes Motiv für weltweite Gleichschaltung vorstellen als die Rettung der Erde?" (Wolfgang Sachs)

Hat man sich von diesem zuweilen furiosen Abgesang auf das Zeitalter der Entwicklung erholt, beginnt die Suche nach Alternativen. In der Einleitung kündigt Wolfgang Sachs an: "Den Autoren des vorliegenden Buches geht es um die bewußte Abkehr von einer überlebten Vorstellung. Wir müssen den Kopf frei machen für neue Ideen." Diese neuen Ideen sehen nun an manchen Stellen ziemlich alt aus. Viel ist von 'Rückbesinnung' die Rede, idealisiert werden die sogenannten 'traditionellen Gemeinschaften', zuweilen bricht auch der ungehemmte Romantiker durch, wenn von 'innerer Freiheit' oder einem "Leben in Weisheit und Schönheit" (Majid Rahnema) die Rede ist. Das hat man bei Rousseau schon besser formuliert gelesen.

Angesichts der ungebrochenen weltweiten Industrialisierung, wachsender Mega-Metropolen und der Ignoranz der Industriegesellschaften fällt es leider zunehmend schwerer, an die konkrete Umsetzung solcher Utopien noch zu glauben.

Bleibt nur noch die Flucht in die Philosophie? "Wahr aber bleibt, daß die größten Ungerechtigkeiten von denen ausgehen, die das Übermaß verfolgen, nicht von denen, die die Not treibt. Man wird ja nicht Tyrann, um nicht zu frieren." (Aristoteles)

Michael Knüfer

Wolfgang Sachs (Hrsg.): Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik. Reinbek 1993 479 Seiten, 24.90DM

Sachliche Informationen über "den" Islam tun dringend Not in einer Zeit, in der die öffentliche Diskussion über diese große Weltreligion mehr von Halbwissen und Hörensagen geprägt ist, als von fundierten Kenntnissen. Das Buch der französischen Islamkundlerin Anne-Marie Delcambre bietet eine leicht lesbare und informierte Einführung in den Islam als Gesamtphänomen und stellt ihn in seinen einzelnen Faktoren Religion und Religiosität, Geschichte, religiöse Gemeinde und politische Gemeinschaft, Kultur und Zivilisation dar. Dabei wird mit manchen europäisch-christlichen Vorurteilen aufgeräumt (z.B. Beschneidung), aber auch nichts beschönigt (z.B. Rolle der Frau S.115f). Gelungen ist die Aufteilung in laufende Darstellung und sog. enzyklopädische Einträge zu einzelnen Spezialthemen. Für die deutsche Ausgabe wäre eine stärkere Ausrichtung auf das hiesige Lesepublikum und sein Informationsinteresse sinnvoll gewesen (z.B. anstatt über die Muriden-Bruderschaften im Senegal als Beispiel für Muslim-Bruderschaften über nah-östliche Bruderschaften zu berichten). Insgesamt · liegt der Schwerpunkt der Darstellung auf dem nah- und mittelöstlichen Bereich, die Länder Afrikas und Süd- und Südostasiens, die die Heimat eines großen Teils der islamischen Gemeinschaft sind (Indien, Indonesien) und den Islam z.T. als Staatsreligion angenommem haben (Malaysia) werden nur am Rande gestreift. So bleibt es unter regionalen Aspekten bei einem eher konventionellen Islambild. Das im Verlagsprospekt versprochene Register fehlt leider, dafür ist dem Buch ein informatives Glossar beigefügt. Probleme tauchen bei der Transkription der arabischen Begriffe auf. Wie in der Vorbemerkung angegeben, wird kein einheitliches System verwendet, sondern deutsche und französische Transkriptionen nebeneinander benutzt. Das wäre nicht weiter verwirrend, wenn nicht ein und dasselbe Wort in unterschiedlicher Umschrift vorkäme (z.B. al-Hallag und al-Hallaj, S.38) und gleichklingenden Laute verschieden wiedergegeben würden (z.B. ijma und igtihad, S.70). Es ist bedauerlich, daß der Verlag sich nicht die Mühe gemacht hat, alle Begriffe einheitlich in der im deutschen Sprachraum verbreiteten Transkription wiederzugeben, die gerade auch den islamologischen Laien eine einfachere Wiedererkennung der Begriffe ermöglicht und die Brauchbarkeit dieses lesenswerten Buches noch erhöht hätte.

K.H.Schreiner

Anne-Marie Delcambre, Stichwort: Islam, aus dem Französischen von Jutta Lossos, Bad Honnef: Horlemann 1991, 24 DM

"Jedes weltweite Problem hat ein 'Pack-Ende' vor Ort." Dies gilt auch für die Errichtung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung und dem Umgang mit dem eigenen Geld. Die Autoren bieten mit dieser Broschüre keine "alternative" Anlageberatung, sondern wollen Möglichkeiten und Spielräume für eine wirtschaftliche Einflußnahme auch in kleinem Maßstab ausloten, die zu mehr weltwirtschaftlicher Gerechtigkeit führen. Dabei bleiben sie jedoch nicht in allgemeinen Überlegungen stecken, sondern prüfen ernsthaft bereits bestehende Möglichkeiten, das Geld nicht bei den Geschäftsbanken anzulegen, sondern in sog. Ethische Fonds zu investieren (lesenswert das Interview mit dem Geschäftsführer von "Ethisches Investment Köln") oder "Entwicklungssparbriefe" zu kaufen. Der Widerspruch zwischen entwicklungspolitischem Engagement und zinsbelohnter Geldanlage wird aber wohl auch durch solche alternativen Anlagemöglichkeiten noch nicht überzeugend gelöst.

Was mache ich nur mit meinem Geld ? Alternativen im Umgang mit Geld als Beitrag zu weltwirtschaftlicher Gerechtigkeit, herausgegeben vom Institut für Ökumene und Ökonomie des Südwind e.V., Lindenstr. 58-60, 5200 Siegburg.

Zeitgleich mit der verlegen beginnenden differenzierteren Berichterstattung der Massenmedien über den Jugoslawienkonflikt infolge des kroatischen 'Engagements' in Bosnien-Herzegowina, erscheint zum Thema eine Broschüre der Ex-Anti-Nato Gruppe Freiburg "Der Osten bleibt rot - Vom Staatskapitalismus in die Barbarei?". In ihr bestätigen sich bisherige Vermutungen: Der Ausbruch der nationalistischen Raserei hat viele Väter auf allen Seiten der beteiligten Parteien und auch jenseits der rasch gezogenen Grenzen. Der Untertitel: "Vom Staatskapitalismus in die Barbarei?" deutet an, daß die wirtschaftliche Malaise wohl nicht aufzuhalten war und hier mit fataler Konsequenz in die bewaffneten Verteilungskämpfe mündete. Der große Bogen, den die Autoren vom "Sozialistischen Vaterland", über nationalistisches und antisemitisches Wetterleuchten im ehemaligen 'Ostblock', bis zu den hilflosen bis unerträglichen Reaktionen in der BRD schlagen, läßt die Komplexität der Probleme deutlich werden, ohne die üblichen kostenlosen Ratschläge zur 'Lösung' anzubieten. Wie die Beteiligten, in den Bann nationalistischer Ideologie gerieten, wie die Ohnmacht innerhalb der neuen europäischen 'Ordnung' autoritäre Strukturen zementiert, all' das ist schlüssig dargelegt und anregend zu lesen.

Besonders klärend ist der Hinweis auf das Versagen der ex- jugoslawischen Ökonomie; daß hier das Weiterbestehen entwicklungsbedingter Ungleichgewichte den föderalen Gedanken ad absurdum führte und Ressentiments gegen die jeweils 'anderen' heraufbeschwor, entlarvt jede völkische Rechtfertigung der Kämpfe (z. B. von Dunja Melcic) als Propaganda. Neben den praktischen sind es auch die theoretischen Abschnitte der Broschüre, die den Krieg in einen Rahmen stellen, der das Problem historisch-politisch überschaubar macht und über jede bloße Betroffenheit hinausweist. Keine Lektüre also für solche, die Kriegsberichterstattung erwarten. Allen aber, die sich ernsthaft um eine politische Einschätzung bemühen, sei diese Schrift empfohlen.

Ex-Anti-Nato Gruppe: Der Osten bleibt rot - Vom Staatskapitalismus in die Barbarei?, Freiburg 1993, 56 S., 7 DM zu beziehen über: Th. Hohner, Bettackerstr. 25, 7800 (79115) Freiburg

Nicht nur die Linke leidet unter Orientierungslosigkeit und dem Verlust alter Gewißheiten. Auch in der feministischen Diskussion wurde in den letzten Jahren ein wichtiger - wenn auch nicht immer unumstrittener Bezugsrahmen - brüchig: 'schwarze' und jüdische Feministinnen stellten die Parole "Alle Frauen sind Schwestern" vehement in Frage und damit auch den 'weißen', an europäischen Mittelstandsfrauen orientierten Feminismus. Auf der Grundlage ihrer spezifischen Unterdrückungserfahrungen - auch gerade in Kreisen 'weißer' Feministinnen - konnte die Perspektive, daß das Patriarchat alle Frauen gleichermaßen zu Opfern macht, nicht mehr aufrechterhalten werden. Das jetzt im Orlanda-Verlag erschienene Buch "Entfernte Verbindungen" versucht, diese Entwicklungen aufzuarbeiten. Differenzen innerhalb der Frauenbewegung sollen sich nicht als Spaltungen verfestigen, sondern bestehende Unterschiede produktiv gewendet werden. Gerade angesichts der rassistischen und nationalistischen "Wende" im öffentlichen Klima, halten die Herausgeberinnen

die Entwicklung einer breiten Bündnispolitik für dringend geboten.
In drei Kapiteln wird versucht, die Möglichkeiten dafür auszuloten. Zunächst berichten Immigrantinnen von ihren Erfahrungen mit Rassismus und Antisemitismus im bundesdeutschen Alltag. Diesen nicht ohne Bitterkeit vorgetragenen Berichten folgt eine (Selbst-)Kritik 'weißer' Feministinnen an den Grundüberzeugungen der Frauenbewegung in den 70er und 80er Jahren: der Feminismus als "therapeutisches Selbstbefreiungsinstrument der weißen Mittelschichtsfrau" (Christina Thürmer-Rohr) wird dabei ebenso zur Disposition gestellt wie die "Konstruktion westlicher Weiblichkeit" über Bilder der rückständigen und unterdrückten islamischen Frau (Helma Lutz). Im letzten Teil geht es um die rechtlichen Grundlagen, die Ausländerinnen zu Staatsbürgerinnen zweiter Wahl machen, wobei frauenspezifische institutionelle Ausgrenzungen klar zutage treten.
Gerade der zweite Teil hat seine Schwächen, wenn in einem Rundumschlag der Rassismus in den eigenen Reihen angeprangert wird. Die vorgetragene Kritik verkommt hier teilweise zur Nabelschau: den gesellschaftlichen Grundlagen des Rassismus scheint man schwerer beizukommen als den diskriminierenden Verhaltensweisen in den eigenen Reihen. Genauso oberflächlich bleibt das Postulat, Klassenverhältnisse und Antisemitismus in die feministische Analyse miteinzubeziehen: über das bloße Addieren der Herrschaftsverhältnisse und die wiederholte, plakative Forderung 'Rasse'/Klasse/Geschlecht nicht isoliert zu sehen, kommen die Autorinnen nicht hinaus. Wenig ist also über das Ineinandergreifen der verschiedenen Herrschaftsverhältnisse zu erfahren; vage bleiben auch die Ansätze für die von den Herausgeberinnen geforderte breite Bündnispolitik; für alle aber, die mehr über die Situation von Migrantinnen in der Bundesrepublik wissen wollen, ein lohnendes Buch.

CP

Ika Hügel u. a. (Hrsg.): Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung. Orlanda Frauenverlag, Berlin 1993, 280 S., 29,80 DM

Zu Beginn der Broschüre "Anti WWG-Doku" steht ein Gespräch am WG-Tisch bei heißer Maroni und inzwischen lauwarmen Thema. Wer erinnert sich noch an die Gegenaktivitäten zum Weltwirtschaftsgipfel vor einem Jahr in München? Sicherlich, Amigo Streibel sah mit seinen Sprüchen, selbst für Verhältnisse der hiesigen politischen Klasse, schon damals recht alt aus. Zudem war die Bullenrepression im Vorfeld und während der heißen Juli-Tage massiv. Trotzdem konnten wir eine Demo durchsetzen und dem Establishment kleine Nadelstiche versetzten. Aber wollten wir nicht mehr?! Warum ist aus der Mobilisierung zum WWG nichts zum 12.10. 1992 (500 Jahre Kolonialismus) entstanden? Warum ging es in der Öffentlichkeit nicht um unsere Inhalte und Forderungen?
Diese und andere Fragen stehen in der Broschüre zur Debatte. Sie können beim derzeitigen jämmerlichen Zustand der politischen Restlinken nicht direkt beantwortet werden. Aber es gibt eine Annäherung aus autonomer Sicht. Daneben stehen die übliche Chronik der "Ereignisse" und Berichte aus den Diskussionsforen des Gegenkongresses: 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand, Migration und Rassismus, Ökoimperialismus, Herrschaftssicherung und Rüstungspolitik, Osteuropa und die GUS-Staaten und Weltwirtschaft.
Für zukünftige Bündnispolitik spannend, sind die nachträglichen Einschätzungen, da sie die politische Verfaßtheit der autonomen Linken in dieser Republik exemplarisch widerspiegeln. Die eigene Rolle im politischen Konzert steht in emotional eingefärbten falschen Licht: Früher war es der hohle Selbstdarstellungs- und Mobilisierungsphatos heute "haben wir für die Elite den Pausenclown gespielt". Beides ist falsch. So haben autonome Gruppen in der letzten Dekade bei einigen Themen weit über ihr eigenes Spektrum hinaus auf die Straße mobilisieren können. Wer kann dies sonst noch von sich behaupten? Einzelne inhaltliche Punkte blieben hängen, sie wurden aber nicht vernetzt. Die politische Vermittlung lief meist über die Grünen und andere "Etablierte". Vielleicht erklärt sich daraus auch die Unfähigkeit mit den Grünen politisch taktisch umzugehen. Da wird immer noch der Holzhammer geschwungen (" klar ist , daß ihre Argumente nicht standhalten und nichts überbleibt, außer ihrem Machtapparat...") bei dem jeder sein Feindbild verfestigen kann.
Im vorletzten Beitrag bringen die VeranstalterInnen (AK WWG, München) mit bewundernswerter Offenheit ihre Schwächen auf den Tisch: "Es ist nicht gelungen, in der Anti-WWG-Mobilisierung einen gemeinsamen Begriff der politischen Situation der BRD und weltweit zu entwickeln, somit auch keine gemeinsame Vorstellung von "internationaler Diskussion - nicht unter den Linksradikalen, geschweige denn innerhalb der gesamten linken Kräfte." Da dies zur Zeit niemand kann, braucht auch niemand frustriert zu sein. Allerdings ist zu fragen ob derartige Riesenkongresse zur Zeit unserer inhaltlichen und organisatorischen Stärke entsprechen. Auch andere Erfahrungen, z.B. die der "Libertären Tage" im Frühjahr in Frankfurt sprechen dafür kleinere Brötchen zu backen.

gelu

Dokumentation zur Mobilisierung gegen den WWG '92 in München, München 1993, 160 Seiten, 10,-DM, Bezug: Doku-Gruppe, c/o Stadtratte Postfach 22 11 14, 8000 München 22.

Großindustrielle Krabbenzucht am ostindischen Chilika See bedroht Natur und die Existenz zehntausender Fischer

Der Chilika See ist die größte Brackwasserlagune Asiens mit einer einzigartigen tropischen Tier- und Pflanzenwelt. Durch einen Kanal ist er mit dem Golf von Bengalen verbunden. Etwa 100.000 Fischer leben in den Dörfern um den See.
Diese ökologischen und sozialen, auf eine jahrhundertealte Geschichte zurückblickenden Lebensformen werden nun durch ein riesiges auf Export ausgerichtetes Krabbenzuchtprojekt in Orissa in ihrer Existenz bedroht. Der Betreiber Tata, Indiens größtes Privatunternehmen, wird dabei von der Regional- und Landesregierung unterstützt, hoffen diese doch gerade in der schwierigen Verschuldungssituation auf hohe Deviseneinnahmen.
Ende 1991 sind bereits die ersten 1.5oo Fischerfamilien enteignet worden.
Mit der Errichtung von Betondeichen, dem Einsatz von Dieselpumpen, eiweißreichen Futtermitteln und Chemikalien werden der Austausch von Salz- und Süßwasser gestört, die Wasserqualität gemindert und damit die Lebensgrundlage der Menschen gefährdet.
Die überwiegend unterkastigen Fischer, denen bisher sämtliche Fischereirechte über traditionelle Genossenschaften von der Regierung verpachtet wurden, werden nun durch dieses Projekt sowie weitere nachfolgende rein kommerzielle Wassernutzungsprojekte verdrängt. Erste blutige Auseinandersetzungen haben sich bereits ereignet.
Die traditionellen Fischergemeinden haben sich inzwischen zur "Bewegung Rettet Chilika" (Chilika Bachao Andolan) zusammengeschlossen, die sich an dem erfolgreichen Widerstand gegen das Staudamm-Projekt am westindischen Narmada-Fluß orientiert.

Kontakt: FIAN
Interantionale Menschenrechtsorganisation für das Recht sich zu ernähren
Sektion der BRD e.V.
Overwegstr. 31
4690 Herne 1
Tel.: 02323-49 00 99
Fax: 02323-49 69 56

Überlebenskampf der Mapuche-Pehuenche

Das angestammte Territorium "Alto Bio Bio" der Mapuche-Pehuenche droht endgültig zerstört zu werden. Nicht nur eine ökologische Katastrophe bahnt sich an, auch die BewohnerInnen dieses Gebietes stehen vor ihrer Ausrottung. Grund ist die Planung und Durchführung von sechs gigantischen Staudämmen zur Energieerzeugung. Betreiber dieses Mammutprojektes sind nationale und transnationale Gesellschaften sowie der chilenische Staat. Es besteht der Verdacht, daß auch SIEMENS durch die Lieferung von Bauteilen seine Finger mit im Spiel hat.
Die vorläufigen Arbeiten zur Errichtung des ersten Staudammes sind bereits beendet. Er soll 1997 in Betrieb gehen. Sollte das Projekt als Ganzes ausgeführt werden, würde das die Überflutung eines Areals von annähernd 2.200 ha bedeuten. Für das einzigartige Klima- und Ökosystem des Flusses Bio-Bio und seiner Ausläufer würde das das Ende bedeuten und damit für zahlreiche z.T. einzigartige Tier- und Pflanzenarten. Die anstehenden drastischen Veränderungen des Flußverlaufes, seine teilweise Austrocknung, die riesigen Überflutungen, die Zurückhaltung von Flußsedimenten durch die Staudämme, die chemische und biologische Verschmutzung des Flusses durch Baumaterialien, die geplante Errichtung einer aus dem Boden gestampften Infrastruktur (Straßen, Fabriken, Neuansiedlungen) und die nachfolgende Erschließung des Gebietes zu weiteren Ausbeutungszwecken (Holzschlag, Tourismus) werden der bisherigen, im Einklang mit der Natur stehenden Lebensweise der Pehuenche ihre Grundlage entziehen. Nicht nur ihre Ernährungsbasis ist somit bedroht, auch ihre kulturelle Tradition und Eigenständigkeit steht auf dem Spiel. Bisher noch konnte sich dieses Volk in seinem mittlerweile über 300jährigen Kampf gegen die spanischen Eroberer und ihren Nachfolgern behaupten und ihr Gebiet südlich des Bio-Bio gegen Eindringlinge verteidigen.

Aus dem „offenen Brief" der Mapuche Rayen Kvyeh an die Solibewegung in der BRD/Anfang April
Protestschreiben an:
Patricio Aylwin, Palacio de la Moneda, Santiago - Chile

Kontakt in der BRD:
Chile-Infobüro Münster,
c/o KSG Münster,
Frauenstr. 5-7,
4400 Münster

Kontakt in Chile:
Mapu Nuke - Kimce Wejin,
Casilla 1682, Temuco- Chile

Lebenslänglich für Xanana

Am 21. Mai wurde Jose Alexandre Gusmao, kurz Xanana genannnt, in Ost-Timors Hauptstadt Dilli zu lebenslänglichem Freiheitsentzug verurteilt. Xanana war bis zu seiner Gefangennahme am 20.11.1992 Führer der Nationalen Befreiungsfront Ost-Timors (FALINTIL), die für die Unabhängigkeit und gegen den indonesischen Besatzer kämpft. Osttimor, eine ehemals portugiesische Kolonie, wurde 1975 von Indonesien militärisch annektiert. Seit dem 01.02.1993 stand Xanana vor Gericht. Nur während der ersten zehn Prozeßtage durften ausländische JounalistInnen im Gerichtssaal anwesend sein. VertreterInnen internationaler Menschenrechtsgruppen waren grundsätzlich nicht zugelassen. Die ersten öffentlichen Erklärungen Xananas vor Gericht, in der er die indonesische Herrschaft über Osttimor bestätigte und zur Beendigung des bewaffneten Kampfes aufrief, waren ganz nach Geschmack des Besatzungsregimes. Schon hier gab es erste Anzeichen dafür, daß diese Ausagen durch Folter erzwungen waren. Auch die Verhaftung von unbeteiligten Familienangehörigen diente zu seiner Erpressung.
Im weiteren Prozeßverlauf widerrief er seine bisherigen Ausagen. Daraufhin wurde ihm untersagt, seine Verteidigungsrede zu halten, da diese angeblich ohne jurisitische Relevanz wäre. Stattdessen nahm das Gericht seine schriftliche Erklärung zu den Akten und betonte, daß sie nicht veröffentlicht werden könnte. Zuvor schon hatte Xanana seinen indonesischen Pflichtverteidiger entlassen, woraufhin ihm das Gericht verbot, seine Verteidigungsrede auf Portugiesisch zu halten. Xanana hatte sich geweigert, Indonesisch zu sprechen, da er diese Sprache nicht beherrscht.
Eine kritische Weltöffentlichkeit scheuend, verweigerte Indonesien die Einreise von JournalistInnen mit fadenscheinigen Gründen. Zur Verkündung der lebenslänglichen Haftstrafe waren lediglich drei portugiesische Journalisten anwesend.
Von der Möglichkeit der Forderung der Todesstrafe machte die Staatsanwaltschaft keinen Gebrauch - sicherlich eine Reaktion auf die internationalen Proteste. Die UN-Menschenrechtskommission und mit ihr Länder, die bisher für Indonesien gestimmt bzw. sich ihrer Stimme enthalten hatten (wie die BRD), verurteilten erst jüngst (11.03.1993) die Menschenrechtsverletzungen Indonesiens in Osttimor aufs Neue. Selbst Boutros Ghali hatte sich für Xanana eingesetzt.
In Osttimor selbst herrscht ein Klima der Einschüchterung und Angst. Massive Menschenrechtsverletzungen sind weiter an der Tagesordnung. AusländerInnen werden von den indonesischen Sicherheitskräften von vorneherein verdächtigt, JounalistInnen zu sein, die über die Verhältnisse kritisch

berichten wollen. Obwohl die parteiübergreifende Befreiungsarmee FALINTIL ihrer alten Führung beraubt ist, mit Xanana geriet auch sein Nachfolger Mau Hodo nach über 17jährigem Kampf in Gefangenschaft, und obwohl sich nun keine Mitglieder des FRELINTIN-Zentralkomitees von 1975 mehr in den Bergen befinden, wird der bewaffnete Kampf unter erschwerten Bedingungen fortgesetzt. Nach der großen Verhaftungswelle um den Jahreswechsel - es wurden bis zu 2.000 der Opposition zugeordnete Menschen festgehalten - konnte sich die zivile "heimliche Front" in den Städten allerdings wieder konsolidieren.

(IMBAS, Initiative für die Menschenrechte aller BürgerInnen der ASEAN-Staaten; Postfach 600422, W-6000 Frankfurt/M., Fax.: 06752-71828)

AUFTAKT-Umweltfestival in Magdeburg / Elbeinsel gemeinsam mit Stop Rassismus-Kampagne vom 28.07.- 01.08.1993

Das Thema Umweltschutz wird auf dem AUFTAKT-Festival und den Sternradtouren nicht isoliert von seinen sozialen und politischen Hintergründen stehen. Wer die Ausbeutung der Natur bekämpfen will, darf die Zusammenhänge mit anderen Unterdrückungsmechanismen wie die des Rassismus nicht übersehen. Deshalb wird AUF-TAKT zusammen mit der Kampagne Stop Rassismus durchgeführt. Die Kampagne wendet sich gegen Abschiebe- und Sammellager, gegen strukturellen und alltäglichen Rassismus und tritt für "offene Grenzen" ein. Zu diskutieren, in welcher Form sich v.a. letzteres bewerkstelligen ließe, wäre eigentlich schon genügend Anlaß zusammen zu kommen.

AUFTAKT will mit dieser antirassistischen Dimension auch versuchen, die Verbindung der offenen Gewalt der "Straße" gegen AusländerInnen mit der Realpolitik der bürgerlichen Parteien und der Bundesregierung, die Gewaltausübung in institutionalisierter Form favorisiert und ausübt, klarer herauszuarbeiten.

Auf dem Festival wird es ein antirassistisches/antifaschistisches Austauschforum geben, bei dem Erfahrungen in diesem Arbeitsbereich ausgetauscht werden können und über Perspektiven - gerade nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts - nachgedacht werden kann. Menschen ohne deutschen Paß sollen hierbei miteinbezogen werden.

Dieser antirassistische Aspekt von AUFTAKT sowie das Festival insgesamt leben davon, daß sich viele Menschen mit ihrem Wissen, ihren Ideen und Utopien und v.a. Aktivitäten einbringen (kein Konsumfestival!).

Beteiligen könnt Ihr euch z.B. an der Vorbereitung des Stop Rassismus Workshopprogramms beim Festival oder an Aktionsvorbereitungen für die Fahrradtouren.

Kontakt: Stop Rassismus
Borriesstr. 28
3000 Hamburg 81
Tel.: 0511-83 87 177

AUFTAKT-Gesamtkoordination
Beim Kalkberg 7
W-2120 Lüneburg
Tel.: 04131-66 295
Fax: 04131-66 647

Play it again Sam! Der 17. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

Das Schlußbild war symbolisch: Es regnete bunte Luftballons (der BUKO heute), Nina Hagen sang etwas von zukünftigen Wundern (der BUKO morgen) und die OrganisatorInnen aus Düsseldorf durften einen klebrigen Schaumwein kosten, den wir schon in den WGs der 70er Jahre geschlürft hatten (der BUKO gestern).

Wie schon bei den BUKOs der vergangenen drei Jahre stellte sich die Frage: Wer übernimmt in diesem Laden inhaltliche und organisatorische Aufgaben zwischen den jährlichen Kongressen? Es fanden sich zwar dann doch noch Gruppen, die sich in den Koordinationsausschuß wählen ließen, die strukturelle Zwickmühle besteht aber weiter. Selbst die VertreterInnen des basisdemokratischen Gruppenmodells, das sich letztes Jahr in Stuttgart überlegen durchsetzte, mußten dies zerknirscht eingestehen. Die Motivation, sich für eine internationalistische Bewegung ehrenamtlich ins Zeug zu legen, sinkt immer weiter. Die übergroße Mehrheit will aber auch nicht in das Lobbyfahrwasser à la "German Watch" einschwenken, mit Funktionärsbüro in Bonn, mit Pressekonferenzen mit der GTZ und fixiert auf die parlamentarische Ebene. Die nur hinter vorgehaltener Hand geäußerte Losung lautete dann auch: Überwintern bis wieder bessere Zeiten kommen. Da ist es dann fast schon wieder verwunderlich, daß es das Bewegungsfossil BUKO - mit einem Spektrum von der katholischen Landfrauenbewegung bis zu den Autonomen - noch gibt und es ist wichtig, daß es als Informations- und Austauschforum in diesen politisch zersplitterten Zeiten bestehen bleibt, wenn es zur Zeit auch handlungsunfähig ist. Die Kraft reicht gerade noch dazu aus, Vereinnahmungsversuche von politischen Sumpfblüten abzuwehren, wie die der "Spätzle Maoisten" der MLPD, wie sie im Schwäbischen genannt werden.

So klang auch der Anspruch, der im Titel "Utopie - oder wie? Perspektiven gegen die herrschende Weltwirtschaftsordnung" steckte, reichlich überzogen. Zum Beispiel im Forum Weltwirtschaft: Dirk Messner vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) aus Berlin, bekannt durch seine entwicklungstheoretischen Debattenbeiträge zu einer "selektiven Integration" der Entwicklungsländer in den Weltmarkt, bestach durch eloquente Argumentationsfiguren. Selbst wer zu dem Schluß kommt, dies sei alter Wein in neuen Schläuchen und nütze mehr der Modernisierung des Kapitals als unseren Utopien und Perspektiven, muß sich an den Argumenten reiben. Wer z.B. Nullwachstum aus ökonomischen und ökologischen Gründen fordert, muß sich mit der Tatsache auseinandersetzen, daß genau dies in den 80er Jahren in großen Teilen zwangsweise in Lateinamerika geschah; mit verheerenden Folgen im ökonomischen wie im ökologischen.

Interesse weckten Arbeitsgruppen, die - wenn auch nur kleine - Pfade hin zu einer neuen Utopie boten. Obwohl die "Subsistenzdebatte" der Bielefelder Soziologinnen in der wissenschaftlichen Diskussion kaum mehr eine Rolle spielt, zog die AG, die über die Weiterentwicklung dieses Ansatzes diskutierte, bei weitem die meisten Menschen an. Wenn es in den bestehenden Diskussionszirkeln gelänge, die Überlegungen aus dem Forum Selbstorganisation/Selbstverwaltung und dem Forum Geld - Körper - Geschlechterverhältnisse zu verbinden, wäre schon einiges gewonnen.

Georg Lutz

Neue Bücher

Mohssen Massarrat, Birgit Sommer, Gyorgy Széll, Hans Joachim Wenzel (Hrsg.), **Die Dritte Welt und Wir**, Bilanz und Perspektiven für Wissenschaft und Praxis. 509 Seiten, 28.-DM. Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

---

Manfred Mols (Hrsg.), **Lateinamerikas internationale Situation zu Beginn der neunziger Jahre.** 1993, 65 Seiten Din A4, 5.-DM. Uwe Franke, **Mexiko in der internationalen Politik**. Demokratisierung und wirtschaftliche Liberalisierung. 1993, 44 Seiten Din A4, 4.-DM. Bezugsadresse: Institut für Politikwissenschaft, Abt. Pol. Auslandsstudien und E.-Politik, z.Hd. P. Thiery/C. Hamann, Johannes Gutenberg Uni Mainz, Postfach, 6500 Mainz

---

Mehdi Jafari Gorzini/Heinz Müller (Hrsg.), **Handbuch zur interkulturellen Arbeit**, Mainz 1993, 524 Seiten, Bezug: World University Service, Goebenstr.35, 6200 Wiesbaden

---

Klaus Heidel, **Strukturbruch der Weltwirtschaft.** Neue Herausforderung für eine ökumenische Praxis. Werkstattbericht 11, April 1993, 64 Seiten Din A4, 8.-DM. Bezug: Werkstatt Ökonomie, Obere Seegasse 18, 6900 Heidelberg

---

Pazifik Netzwerk e.V., **Pazifik im Wandel.** Die Bewegung für einen nuklearfreien und unabhängigen Pazifik. 1992, 135 Seiten, Bezug gegen Portokostenerstattung. Bezug: Pazifik Informationsstelle, Hauptstr. 2, 8806 Neuendettelsau

---

Florence Hervé (Hrsg.), **Namibia. Frauen mischen sich ein.** Orlanda Frauenverlag Berlin 1993, 181 Seiten, 24.-DM.

Flugsand/Sandkörner. Dokumentation Internationaler Kongreß gegen den WWG, München 1992. 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand. **Demokratie und Menschenrechte in der 'Neuen Weltordnung'[Forum 1].** 186 Seiten Din A4, 12.80DM. Bezug: AWI 1992, c/o Dritte Welt Haus, Westerbacherstr. 40, 6000 Frankfurt 90

Brunner/Dietrich/Kaller, **Projekt Guatemala**, Vorder- und Hintergründe der österreichischen Wahrnehmung eines zentralamerikanischen Landes. Brandes & Apsel, Fft/M. 1993, 308 Seiten, 39.80DM

Christian J. Jäggi, **Nationalismus und ethnische Minderheiten**, Orell Füssli, Report Aktuell, Zürich 1993, 226 Seiten, 44.-DM

Unicef, **Kinderfilm und Afrika**, Dokumentation zur Tagung im Juni 1992 in Bernried bei München, 23 Seiten Din A4, 3.-DM Vorkasse. Bezug: Unicef Deutschland, Postfach 520 429, 5000 Köln 1.

Tagungshinweise

Tagung für eine kommunale Außenpolitik. Vom 2. bis 4. Juli in Freiburg. Infos und Anmeldung: iz3w, Postfach 5328, z.Hd. Gerd Rieger, 7800 Freiburg, Tel: 0761/74003, Fax: 0761/709866

Landeskonferenz Entwicklungspolitik. Die Entwicklungspolitik der Landesregierung Baden-Württembergs. Am 26. Juni in Stuttgart. Infos: DEAB, Blumenstr. 15, 7000 Stuttgart 1

Einmischen! Aber wie? Chancen und Perspektiven einer neuen Außen- und Friedenspolitik. Tagung der Gesellschaft für politische Ökologie in Kornwestheim bei Stuttgart. Anmeldung: GPÖ, Rieckestr. 26, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0761/282033

Frauen im Südlichen Afrika. Seminar in der Akademie Klausenhof vom 27.-29. August. Anmeldung: Akademie Klausenhof, Klausenhofstr. 100, 4236 Hamminkeln Dingden Tel.: 02852/89326

Probleme der alternativen Entwicklung und der Selbstverwaltung in El Salvador und anderswo. Seminar der Flüchtlingshilfe Mittelamerika und des Weltladens Konstanz am 3. Juli 1993 in Konstanz. Anmeldung: Weltladen Konstanz, Inselgasse 20, 7750 Konstanz.

Chile: Drei Jahre nach der Diktatur. Demokratie für wen? Seminar 2.-4. Juli 1993 in Münster. Infos bei: Chile-Informationsbüro, Frauenstr. 3-7, 4400 Münster. Tel.: 0251/54210

Darstellung des Islam in den deutschen Medien. Vom 2.-6. August in Vlotho und **Umweltzerstörung, Umweltschutz und Entwicklung - hier und in der "Dritten Welt"** vom 23.-28. August in Vlotho. Infos beim AKE Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel.:05733/6800

Afrika 1493-1993: 500 Jahre Missionierung, Sklavenhandel, Kolonisierung, Rassismus, Neokolonisierung. Zur Geschichte der Unterentwicklung eines Kontinents. 17.-20. November 1993, Ort: Evangelische Akademie, Esplanade 16, 2000 Hamburg 36. Veranstalter: Afrikanische Union in Hamburg e.V.. Mit Referaten von: Théophile Obenga (Congo), Moukoko Priso (Kamerun), Ngugi wa Thiong'o (Kenia), Benjamin Leunmi (Kamerun), Renate Nestvogel (Duisburg), Renate Hücking (Hamburg), Erhard Kamphausen (Hamburg). Anmeldung bis 30.9.93. Teilnahme-Gebühr 120.-, ermäßigt 60.-, Unterkunft u. Verpflegung frei. Fahrtkosten werden erstattet. Um frühestmögliche Anmeldung wird gebeten. Bestätigung nach Eingang der Gebühr auf das Konto: Afrikanische Union in Hamburg e.V., Projektkonto Nr. 649490-207 Postgiro Hamburg, BLZ 200 100 20

Informationsdienst südliches afrika Nr. 1, Jan./Feb. 1993
Schwerpunkt: Südafrikas Gewerkschaften im Wandel
Südafrika: Verhandlungspartner stehen unter Erfolgsdruck / Simbabwe: Gemeindenahe Arbeit mit Behinderten / Namibia: Swapo-Sieg bei Regional- und Kommunalwahlen / Der Streik in den Diamantenminen / Politische Kultur und Versöhnung / Malawi: Referendum angekündigt / Mosambik: Bewegung in der Medienlandschaft, „Hier braucht niemand Wahlen" / Beigeheftet: sadec-Brief Simbabwe in den 90er Jahren

---

informationsdienst südliches afrika Nr. 2 März/April 1993
Südafrika: Vision eines Realisten: Ein letztes Interview mit Chris Hani / Südafrika der Regionen? Die Pläne von ANC und NP / Ökumenische Friedensüberwachung / Vorwurf der Parteilichkeit gegenüber Menschenrechtsgruppen / Sim-babwe: Auswirkungen von Strukturanpassung und Dürre / Namibia: Der Umgang mit den Swapo-Dissidenten und Vermißten / Die schwierige Rückkehr aus dem Exil / Mosambik: Beigeheftet der sadec-Brief Kooperationsfeld Industrie
Preis pro Heft: DM 8,- Abo (6 Ausgaben): DM 50,-
Bezug: Informationsstelle Südliches Afrika, Königswinterer Str. 116, 5300 Bonn 3

---

ila 165 (Mai 93) Theologie der Befreiung
Bilanz und Perspektiven einer Bewegung, die sich konsequent der „Option für die Armen" verschrieben hatte und damit in den Bannstrahl des Vatikans geriet. Sind die Fronten nach der lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Santo Domingo verhärteter als zuvor? Welchen Einfluß hat der langjährige Protagonist der Befreiungstheologie Leonardo Boff nach seinem Verzicht auf das Pristeramt? Die Mai-Ausgabe der ila gibt Antworten und reichlich Stoff zur Auseinandersetzung mit dem Thema.
Außerdem Berichte zur Sitzung der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) in Hamburg, zu Kinderarbeit auf guatemaltekischen Kaffeefeldern, über die zunehmende Gewalt gegenüber Homosexuellen in Lateinamerika und eine Bewertung des Berichts der Wahrheitskommission in El Salvador.
Diskussionsstoff und eine neue Buchveröffentlichung über Cuba sowie ein Debattenbeitrag zur „nationalen Frage" runden die „ila 165" ab.
Preis: Einzelheft DM 7,-, Abo (wie immer günstiger) DM 60 bzw. ermäßigt DM 50,- für 10 Ausgaben.
Bezug: ila, Heerstraße 205, 5300 Bonn 1.

Freire- Rundbrief 58/92 (bewußt: päd.)
Schwerpunkt:
Zur Diskussion über computergestütztes Lernen und befreiender Pädagogik. Außerdem: Zur Standortbestimmung der Solidaritätsarbeit - (in Form von ausf. Buchbesprechungen) „Veränderungen von oben (F. Capra - Esoterik) und von unten (Paulo Freire und befr. Päd.) „Wege zum Subjekt in der Erwachsenenbildung (E. Meueler).
Bezug: 6,00 inkl. Versandkosten (bitte Briefmarken) bei: AK Päd. P. Freire c/o AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, 8 München 2.

Forum 170, April `93
Schwerpunkt „Die Linke und das Gewaltmonopol: Wo sind die Wasserwerfer geblieben / Wir müssen das „Übermachts-Denken" aufbrechen! / Wir sind freundlich bis wir nicht mehr freundlich sein können!" Die Guardian Angels in Berlin/ Interview: „Ich würde lieber zu Hause im Bürgerkrieg sterben als durch einen Molotowcocktail in Deutschland / Mit einem stumpfen Messer kannst Du keine Kartoffeln schälen" Frauenselbstverteidigung. Außer dem Schwerpunkt: Nachdenken über die Zukunft der Erde - Earth day in Kanada / Ehrerbietung für seine Majestät" - alltägliche Kollaboration der EG mit der marokkanischen Diktatur / Aktion Teppichknüpfer / Jugoslawien-Debatte.
Bezug: Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/325156, Fax: 0421/3378177

LN 227 / Mai `93
Jamaica: Wahltriumph für die Regierung / Haiti: „Die Gewalt kann das Recht nicht ersetzen" / Kuba: Verjüngung der Macht / Belize: Ökotourismus auf Abwegen / Guatemala: Widerstandsdörfer - zurück in die Zivilgesellschaft? / Nicaragua: Neues vom Kaffeeberg / Ecuador: Mittwochs in Quito / Bolivien/BRD: Ein Tröpfchen auf den glühenden Stein / Brasilien: Plebiszit - Alles bleibt beim Alten / Argentinien: Cono Sur „Wir machen unsere eigene Einigung" / Argentinien: Atom(alp)träume am Rio de la Plata / Chile: Colonia Dignidad vor dem Aus?

Lateinamerika Nachrichten Nr. 228 (Juni 1993):
Paraguay: Neuer Präsident aus den Reihen der Stroessner-Partei / Ecuador: Nachholende Privatisierung / Chile: Schwule zwischen Diskriminierung und Bewegung / Brasilien: Ein Virus kennt keine Grenzen - Aids / El Salvador: „Die Leute können vergeben, aber nicht vergessen." Interview mit Celia Medrano von der unabhängigen Menschenrechtskommission CDHES / Nicaragua: Streit in der FSLN - nun auch mit Gewalt? / Kuba: Sozialismus oder Tourismus / Drei Jahre „periodo especial" auf Kuba / Lateinamerika: Versteckte Erfolge gescheiterter Wirtschaftspolitik / Peru: Debatte um Menschenrechtsorganisationen / Preis: Einzelheft DM 5,-, indiv. Abonnement DM 55,- / Übersee-abonnement DM 75,-
Bezug: LATEINAMERIKA NACHRICHTEN, im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, Tel.: 030/6946100

Liebe Abonnentin,
lieber Abonnent,

enthält Eure / Ihre Adresse (Straße oder Ortsname) einen Rechtschreibfehler? Bitte schickt / schicken Sie uns eine Postkarte mit der korrekten Anschrift, damit bei der Umstellung auf das neue Postleitzahlensystem nicht zu viel Chaos entsteht. Vielen Dank für die Mühe!